



UNIVERSITÄT
ERFURT

André Brodocz / Guido Mehlkop / Hannah Vermaßen

Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen

Eine Studie im Auftrag des
Landesjugendring Thüringen e.V.

Finanziert aus Mitteln des
Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und
der Stiftung Demokratische Jugend

Erfurt 2019

Bericht und Anhang sind online abrufbar unter
https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/PolitischeTheorie/demokratie_jugend_2019_Bericht.pdf
https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/PolitischeTheorie/demokratie_jugend_2019_Anhang.pdf

Die Autor*innen:

Prof. Dr. André Brodocz, Inhaber der Professur für Politische Theorie an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt.

Prof. Dr. Guido Mehlkop, Inhaber der Professur für Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt.

Hannah Vermaßen, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Politische Theorie an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt.

Inhaltsverzeichnis

1. Jugendliche und Demokratie	1
2. Demokratievorstellungen	3
3. Methodik und Befragungsdesign	12
4. Ergebnisse.....	24
4.1 Soziodemographische Merkmale	24
4.2 Vertrauen in politische Parteien.....	26
4.3 Politisches Interesse und Engagement	31
4.4 Normative Erwartungen an die Demokratie.....	37
4.5 Normative Erwartungen an die Demokratie und Erfahrungen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	40
4.6 Enttäuschte Demokratieerwartungen	42
4.7 Zwischenergebnis: Demokratievorstellungen und enttäuschte Erwartungen unter Jugendlichen in Thüringen	47
4.8 Der Einfluss soziodemographischer Merkmale, des politischen Interesses und Engagements sowie enttäuschter Demokratieerwartungen auf das Parteienv Vertrauen unter Jugendlichen in Thüringen.....	52
5. Diskussion der Ergebnisse	61
6. Fazit: Impulse für die schulische und außerschulische Demokratiebildung.....	66
Literatur	70
Anhang	75

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Liberale Demokratievorstellungen und mit diesen verbundene oder konkurrierende normative Erwartungen	5
Abbildung 2: Item zur Erfassung normativer Erwartungen und tatsächlicher Erfahrungen mit der Demokratie am Beispiel des Mehrheitswillens	19
Abbildung 3: Persönliche finanzielle Situation der Thüringer Jugendlichen nach Schulform	25
Abbildung 4: Allgemeines Vertrauen in politische Parteien unter Thüringer Jugendlichen	27
Abbildung 5: Ranking des Vertrauens in gesellschaftliche Gruppen und Organisationen	29
Abbildung 6: Ranking des Vertrauens in gesellschaftliche Gruppen und Organisationen nach Schulform	30
Abbildung 7: Interesse für Politik unter Thüringer Jugendlichen nach Schulform	32
Abbildung 8: Ranking politischer Themen nach Wichtigkeit	33
Abbildung 9: Politische Aktivitäten von Thüringer Jugendlichen nach Schulform	35
Abbildung 10: Mittlere Zustimmung zu normativen Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie	38
Abbildung 11: Mittlere Zustimmung zu normativen Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie nach Schulform	39
Abbildung 12: Normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie und tatsächliche Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland im Kontrast	41
Abbildung 13: Operationalisierung enttäuschter Demokratieerwartungen am Beispiel des Mehrheitswillens	42
Abbildung 14: Anzahl der Enttäuschungen unter den befragten Thüringer Jugendlichen	45
Abbildung 15: Anzahl der Enttäuschungen unter den befragten Thüringer Jugendlichen nach Schulform	46
Abbildung 16: Anteil der in Bezug auf unterschiedliche normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie enttäuschten Jugendlichen	48
Abbildung 17: Anteil der in Bezug auf unterschiedliche normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie enttäuschten Jugendlichen nach Schulform	49
Abbildung 18: Enttäuschte Demokratieerwartungen unter Jugendlichen in Thüringen	51
Abbildung 19: Erklärungsfaktoren für das allgemeine Parteienvertrauen unter Thüringer Jugendlichen	52
Abbildung 20: Enttäuschte Demokratieerwartungen und Parteienvertrauen unter Jugendlichen in Thüringen	60
Tabelle 1: Liberale Demokratievorstellungen und Erwartungen sowie mit diesen konkurrierende Erwartungen	10
Tabelle 2: Items zum Vertrauen in Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen und Organisationen	13
Tabelle 3: Items zur Erhebung soziodemographischer Merkmale	14
Tabelle 4: Items zum politischen Interesse und Engagement	17
Tabelle 5: Items zu normativen Erwartungen an die Demokratie und tatsächlichen Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland	20
Tabelle 6: Enttäuschte Demokratieerwartungen	43
Tabelle 7: Outputs der Modelle M1–3	56

1. Jugendliche und Demokratie

Die Idee der Demokratie als beste Staats- und Regierungsform wird in Deutschland seit der Wiedervereinigung von der großen Mehrheit der Bürger*innen¹ wertgeschätzt. Mit deren praktischer Umsetzung sind allerdings schon weniger von ihnen zufrieden. Besonders kritisch beurteilen sie die zentralen Akteure der parlamentarischen Demokratie: die politischen Parteien. Ungefähr zwei Drittel von ihnen gibt regelmäßig an, dass sie den politischen Parteien im Allgemeinen eher nicht bis überhaupt nicht vertrauen.² Anderen Organisationen und Institutionen wie der Polizei oder der Justiz begegnen die Bürger*innen dagegen mit deutlich weniger Misstrauen.³ Daraus kann geschlossen werden, dass eine große Mehrheit in der Bevölkerung zwar die Demokratie schätzt, jedoch schon deutlich weniger Menschen mit ihrem Funktionieren zufrieden sind, und sogar mehr als Hälfte den Parteien eher kein Vertrauen schenkt.

Für die jugendlichen Bürger*innen in Deutschland ergibt sich im Vergleich zur Gesamtheit kein vollständig anderes Bild. Umfragen aus den letzten 15 Jahren haben gezeigt, dass auch unter Jugendlichen die große Mehrheit die Demokratie grundsätzlich für eine gute Staatsform hält. Im Vergleich dazu sind es deutschlandweit wie bei den Erwachsenen aber eher weniger Jugendliche, die auch mit der Umsetzung der Demokratie in der Praxis (eher) zufrieden sind. Auch ihre Unzufriedenheit mit politischen Parteien ist ähnlich stark ausgeprägt wie beim Rest der Bevölkerung: In jüngeren Studien haben zuletzt nur etwas mehr als ein Drittel der Jugendlichen angegeben den Parteien zu vertrauen.⁴ Die bisherige Forschung weist für Jugendliche zudem darauf hin, dass das mangelnde Vertrauen in politische Parteien wahrscheinlicher wird, wenn bestimmte soziodemographische Merkmale wie ein niedriger oder kein Schulabschluss und eine schwache beziehungsweise unsichere ökonomische Situation im Elternhaus vorliegen.⁵

Weitere Studien wie der aktuelle Thüringen-Monitor haben zudem gezeigt, dass das Parteienvertrauen generell auch von der wahrgenommenen Diskrepanz zwischen der Demokratie als Idee und der Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren in der Realität beeinflusst wird.⁶ Auffällig ist, dass der Großteil dieser Studien zumindest implizit von einem allgemein geteilten Verständnis von Demokratie ausgeht.⁷ Die Bedeutung von „Demokratie“ ist jedoch stets politisch umkämpft und wirkt gerade deshalb mobilisierend, weil mit ihr verschiedene Erwartungen und Hoffnungen verknüpft werden können. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Demokratie als Idee von

¹ An den Stellen, an denen der Gender-Stern fehlt, beziehen sich die Aussagen direkt oder indirekt auf den Wortlaut der im Fragebogen gewählten Formulierungen (vgl. Anhänge 1 und 2). Im Fragebogen haben wir das generische Maskulinum genutzt, weil es die vorherrschende Form ist und die Befragten mit ihr entsprechend vertraut sind.

² Vgl. aktuell die Umfrage im Auftrag der EU-Kommission (2018). Wie Biehl (2013: 79–81) zeigt, ist das Parteienvertrauen der Bürger*innen in Deutschland seit etwa zehn Jahren nahezu unverändert niedrig.

³ Vgl. z.B. Biehl (2013: 77); Der Stern (2017).

⁴ Vgl. Albert et al. (2015: 173–174); Gaiser et al. (2016b: 36–37).

⁵ Vgl. zuletzt Gaiser et al. (2016b); Gürvelik et al. (2016: 12).

⁶ Vgl. Reiser et al. (2018: 89); Embacher (2011: 10).

⁷ Ausnahmen bilden Embacher (2011), Landwehr/Steiner (2017) und Decker et al. (2018).

den Bürger*innen aus ganz unterschiedlichen Gründen wertgeschätzt wird und dass auch die Unzufriedenheit mit ihrem Funktionieren davon abhängt, welche Vorstellungen von „Demokratie“ dabei vorausgesetzt werden.

Was für die Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen gilt, gilt auch für die Zufriedenheit mit ihren zentralen Akteuren, den politischen Parteien, im Besonderen: Auch mit ihrer Rolle und Funktion in der Demokratie können Bürger*innen durchaus unterschiedliche Erwartungen verknüpfen, deren Erfüllung oder Enttäuschung sich auf das Vertrauen auswirkt, das sie den Parteien in Deutschland entgegenbringen. Wenn das Vertrauen in politische Parteien darunter leidet, dass Bürger*innen nicht in dem gleichen Maße mit dem Funktionieren wie mit der Idee der Demokratie zufrieden sind, dann könnte dies davon abhängen, welche Vorstellungen von Demokratie sie sich konkret machen und welchen im Einzelnen mit diesen Vorstellungen verbundenen Erwartungen die Parteien in der Praxis nicht genügen. Hinzu kommt, dass die Parteien die mit diesen Vorstellungen verbundenen unterschiedlichen Erwartungen womöglich kaum gleichzeitig erfüllen können, wodurch Misstrauen und Verdruss unvermeidbar werden.

Vor diesem Hintergrund vermuten wir, dass das Parteienvertrauen von Jugendlichen nicht nur von soziodemographischen Faktoren, sondern auch von ihren jeweiligen Demokratievorstellungen abhängt. Die **zentrale Hypothese**, die wir im Rahmen unserer Studie testen, besagt, dass **die Wahrscheinlichkeit des Vertrauens in Parteien sinkt, wenn die normativen Erwartungen an die Demokratie im Allgemeinen sowie an die politischen Parteien als zentrale Akteure der Demokratie im Besonderen und die mit ihrem Funktionieren gemachten Erfahrungen divergieren, also die Erwartungen enttäuscht werden**. Um diese Annahmen zu überprüfen haben wir untersucht, welche Erwartungen Jugendliche an „Demokratie“ und „politische Parteien“ haben, welche von diesen Erwartungen tatsächlich enttäuscht werden, sowie ob und gegebenenfalls welche dieser Enttäuschungen dazu führen, dass die Jugendlichen den Parteien weniger Vertrauen schenken.

Für die schulische und außerschulische Demokratiebildung sind diese Fragestellungen von besonderem Interesse, da die Vorstellungen von Demokratie unter Jugendlichen von der Bildungsarbeit zumindest mit-, wenn nicht sogar wesentlich geprägt werden. Mit einem genaueren Verständnis der Zusammenhänge zwischen bestimmten Vorstellungen von Demokratie und dem Vertrauen beziehungsweise Misstrauen in Parteien kann die Demokratiebildung an und außerhalb von Schulen, aber auch von Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen, neue Impulse im Umgang mit der wachsenden Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen setzen: einerseits in Bezug auf die Reflexion ihres jeweils eigenen Beitrags zu vorherrschenden Vorstellungen von „Demokratie“ sowie andererseits zur Bereitstellung von schulischen und außerschulischen Angeboten, die den Verdruss der Jugendlichen über Parteien in einen expliziten Zusammenhang mit ihren eigenen Vorstellungen von Demokratie stellen können und so zur Entwicklung selbst-kritischer Bürger*innen beitragen.

2. Demokratievorstellungen

Wir gehen nicht davon aus, dass Bürger*innen im Allgemeinen und Jugendliche im Besonderen über eine kohärente Alltagstheorie der Demokratie verfügen. Es geht uns deshalb auch nicht darum politikwissenschaftlich definierte Typen von Demokratie,⁸ oder Typen des demokratischen Bürgers, wie den gehorsamen, kritischen oder zynischen Bürger,⁹ modellartig zu konstruieren und entsprechend abzufragen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass insbesondere Jugendliche ganz unterschiedliche und manchmal vielleicht auch inkonsistente Erwartungen an die Demokratie haben. Dies kann daran liegen, dass sie in diesem Alter zumeist noch keine stabile politische Identität herausgebildet haben. Die Erwartungen der Jugendlichen an die Demokratie werden deshalb zunächst vor allem von Vorstellungen von der Demokratie geprägt, denen sie in ihrem Alltag vor allem zu Hause, in der Schule oder am Ausbildungsplatz begegnen.¹⁰

Die heute in Deutschland vorherrschenden Vorstellungen von der Demokratie wurden in erster Linie vom Liberalismus geprägt.¹¹ Dieser geht seit der Aufklärung beginnend im frühen 18. Jahrhundert davon aus, dass Menschen grundsätzlich moralisch autonom und zur Vernunft fähig sind. Danach lasse sich nur noch eine Herrschaftsform rechtfertigen, in der sich die Bürger*innen als Freie und Gleiche gemeinsam selbst regieren, wozu es *individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit* braucht. Auf diesem Fundament beruhen die liberalen Vorstellungen von der Demokratie in politischer wie in gesellschaftlicher Hinsicht.

In *politischer Hinsicht* wecken individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit Vorstellungen von der Demokratie als eine politische Ordnung, die die **Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen** sowie die **Beteiligung aller an der Gesetzgebung** erforderlich macht und deren Aufgabe es ist, **Freiheit und Frieden im Inneren zu sichern**. Darüber hinaus beinhaltet dies Vorstellungen von der Demokratie als eine politische Ordnung, in der individuelle Freiheit vor einem Missbrauch politischer Macht geschützt wird, indem sie einen **Pluralismus an Meinungen ermöglicht** und strittige Entscheidungen durch das **Mehrheitsprinzip** entschieden werden.

In *gesellschaftlicher Hinsicht* wecken individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit eine Vorstellung von der Demokratie, in der **Staat und Gesellschaft getrennt** sind, was insbesondere in Form der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Dazu kommt die Vorstellung von einer Demokratie, in der **gesellschaftlicher Wohlstand** – und der damit verbundene soziale Ausgleich – **durch eine marktwirtschaftliche Ordnung** erreicht werden kann.

Die heute in Deutschland vorherrschenden Vorstellungen von einer liberalen Demokratie sind damit sicherlich noch nicht abschließend beschrieben, erfassen

⁸ Vgl. etwa Held (1996).

⁹ So z.B. Wu/Wilkes (2018).

¹⁰ Vgl. Neundorf/Smets (2017, 2013); Pfaff (2012: 271).

¹¹ Vgl. als knappen Überblick Vorländer (2007).

aber doch wesentlich den „Fundus implizit anerkannter Ideen und Grundsätze“, wie sie die politische Kultur in Deutschland heute auszeichnen.¹² Mit ihnen werden konkrete normative Erwartungen darüber verbunden, wie Demokratie im Allgemeinen funktionieren soll und wie sich demokratische Akteure im Besonderen verhalten sollen. Weil sich mit diesen allgemeinen liberalen Demokratievorstellungen sehr unterschiedliche normative Erwartungen verknüpfen lassen, sind diese normativen Erwartungen an die Demokratie nicht nur historisch durchaus im Wandel, sondern auch gleichzeitig verschiedene, sich möglicherweise widersprechende Erwartungen mit der gleichen Vorstellung verbunden.

Zudem konkurrieren diese liberal geprägten Demokratievorstellungen und die mit ihnen verbundenen Erwartungen mit weiteren normativen Erwartungen, die von alternativen – wie etwa den agonalen, identitären oder republikanischen – Vorstellungen von Demokratie herrühren. Dies kann im Kontext liberaler Demokratievorstellungen dazu führen, dass ihr Geltungsanspruch mit einer weiteren Erwartung *ausgedehnt* wird; diese Erwartungen können aber auch den liberalen Demokratievorstellungen oder konkreten von diesen geprägten Erwartungen konkurrieren und sich explizit *gegen* deren Geltungsanspruch richten.¹³ Es sind dann genau die daraus resultierenden Deutungskonflikte, die demokratische Ordnungen dynamisieren und so deren Wandel vorantreiben.¹⁴

In unserer parlamentarischen Demokratie richten sich die **normativen Erwartungen an die liberale Demokratie ebenso wie die mit ihnen konkurrierenden Erwartungen** vor allem an die Parteien, die die Bürger*innen und deren Interessen und Ziele repräsentieren sollen.¹⁵ Im Hinblick darauf, welchen Einfluss Demokratievorstellungen auf das Parteienvertrauen unter Jugendlichen haben, fokussieren wir in unserer Untersuchung auf siebzehn liberal geprägte und mit diesen konkurrierende Erwartungen, die im Kontext dieser sieben liberalen Vorstellungen von der Demokratie stehen (vgl. Abbildung 1).

¹² Zu diesem Begriff der politischen Kultur vgl. Rawls (1998: 73).

¹³ Es geht uns also nicht zwingend nur um politische Ordnungsvorstellungen, wie Populismus oder Autoritarismus, die sich ausdrücklich gegen die (liberale) Demokratie an sich richten; vgl. so etwa Welzel/Kirsch (2018) und Vehrkamp/Wratil (2017).

¹⁴ Ausführlich dazu Brodocz (2015).

¹⁵ Klassisch Leibholz (1987).

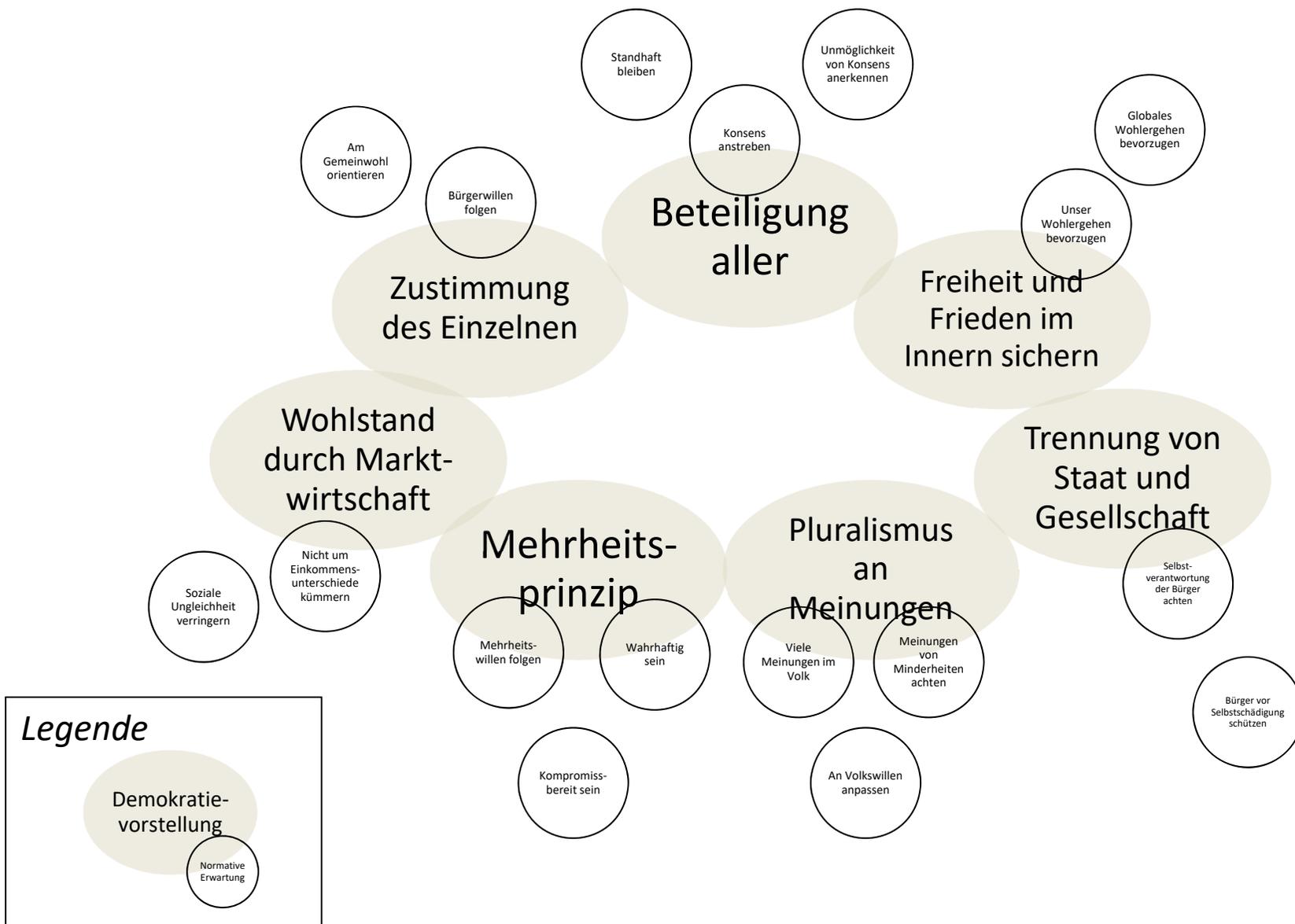


Abbildung 1: Liberale Demokratievorstellungen und mit diesen verbundene oder konkurrierende normative Erwartungen

Die Demokratievorstellung von der notwendigen Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen beinhaltet die **Erwartung, dass die Parteien immer darauf hören sollten, was die Bürger wollen**, weil die Parteien von ihren Wähler*innen ein Mandat bekommen, um deren Wünsche zu realisieren.¹⁶ Parteien werden gewählt, weil sie sich dem Willen ihrer Wähler*innen verpflichtet sehen und genau dies für die Zeit nach der Wahl versprochen haben. In einer Demokratie müsse deshalb von den Parteien erwartet werden, dass sie sich stets an den Willen ihrer Wählerschaft gebunden sehen. Mit der Erwartung an die Parteien in der Demokratie dem Bürgerwillen zu folgen **konkurriert die Erwartung, dass die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten anders entscheiden sollten, als die meisten Bürger wollen, wenn dies besser für das Land ist.** Diese Erwartung wird von der republikanischen Vorstellung geleitet, dass das Wohl des Volkes nicht notwendigerweise mit dem Interesse der Mehrheit identisch sein muss.¹⁷ Parteien werden deshalb zum Regieren ausgewählt, weil ihre Vertreter über Fähigkeiten verfügen, mit denen sie das Gemeinwohl besser erkennen können als das Volk selbst. In einer Demokratie müsse deshalb von den Parteien erwartet werden, dass sie nur Entscheidungen treffen, die dem Gemeinwohl dienen, auch wenn die Mehrheit der Bürger*innen diese Entscheidungen unter Umständen nicht teilen.

Die Demokratievorstellung von der Beteiligung aller an der Gesetzgebung impliziert die **Erwartung, dass sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung einigen sollten**, weil kollektiv bindende Entscheidungen dann als legitim und somit demokratisch wertvoll gelten, wenn sie auf einem Konsens aufrufen, auf den sich die Parteien in einem ergebnisoffenen und öffentlichen Diskurs der Gründe, denen alle von der Entscheidung möglicherweise Betroffenen zustimmen könnten, verständigt haben.¹⁸ Von den Parteien in einer Demokratie müsse deshalb erwartet werden, dass sie Entscheidungen anstreben, auf die sich alle gemeinsam einigen können. Mit dieser Erwartung an die Parteien Konsense anzustreben **konkurrieren die Erwartungen, dass die Parteien anerkennen sollten, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind und dass die Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten bleiben sollten, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt.** Die Erwartung, dass die Parteien nicht nach Lösungen suchen sollten, die die Zustimmung aller Bürger*innen finden könnten, wird durch die agonale Vorstellung von der Demokratie unterstützt, dass kollektiv bindende Entscheidungen auf Antagonismen beruhen, die sich nicht konsensuell entscheiden lassen und deshalb niemals die Zustimmung aller finden können. Genau diese unaufhebbare Konflikthaftigkeit werde erst sichtbar, wenn sich Mehrheit und Minderheit hinsichtlich einer Entscheidung klar gegenüberstehen.¹⁹ In einer Demokratie beinhaltet dies deshalb die Erwartung, dass Parteien die Unüberwindbarkeit unversöhnlicher Interessensgegensätze anerkennen

¹⁶ Vgl. Mansbridge (2003: 516).

¹⁷ Vgl. Hamilton/Madison/Jay (1994 [1788]: 50–58).

¹⁸ Vgl. Habermas (1994: 429–435); im Anschluss an Peters (1993: 344–352).

¹⁹ Vgl. Lefort (1999: 48–53); Mouffe (2007: 9–10).

sollten, anstatt sich an einer Suche nach Lösungen zu orientieren, die die Zustimmung aller Bürger*innen finden könnten. Die Erwartung, dass das Regieren in der Demokratie standhafte Parteien benötigt, wird von der gesinnungsethischen Vorstellung getragen, dass politische Überzeugungen nicht aufgegeben werden dürfen, nur damit von ihnen unabhängige Ziele erreicht oder Folgen vermieden werden können.²⁰ In einer Demokratie müsse deshalb von Parteien erwartet werden, dass sie keine politischen Entscheidungen treffen, die ein Abrücken von den eigenen Überzeugungen notwendig machen.

Die Demokratievorstellung Freiheit und Frieden im Inneren zu sichern beinhaltet die **Erwartung, dass sich die Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier kümmern, und erst danach um die Probleme anderswo**, weil der Zusammenschluss von Bürger*innen zu einer politischen Gemeinschaft mit dem Ziel sich Freiheit in Form von Bürgerrechten gegenseitig zuzusichern, auch die Verpflichtung einschließt, füreinander solidarisch einzustehen, um diesen Zusammenschluss aufrechtzuerhalten. In einer Demokratie genieße die Solidarität unter den Staatsbürger*innen deshalb Vorrang gegenüber der Solidarität mit Anderen,²¹ weshalb von den Parteien in einer Demokratie erwartet werden müsse, dass sie Fremde und deren Belange nicht mit denen der Staatsangehörigen gleichstellen, weil sie sonst die Gleichheit unter den Staatsangehörigen entwerten würden. Mit der Erwartung, dass Parteien unser Wohlergehen vorrangig behandeln sollten, **konkurriert die Erwartung, dass den Parteien die Probleme der Welt wichtiger sein sollten, als die Probleme hier**. Diese Erwartung wird von der kosmopolitischen Vorstellung gestützt, dass die extreme globale Ungleichheit zwischen den wohlhabenden etablierten Demokratien des Nordens und den armen Ländern des Südens aus einer durch Kolonialisierung, Sklaverei und Genozid gekennzeichneten gemeinsamen Geschichte hervorgegangen ist, die etablierte Demokratien moralisch zur Entschädigung und Vermeidung weiterer Schäden verpflichtet.²² Von den Parteien müsse deshalb in einer Demokratie erwartet werden, dass sie diese Probleme globaler Ungleichheit vorrangig behandeln.

Die Demokratievorstellung von einem Pluralismus an Meinungen beinhaltet die **Erwartungen, dass verschiedene Meinungen im Volk existieren und dass Parteien auch die Meinungen von Minderheiten beachten sollten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt**. Unter den Bürger*innen in einer Demokratie sollte Meinungsvielfalt herrschen, weil Meinungskonflikte unter ihnen zum Fortschritt nötig sowie gegen Machtmissbrauch hilfreich sind.²³ Sich widersprechende Bürger*innen befördern den Fortschritt, indem sie so Gelegenheiten schaffen, den Wahrheitsanspruch von herrschenden Meinungen zu prüfen und dann gegebenenfalls zu revidieren oder noch deutlicher kenntlich zu machen. Dem Machtmissbrauch wirken ihre Meinungskonflikte entgegen, weil sie der

²⁰ Vgl. Weber (1992 [1919]: 237–242).

²¹ Vgl. Miller (1995: 80 ff.).

²² Vgl. Pogge (2010).

²³ Vgl. Mill (1988 [1859]: 24–76).

Anmaßung entgegenwirken, vorherrschende Meinungen als unfehlbar darzustellen. Zudem wird von den Parteien in einer Demokratie hinsichtlich des Meinungspluralismus erwartet, auch Minderheiten verpflichtet zu sein, weil sie nicht nur die Interessen der Mehrheit repräsentieren sollen, sondern alle Interessenslagen.²⁴ Die für die Demokratie nötige Identifikation der Bürger*innen mit den sie repräsentierenden Parteien sowie die nötige Gleichheit ihrer Wahlstimmen könne deshalb nur gelingen, wenn von den Parteien nicht nur die Mehrheit, sondern auch die Minderheiten repräsentiert werden. Von den Parteien in einer Demokratie müsse deshalb erwartet werden, dass die Meinungen der Minderheiten auch dann Beachtung finden, wenn sie von der Mehrheit ausdrücklich abgelehnt werden. **Mit diesen Erwartungen konkurriert die Erwartung, dass sich auch diejenigen Bürger an den Willen des Volkes anpassen sollten, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden können.** Diese Erwartung knüpft an die identitäre Vorstellung an, dass der Wille des Volkes keine von ihm abweichende Meinung enthalten darf, weil er sonst mit dem Willen des Volkes nicht mehr identisch wäre.²⁵ Wahlen und Abstimmungen dienen deshalb allein der Ermittlung dieses Volkswillens, weshalb auch der Wille der überstimmten Minderheit mit dem Willen der Mehrheit identisch sein muss. Insofern müsse in einer Demokratie von allen Bürger*innen erwartet werden, dass sie sich dem Willen des Volkes anpassen, auch wenn sie ihn nicht teilen.

Die Demokratievorstellung vom Mehrheitsprinzip beinhaltet die **Erwartungen, dass Parteien immer tun sollten, was die Mehrheit der Bürger will und dass die Politiker den sie auswählenden Bürgern deshalb immer sagen sollten, was sie wirklich denken.** Die regierenden Parteien sollten tun, was die regierten Bürger*innen wollen, weil diese selbst am besten wissen, was ihnen nützt, und danach streben den größten Nutzen für sich zu erreichen. Sofern sich dadurch Konflikte unter den Bürger*innen ergeben, bräuchte es kollektiv bindende Entscheidungen, die den meisten von ihnen nutzen.²⁶ Deshalb müsse in einer Demokratie von den Parteien erwartet werden, dass sie bei ihren Entscheidungen stets dem Mehrheitswillen der Bürger folgen. Das wird von der Erwartung ergänzt, dass die Politiker*innen Werte, Einstellungen und Eigenschaften der sie wählenden Bürger*innen verkörpern, um sie in wichtigen Entscheidungen zur Geltung zu bringen.²⁷ Politiker*innen werden dann gewählt, wenn die Wähler*innen von ihnen wissen, wofür sie stehen und dass sie verlässlich dafür eintreten, also gegebenenfalls auch gegen ihre Partei. In einer Demokratie müsse deshalb von den Parteipolitiker*innen erwartet werden, dass sie ihre wahren Überzeugungen stets öffentlich machen und die Bürger*innen bei jeder Entscheidung wissen lassen, was sie von ihr halten. Mit diesen Erwartungen konkurriert die **Erwartung, dass die Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig sein und nicht an ihren Positionen festhalten sollten,** weil unter den Bürger*innen vielfältige und

²⁴ Vgl. Mill (1971 [1861]: 121–142).

²⁵ Vgl. Schmitt (1991 [1923]: 36).

²⁶ Vgl. Nida-Rümelin/Özmen (2011: 80).

²⁷ Vgl. Mansbridge (2003: 520–522).

sehr unterschiedliche, häufig sogar gegensätzliche Interessen vorherrschen.²⁸ Diese dürften nicht mit Hilfe des Mehrheitsprinzips einseitig zugunsten einer großen Gruppe entschieden werden, sondern müssten allesamt im öffentlichen Raum zum Ausdruck gebracht werden, damit sie dann auch zum Wohle aller ausgeglichen werden können. Von den Parteien in einer Demokratie müsse deshalb erwartet werden, dass sie sich nicht ausschließlich am Festhalten und Durchsetzen eigener Interessen mit Hilfe des Mehrheitsprinzips orientieren, sondern sich von der Suche nach einem Kompromiss zwischen allen divergierenden Interessensgruppen leiten lassen.

Die Demokratievorstellung von der Trennung von Staat und Gesellschaft insbesondere in Form der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft beinhaltet die **Erwartung, dass die Parteien in einer Demokratie darauf achten sollten, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt**, weil die Bürger*innen nur frei sind, wenn sie auch Eigentum an ihrer Person haben.²⁹ Je mehr sie Entscheidungen über sich selbst den von ihnen ausgewählten Parteien überlassen, desto mehr Freiheit geben sie letztendlich auf. Von den Parteien in einer Demokratie müsse deshalb erwartet werden, dass sie den Bürger*innen nicht alles vorschreiben, sondern ihnen weitreichende Handlungsspielräume gerade in jenen Fragen lassen, die ihre eigene Lebensführung betreffen. Mit dieser Erwartung **konkurriert die Erwartung, dass sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf verlassen sollten, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist.**³⁰ Denn der überwiegenden Anzahl von ihnen mangle es schon an den Fähigkeiten, die politischen Fakten richtig erkennen und interpretieren sowie dann schnell eine rationale, das heißt für sie beste Entscheidung treffen zu können. Die regierenden Parteien in einer Demokratie können darum nicht von den Bürger*innen selbst in Erfahrung bringen, was für sie am besten ist, weshalb von den Parteien erwartet werden müsse, dass sie die Bürger*innen davor bewahren sich selbst zu schädigen.

Die Demokratievorstellung von der Herstellung von gesellschaftlichem Wohlstand durch Marktwirtschaft beinhaltet die **Erwartung, dass sich die Parteien nicht darum kümmern sollten, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind**, weil dies die Freiheit der Bürger*innen ganz wesentlich einschränkt.³¹ Es sei nicht die Aufgabe der regierenden Parteien festzulegen, wessen Leistung wie viel wert ist. Denn dafür fehle es an einem Verständnis von Gerechtigkeit, das von allen Bürger*innen geteilt wird. Individueller Reichtum und Wohlstand würden so zu einer Frage politischer Macht beziehungsweise des Zugangs zu ihr und lägen nicht mehr in den Händen der einzelnen Bürger*innen. Von den Parteien in einer Demokratie müsse deshalb erwartet werden, dass sie die Wirtschaftsfreiheit der Bürger*innen nicht verletzen. Mit dieser Erwartung **konkurriert die Erwartung, dass die Parteien**

²⁸ Vgl. Fraenkel (1991 [1964]: 297–325).

²⁹ Vgl. Nozick (1974: 276–292).

³⁰ Vgl. Schumpeter (1993 [1942]: 402–420).

³¹ Vgl. Hayek (1991 [1944]: 135–155); siehe grundlegend dazu auch schon Locke (1977 [1689]: 216–217).

in einer Demokratie mit ihren Entscheidungen dafür sorgen sollten, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird. Diese Erwartung wird von der republikanischen Vorstellung einer engen Verbundenheit der Demokratie zur Gleichheit gestützt. Ein von allen Bürger*innen geteilter Gemeinwille sei nur dann vorhanden und von Dauer, solange soziale Unterschiede nicht die Entstehung sich widerstreitender Einzelwillen forcierten.³² Von den Parteien in einer Demokratie müsse danach erwartet werden, dass sie soziale Ungleichheit bekämpfen, um die Gleichheit als wesentliche Möglichkeitsbedingung von Demokratien zu stabilisieren.

Insgesamt konzentrieren wir uns somit auf 17 Erwartungen,³³ die entweder mit einer der Vorstellungen der liberalen Demokratie verbunden werden oder mit diesen um Geltung konkurrieren. Die folgende Tabelle zeigt an, welche der liberalen Demokratievorstellungen entsprechende beziehungsweise mit ihnen konkurrierende Erwartungen wir in den Fragebogen aufgenommen haben (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Liberale Demokratievorstellungen und Erwartungen sowie mit diesen konkurrierende Erwartungen

Liberale Demokratievorstellungen	Liberale Erwartungen³⁴	Konkurrierende Erwartungen
Die Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen	Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer darauf hören, was die Bürger wollen. [Bürgerwillen folgen]	Wenn die Parteien denken, dass das besser für das Land ist, sollten sie bei wichtigen Angelegenheiten anders entscheiden, als die meisten Bürger wollen. [Am Gemeinwohl orientieren]
Die Beteiligung aller an der Gesetzgebung	In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung einigen. [Konsens anstreben]	In einer Demokratie sollten die Parteien anerkennen, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind. [Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen] In einer Demokratie sollten die Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten bleiben, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt. [Standhaft bleiben]

³² Vgl. Rousseau (1977 [1762]: 27).

³³ Wir gehen nicht davon aus, dass wir damit bereits alle relevanten normativen Erwartungen erfasst haben. Insofern ist unsere Liste von 17 Erwartungen nicht abschließend. In unseren Pre-Tests haben wir zunächst 27 Erwartungen getestet; valide und reliabel sind die hier aufgeführten 17 Erwartungen.

³⁴ Bei den Erwartungen sind bereits die Kurztitel, auf die in den Ergebnisdarstellungen in Abschnitt 4 verwiesen wird, in eckigen Klammern angeführt.

Liberaler Demokratievorstellungen	Liberaler Erwartungen³⁴	Konkurrierende Erwartungen
Die Sicherung von Freiheit und Frieden im Innern	In einer Demokratie sollten sich die Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier kümmern, und erst danach um die Probleme anderswo. [Unser Wohlergehen bevorzugen]	In einer Demokratie sollten den Parteien die Probleme der Welt wichtiger sein, als die Probleme hier. [Globales Wohlergehen bevorzugen]
Der Pluralismus an Meinungen im Volk	Bei wichtigen Entscheidungen sollte es in einer Demokratie verschiedene Meinungen im Volk geben. [Verschiedene Meinungen im Volk] Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien auch die Meinungen von Minderheiten beachten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt. [Meinungen von Minderheiten achten]	Bei wichtigen Angelegenheiten sollten sich in einer Demokratie auch diejenigen Bürger an den Willen des Volkes anpassen, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden können. [Bürger an Volkswillen anpassen]
Das Mehrheitsprinzip	Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer tun, was die Mehrheit der Bürger will. [Mehrheitswillen folgen] Bei wichtigen Fragen sollten die Politiker den Bürgern immer sagen, was sie wirklich denken. [Wahrhaftig sein]	In einer Demokratie sollten die Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig sein und nicht an ihren Positionen festhalten. [Kompromissbereit sein]
Die Trennung von Staat und Gesellschaft	Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie darauf achten, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt. [Selbstverantwortung der Bürger achten]	In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf verlassen, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist. [Bürger vor Selbstschädigung schützen]
Die Herstellung von Wohlstand durch Marktwirtschaft	In einer Demokratie sollten sich die Parteien nicht darum kümmern, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind. [Einkommensunterschiede nicht verringern]	Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie mit ihren Entscheidungen dafür sorgen, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird. [Soziale Ungleichheit verringern]

3. Methodik und Befragungsdesign

Das Ausmaß des Parteienvertrauens unter Jugendlichen in Thüringen sowie dessen mögliche Erklärungsfaktoren wurden mittels einer standardisierten schriftlichen offline-Befragung von 3327 Thüringer Jugendlichen erhoben. Da die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen im Bildungssystem vertreten ist, wurden die Befragten durch eine Klumpenstichprobe von 20 zufällig ausgewählten Berufsschulen und 19 zufällig ausgewählten Gymnasien ermittelt. Alle Schüler*innen der 10. bis 12. Klasse (Gymnasien) beziehungsweise des 1. und 2. Ausbildungsjahres (Berufsschulen) der gezogenen Schulen wurden in die Befragung einbezogen.³⁵

Durchgeführt wurde die Befragung als Paper and Pencil-Befragung in den Schulen mittels eines vollstandardisierten, 28 beziehungsweise 29 Fragen umfassenden Fragebogens (vgl. Anhang A1 und A2).³⁶ Dieser bestand aus vier Themenblöcken, in denen die folgenden Merkmale beziehungsweise Einstellungen abgefragt wurden:³⁷

Das Vertrauen der Jugendlichen in Parteien und andere gesellschaftliche Institutionen: Die abhängige Variable *Vertrauen in Parteien* wurde durch ein an andere Jugendstudien angelehntes Item erfasst. Hierzu wurden die Jugendlichen gebeten, insgesamt 17 gesellschaftliche Gruppierungen und Organisationen – darunter auch *Politische Parteien* – auf einer Likert-Skala mit sechs Antwortmöglichkeiten dahingehend zu bewerten, wie sehr sie ihnen vertrauen (von 1 ‚ganz und gar kein Vertrauen‘ bis 6 ‚volles Vertrauen‘). Nach demselben Muster wurde in einer weiteren Frage zudem die Vertrauenswürdigkeit der einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien abgefragt (vgl. Tabelle 2).³⁸

³⁵ Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig, anonym und konnte ohne negative Konsequenzen verweigert werden. Dies wurde den Jugendlichen im Vorfeld der Befragung mitgeteilt. Durchgeführt wurden die Befragungen von Mitte März bis Mitte Juni 2018 von 12 studentischen beziehungsweise wissenschaftlichen Hilfskräften – Ihnen danken wir herzlich für ihre Unterstützung.

³⁶ Es wurden zwei verschiedene Fragebögen für die Befragung von Jugendlichen in Berufsschulen beziehungsweise Gymnasien erstellt, die sich in den Fragen zur Schulbildung der Schüler*innen unterscheidet. Berufsschüler*innen wurden gebeten, ihren höchsten Schulabschluss und ihre Berufsausbildung anzugeben; die Gymnasiast*innen wurden nach ihren schriftlichen Prüfungsfächern im Abitur gefragt (für die Fragebögen vgl. Anhang A1 und A2).

³⁷ Die Auflistung der Items anhand von vier Themenblöcken entspricht nicht deren Reihenfolge im Fragebogen.

³⁸ Die Items zu Vertrauen in Parteien und in andere gesellschaftliche Institutionen wurden adaptiert von der *Shell-Jugendstudie 2015* (Albert et al. 2015: 407) sowie der *FES-Jugendstudie 2015* (Gaiser et al. 2016a: 187). Während in der *FES-Jugendstudie* (Gaiser et al. 2016a: 188) die Nähe zu verschiedenen Parteien erhoben wird, wurde hier – von der Parteienpräferenz abstrahierend – nach deren Vertrauenswürdigkeit gefragt.

Tabelle 2: Items zum Vertrauen in Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen und Organisationen

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten)
2	Vertrauen in 17 gesellschaftliche Gruppen und Organisationen (darunter politische Parteien) in einer Itematterie	In einer Gesellschaft gibt es ja ganz unterschiedliche Gruppierungen und Organisationen. Uns interessiert, wie viel Vertrauen Du diesen Gruppen oder Organisationen entgegenbringst. Bitte kreuze an, wie sehr Du den jeweiligen Gruppen oder Organisationen vertraust, von (1) „ganz und gar kein Vertrauen“ bis (6) „volles Vertrauen“	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerinitiativen: 3,4 [1,055]; n = 3233 - Umwelt- und Menschenrechtsgruppen: 3,5 [1,198]; n = 3247 - Bundespräsident: 3,4 [1,278]; n = 3277 - Bundesregierung: 3,3 [1,270]; n = 3267 - Bundesverfassungsgericht: 3,9 [1,301]; n = 3234 - Bundeswehr: (3,9 [1,412]; n = 3263 - Europäische Union (EU): 3,7 [1,230]; n = 3268 - Große Unternehmen: 3,0 [1,160]; n = 3265 - Banken: 3,2 [1,356]; n = 3284 - Gerichte: 4,0 [1,265]; n = 3285 - Gewerkschaften: 3,6 [1,092]; n = 3241 - Kirchen: 2,7 [1,487]; n = 3264 - Politische Parteien: 2,9 [1,080]; n = 3269 - Polizei: 4,0 [1,409]; n = 1,080 - Vereinte Nationen (UNO): 3,7 [1,211]; n = 3217 - Fernsehen, Zeitung, Radio: 2,8 [1,262]; n = 3286 - Social Media wie Facebook oder Twitter: 2,4 [1,231]; n = 3295
3	Vertrauenswürdigkeit der sieben im Bundestag vertretenen Parteien in einer Itematterie	Nachdem wir schon gefragt haben, wie sehr Du politischen Parteien im Allgemeinen vertraust, würden wir jetzt noch gerne wissen, wie Du das bei den im Bundestag vertretenen Parteien siehst. Wenn Du einmal davon absiehst, ob Du eine Partei (inhaltlich) gut findest oder nicht: Als wie vertrauenswürdig beurteilst Du die verschiedenen Parteien in Deutschland, von (1) „gar nicht vertrauenswürdig“ bis (6) „sehr vertrauenswürdig“?	<ul style="list-style-type: none"> - CDU: 3,3 [1,350]; n = 3255 - CSU: 3,1 [1,270]; n = 3239 - SPD: 3,1 [1,212]; n = 3230 - AfD: 2,1 [1,432]; n = 3242 - FDP: 2,8 [1,229]; n = 3201 - Die Linke: 2,8 [1,307]; n = 3237 - Bündnis 90/Die Grünen: 2,9 [1,339]; n = 3246

Soziodemographische Merkmale: An soziodemographischen Merkmalen wurden *Alter*, *Geschlecht* und *Schulbildung* der Befragten sowie deren *sozioökonomische Situation* und der *Bildungshintergrund ihrer Eltern*³⁹ erhoben. Ihr *Alter* konnten die Jugendlichen in einer offenen Frage eintragen. Zur Angabe des *Geschlechts* standen die Optionen ‚männlich‘ und ‚weiblich‘ sowie eine dritte, offene Kategorie zur Verfügung, deren Bezeichnung die Jugendlichen selbst vornehmen konnten. In Bezug auf die *Schulbildung* wurden zusätzlich zur *besuchten Schulform* für die Gymnasiast*innen die *schriftlichen Prüfungsfächer im Abitur* und für die Berufsschüler*innen der bis dato *höchste erreichte Schulabschluss* sowie die *Bezeichnung der Berufsausbildung* erfasst.⁴⁰ Die *sozioökonomische Situation* wurde anhand der *subjektiven Einschätzung der finanziellen Lage* des Haushalts sowie der persönlichen finanziellen Situation abgefragt.⁴¹ Der *Bildungshintergrund der Eltern* wurde anhand des *Schulabschlusses der Mutter, des Vaters* sowie – für Jugendliche, die nur mit einem Elternteil und dessen neuem Partner zusammenleben – *des neuen Partners* erfasst (vgl. Tabelle 3).⁴²

Tabelle 3: Items zur Erhebung soziodemographischer Merkmale

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
28 (GYM) / 29 (BS) ⁴³	Alter	Wie alt bist Du?	- Mittelwert: 18,0 [1,898]; n = 3223
27 (GYM) / 28 (BS)	Geschlecht	Bitte gib Dein Geschlecht an. Bist Du...	- männlich: trifft zu bei 1515 (46,8%) - weiblich: trifft zu bei 1695 (52,4%) - offene Kategorie („drittes Geschlecht“): trifft zu bei 27 (0,8%) - n = 3237

³⁹ Items adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 426).

⁴⁰ Anders als von uns erwartet waren die Ergebnisse zu den *schriftlichen Prüfungsfächern im Abitur* (für Jugendliche auf Gymnasien) sowie zum *höchsten erreichten Schulabschluss* und der *Bezeichnung der Berufsausbildung* (für Jugendliche auf Berufsschulen) entweder zu heterogen oder zu wenig differenziert, um für weitere Analysen genutzt zu werden. Deshalb sind sie in Tabelle 3 nicht aufgeführt.

⁴¹ Insgesamt zielten 11 Fragen auf die Erfassung der sozioökonomischen Situation, u.a. zur *Anzahl und Qualität der für die Jugendlichen verfügbaren elektronischen Geräte* (PC, Laptop, Tablet und Smartphone) und zu den *Wohnverhältnissen*, aber nur die o.g. subjektiven Einschätzungen zur finanziellen Situation waren in der Auswertung reliabel (vgl. unten 4.8). Items zur subjektiven Einschätzung der finanziellen Lage sind übernommen aus *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 424, 428). Items zur Wohnsituation adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (ebd.).

⁴² Items zum Bildungshintergrund der Eltern adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 426).

⁴³ Die Fragebögen für Jugendliche auf Berufsschulen und Gymnasien weichen nur in den Fragen zur Schulbildung voneinander ab: Den Berufsschüler*innen wurden hierzu zwei Fragen gestellt (höchster erreichter Schulabschluss; Bezeichnung der Berufsausbildung); den Gymnasiast*innen wurde eine Frage gestellt (schriftliche Prüfungsfächer im Abitur). Daher unterscheidet sich die Nummerierung der Fragen ab Frage 12 in den beiden Fragebögen.

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
17 (GYM) / 18 (BS)	Sozioökonomische Situation: subjektive Einschätzung der finanziellen Lage des Haushalts	Und wie gut kommt Ihr zu Hause insgesamt mit dem Geld zurecht, das Euch zur Verfügung steht, von (1) „sehr schlecht“ bis (6) „sehr gut“?	- Mittelwert: 4,68 [1,270]; n = 3246
18 (GYM) / 19 (BS)	Sozioökonomische Situation: subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation	Wie würdest Du insgesamt Deine persönliche finanzielle Situation bezeichnen, von (1) „sehr schlecht“ bis (6) „sehr gut“?	- Mittelwert: 4,15 [1,333]; n = 3243
24 (GYM) / 25 (BS)	Bildungshintergrund der Eltern: Schulabschluss der Mutter	Welchen höchsten Schulabschluss hat Deine Mutter? ⁴⁴	- Schule beendet ohne Schulabschluss: trifft zu bei 38 (1,2%) - Volks-/Hauptschulabschluss: trifft zu bei 203 (6,4%) - Realschulabschluss/mittlere Reife: trifft zu bei 1615 (50,6%) - Fachhochschulreife/Fachabitur: trifft zu bei 259 (8,1%) - Abitur/Allgemeine Hochschulreife: trifft zu bei 768 (24,1%) - weiß ich nicht: trifft zu bei 306 (9,6%) - n = 3189
25 (GYM) / 26 (BS)	Bildungshintergrund der Eltern: Schulabschluss des Vaters	Welchen höchsten Schulabschluss hat Dein Vater?	- Schule beendet ohne Schulabschluss: trifft zu bei 49 (1,5%) - Volks-/Hauptschulabschluss: trifft zu bei 237 (7,4%) - Realschulabschluss/mittlere Reife: trifft zu bei 1550 (48,7%) - Fachhochschulreife/Fachabitur: trifft zu bei 218 (6,8%) - Abitur/Allgemeine Hochschulreife: trifft zu bei 654 (20,5%) - weiß ich nicht: trifft zu bei 478 (15,0%) - n = 3186

⁴⁴ In den Fragebögen wurden die Voraussetzungen der abgefragten Schulabschlüsse der Mutter, des Vaters sowie gegebenenfalls des neuen Partners/der neuen Partnerin nochmals konkretisiert. Vgl. dazu Anhänge A1 und A2.

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
26 (GYM) / 27 (BS)	Bildungshintergrund der Eltern: Schulabschluss des neuen Partners/der neuen Partnerin	Falls Deine Eltern getrennt sind und Du mit dem/der neue/n Partner/in Deiner Mutter/Deines Vaters zusammenlebst: Welchen höchsten Schulabschluss hat der- oder diejenige? (Filterfrage)	<ul style="list-style-type: none"> - Schule beendet ohne Schulabschluss: trifft zu bei 16 (1,4%) - Volks-/Hauptschulabschluss: trifft zu bei 58 (4,9%) - Realschulabschluss/mittlere Reife: trifft zu bei 349 (29,8%) - Fachhochschulreife/Fachabitur: trifft zu bei 67 (5,7%) - Abitur/Allgemeine Hochschulreife: trifft zu bei 185 (15,8%) - weiß ich nicht: trifft zu bei 498 (42,5%) - n = 1173

Das Interesse der Jugendlichen für Politik und ihr politisches Engagement: Das politische Interesse und Engagement der Jugendlichen wurde mittels acht verschiedener Fragen in unterschiedlichen Dimensionen erfasst. Im Hinblick auf das *Interesse für Politik* wurde erhoben wie stark sich die Jugendlichen *im Allgemeinen* für Politik interessieren⁴⁵ und welche *politischen Themen* sie als wichtig erachten. Hierzu wurden insgesamt 14 politische Themen vorgegeben, die die Jugendlichen auf einer Likert-Skala mit 6 Antwortmöglichkeiten im Hinblick auf ihre Wichtigkeit bewerten konnten.⁴⁶ Zudem wurde erfragt, ob die Jugendlichen sehr häufig, häufig, selten oder nie *mit ihren Eltern beziehungsweise Freunden über Politik sprechen*⁴⁷ und wie oft sie mit diesen *in wichtigen politischen Fragen übereinstimmen*.⁴⁸

Zur Messung des *politischen Engagements* wurde zum einen anhand des Items ‚Jugendliche können die Politik beeinflussen, wenn sie wollen‘ die *politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung*⁴⁹ der Jugendlichen erfasst. Als objektives Kriterium für politisches Engagement wurden zudem eine Reihe sowohl *konventioneller als auch nicht-konventioneller politischer Beteiligungsformen* abgefragt.⁵⁰ Hier konnten die Jugendlichen angeben, ob sie in der jeweiligen Weise noch nie, einmal oder bereits mehrfach politisch aktiv gewesen sind (vgl. Tabelle 4).

⁴⁵ Item adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 406) und *FES-Jugendstudie* (Gaiser et al. 2016a: 36).

⁴⁶ Item adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 409).

⁴⁷ Item adaptiert nach *FES-Jugendstudie* (Gaiser et al. 2016a: 84).

⁴⁸ Diese vier Items zur politischen Kommunikation und Übereinstimmung mit Eltern beziehungsweise Freunden wurden in die Befragung aufgenommen, da das politische Interesse von Jugendlichen wesentlich durch ihr familiäres und schulisches Umfeld geprägt wird (vgl. Neundorf et al. 2013: 95–96).

⁴⁹ Item adaptiert nach *Thüringenmonitor ‚Jugend und Politik‘* (Dicke et al. 2001: Anhang J27).

⁵⁰ Item adaptiert nach *Shell Jugendstudie* (Albert et al. 2015: 408, 412) sowie *FES-Jugendstudie* (Gaiser et al. 2016a: 26).

Tabelle 4: Items zum politischen Interesse und Engagement

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
6	Allgemeines Interesse für Politik	Wie stark interessierst Du Dich im Allgemeinen für Politik, von (1) „gar nicht“ bis (6) „stark“	- Mittelwert: 3,4 [1,342]; n = 3287
4	Wichtigkeit von 14 politischen Themen in einer Itematterie	In der Politik geht es ja um viele verschiedene Themen. Uns interessiert, wie wichtig Dir diese unterschiedlichen Themen sind. Bitte kreuze für jedes Gebiet an, wie wichtig es Dir persönlich ist, dass sich die Politik damit befasst, von (1) „gar nicht wichtig“ bis (6) „sehr wichtig“	- Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit: 4,9 [1,076]; n = 3290 - Bildung, Wissenschaft und Forschung: 5,2 [0,962]; n = 3284 - Europa und Europäische Union (EU): 4,06 [1,189]; n = 3276 - Frieden und Entwicklungshilfe: 5,0 [1,196]; n = 3288 - Kinder, Jugend und Familie: 5,2 [1,007]; n = 3288 - Krieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr: 3,8 [1,474]; n = 3289 - Kriminalität und Terror: 4,8 [1,265]; n = 3284 - Kultur: 3,8 [1,334]; n = 3285 - schnelles Internet und Digitalisierung: 4,3 [1,430]; n = 3296 - Sport: 3,6 [1,581]; n = 3285 - Umwelt- und Tierschutz: 4,7 [1,252]; n = 3291 - Verteilung von Armut und Reichtum: 4,7 [1,306]; n = 3281 - Wirtschaft und Handel: 4,4 [1,109]; n = 3279 - Zuwanderung und Asyl: 4,0 [1,639]; n = 3286
7	Mit Eltern über Politik sprechen	Wie oft wird in Deinem Elternhaus über Politik gesprochen?	- Sehr häufig: trifft zu bei 325 (10,0%) - Häufig: trifft zu bei 1392 (42,9%) - Selten: trifft zu bei 1348 (41,5%) - Nie: trifft zu bei 183 (5,6%) - n = 3248
8	Mit Eltern in wichtigen politischen Fragen übereinstimmen	Und wie häufig stimmst Du mit Deinen Eltern in wichtigen politischen Fragen überein, von (1) „nie“ bis (6) „sehr häufig“?	- Mittelwert: 3,8 [1,362]; n = 3237
9	Mit Freunden über Politik sprechen	Und wie ist das in Deinem Freundeskreis? Wie oft wir da über Politik gesprochen?	- Sehr häufig: trifft zu bei 158 (4,9%) - Häufig: trifft zu bei 771 (23,7%) - Selten: trifft zu bei 1869 (57,5%) - Nie: trifft zu bei 452 (13,9%) - n = 3250

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
10	Mit Freunden in wichtigen politischen Fragen übereinstimmen	Und wie häufig stimmst Du mit Deinen Freunden in wichtigen politischen Fragen überein, von (1) „nie“ bis (6) „sehr häufig“?	- Mittelwert: 3,7 [1,391]; n = 3231
1	Politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung	Wie stehst Du zu folgender Aussage, von (1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (6) „stimme voll und ganz zu“: Jugendliche können die Politik beeinflussen, wenn sie wollen.	- Mittelwert: 3,53 [1,279]; n = 3306
11	Politisches Engagement: 10 politische Aktivitäten in einer Itematterie	Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Wir haben hier ein paar Möglichkeiten aufgeschrieben. Bitte kreuze an, ob und wenn ja, wie oft Du dies schon getan hast (Antwortmöglichkeiten: mehrfach, einmal, noch nie) ⁵¹	<ul style="list-style-type: none"> - Bei einer Unterschriftensammlung/ Onlinepetition unterschrieben: noch nie: 1572 (47,9%); schon mind. einmal: 1708 (52,1%); n = 3280 - Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft oder nicht gekauft: noch nie: 1435 (44,0%); schon mind. einmal: 1824 (56,0%); n = 3259 - An einer Demonstration teilgenommen: noch nie: 2378 (72,6%); schon mind. einmal: 898 (27,4%); n = 3276 - Bei einer Bürgerinitiative, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppe mitgemacht: noch nie: 2761 (84,3%); schon mind. einmal: 514 (15,7%); n = 3275 - Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt: noch nie: 2251 (68,7%); schon mind. einmal: 1027 (31,3%); n = 3278 - Persönlich Politiker kontaktiert: noch nie: 2757 (84,1%); schon mind. einmal: 522 (15,9%); n = 3279 - Sich im Internet (z.B. auf Facebook) aktiv an politischen Diskussionen beteiligt oder einer politischen Gruppe beigetreten: noch nie: 2422 (73,8%); schon mind. einmal: 860 (26,2%); n = 3282

⁵¹ In der Ergebnisdarstellung wurden die Kategorien ‚einmal‘ und ‚mehrfach‘ zusammengefasst.

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Für metrisches Skalenniveau: Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten) Für nominales Skalenniveau: absolute Häufigkeiten (%-Anteil der gültigen Antworten); n (Anzahl gültiger Antworten)
11	Politisches Engagement: 10 politische Aktivitäten in einer Itematterie (Fortsetzung)	Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Wir haben hier ein paar Möglichkeiten aufgeschrieben. Bitte kreuze an, ob und wenn ja, wie oft Du dies schon getan hast (Antwortmöglichkeiten: mehrfach, einmal, noch nie) ⁵²	<ul style="list-style-type: none"> - In einem Jugendverband (z.B. einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder in Sport und Kultur) aktiv mitgearbeitet: noch nie: 1568 (47,8%); schon mind. einmal: 1711 (52,2%); n = 3279 - Mitglied in einem Jugendparlament oder kommunalem Gremium gewesen: noch nie: 3077 (93,8%); schon mind. einmal: 202 (6,2%); n = 3279 - Buttons oder Sticker mit einer politischen Botschaft getragen: noch nie: 2428 (74,0%); schon mind. einmal: 853 (26,0%); n = 3281

Normative Erwartungen an die Demokratie und Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland: Die Demokratievorstellungen der Jugendlichen wurden anhand von 17 Items erfasst, von denen jedes eine spezifische normative Erwartung an die Demokratie adressiert und einer entsprechenden Erfahrung mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie in Deutschland spiegelbildlich gegenübersteht (vgl. Abbildung 2; das Item war exakt so im Fragebogen abgebildet).⁵³

5.3	stimme überhaupt nicht zu	1	2	3	4	5	stimme voll und ganz zu
Wie sollte eine Demokratie Deiner Meinung nach sein?							
Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer tun, was die Mehrheit der Bürger will.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Und was ist Dein persönlicher Eindruck: Wie funktioniert die Demokratie in Deutschland heute?							
Bei wichtigen Entscheidungen tun die meisten Parteien in Deutschland, was die Mehrheit der Bürger will.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abbildung 2: Item zur Erfassung normativer Erwartungen und tatsächlicher Erfahrungen mit der Demokratie am Beispiel des Mehrheitswillens

Anhand einer Likert-Skala mit sechs Antwortmöglichkeiten sollten die Jugendlichen erstens angeben, ob sie der jeweiligen normativen Erwartung zustimmen oder nicht und zweitens bewerten, inwiefern die Demokratie in Deutschland nach ihrem persönlichen Eindruck dieser Erwartung gerecht wird (vgl. Tabelle 5).

⁵² In der Ergebnisdarstellung wurden die Kategorien ‚einmal‘ und ‚mehrfach‘ zusammengefasst.

⁵³ Die Leipziger-Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2018: 99) hat zuletzt ebenfalls damit angefangen unterschiedliche Demokratievorstellungen abzufragen, doch betrifft dies nur fünf Varianten der Erwartung, dass Mehrheiten auch Minderheiten gleich behandeln sollen. Erfahrungen mit diesen Erwartungen wurden dazu nicht abgefragt.

Tabelle 5: Items zu normativen Erwartungen an die Demokratie und tatsächlichen Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten)
5.1	Verschiedene Meinungen im Volk	Erwartung: Bei wichtigen Entscheidungen sollte es in einer Demokratie verschiedene Meinungen im Volk geben.	4,7 [1,178]; n = 3297
		Erfahrung: Bei wichtigen Entscheidungen gibt es in Deutschland fast immer verschiedene Meinungen im Volk.	4,2 [1,310]; n = 3290
5.2	Bürger an Volkswillen anpassen	Erwartung: Bei wichtigen Angelegenheiten sollten sich in einer Demokratie auch diejenigen Bürger an den Willen des Volkes anpassen, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden können.	3,5 [1,418]; n = 3278
		Erfahrung: Bei den meisten wichtigen Angelegenheiten passen sich in Deutschland auch diejenigen Bürger dem Willen des Volkes an, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden.	3,2 [1,243]; n = 3272
5.3	Mehrheitswillen folgen	Erwartung: Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer tun, was die Mehrheit der Bürger will.	4,6 [1,262]; n = 3287
		Erfahrung: Bei wichtigen Entscheidungen tun die meisten Parteien in Deutschland, was die Mehrheit der Bürger will.	2,9 [1,193]; n = 3286
5.4	Meinungen von Minderheiten achten	Erwartung: Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien auch die Meinungen von Minderheiten beachten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt.	4,0 [1,361]; n = 3283
		Erfahrung: Bei wichtigen Entscheidungen beachten die meisten Parteien in Deutschland die Meinungen von Minderheiten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt.	2,6 [1,194]; n = 3271
5.5	Bürgerwillen folgen	Erwartung: Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer darauf hören, was die Bürger wollen.	4,6 [1,232]; n = 3282
		Erfahrung: Bei wichtigen Entscheidungen hören die meisten Parteien in Deutschland darauf, was die Bürger wollen.	2,7 [1,077]; n = 3282
5.6	Am Gemeinwohl orientieren	Erwartung: Wenn die Parteien denken, dass das besser für das Land ist, sollten sie bei wichtigen Angelegenheiten anders entscheiden, als die meisten Bürger wollen.	3,2 [1,264]; n = 3269
		Erfahrung: Wenn die Parteien in Deutschland denken, dass das besser für das Land ist, entscheiden sie bei wichtigen Angelegenheiten anders, als die meisten Bürger wollen.	4,0 [1,258]; n = 3247

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten)
5.7	Wahrhaftig sein	Erwartung: Bei wichtigen Fragen sollten die Politiker den Bürgern immer sagen, was sie wirklich denken.	5,2 [1,081]; n = 3272
		Erfahrung: Bei wichtigen Fragen sagen die meisten Politiker in Deutschland den Bürgern, was sie wirklich denken.	2,5 [1,158]; n = 3272
5.8	Unser Wohlergehen bevorzugen	Erwartung: In einer Demokratie sollten sich die Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier kümmern, und erst danach um die Probleme anderswo.	4,7 [1,281]; n = 3273
		Erfahrung: In Deutschland kümmern sich die meisten Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier und erst danach um die Probleme anderswo.	2,8 [1,190]; n = 3265
5.9	Globales Wohlergehen bevorzugen	Erwartung: In einer Demokratie sollten den Parteien die Probleme der Welt wichtiger sein, als die Probleme hier.	2,3 [1,123]; n = 3267
		Erfahrung: In Deutschland sind den meisten Parteien die Probleme der Welt wichtiger, als die Probleme hier.	3,6 [1,317]; n = 3263
5.10	Selbstverantwortung der Bürger achten	Erwartung: Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie darauf achten, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt.	3,9 [1,232]; n = 3237
		Erfahrung: Bei wichtigen Angelegenheiten achten die meisten Parteien in Deutschland darauf, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt.	3,2 [1,075]; n = 3226
5.11	Bürger vor Selbstschädigung schützen	Erwartung: In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf verlassen, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist.	3,9 [1,275]; n = 3263
		Erfahrung: In Deutschland verlassen sich die meisten Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist.	3,6 [1,194]; n = 3248
5.12	Einkommensunterschiede nicht verringern	Erwartung: In einer Demokratie sollten sich die Parteien nicht darum kümmern, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind.	2,5 [1,477]; n = 3258
		Erfahrung: In Deutschland kümmern sich die meisten Parteien nicht darum, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind.	3,7 [1,391]; n = 3258
5.13	Soziale Ungleichheit verringern	Erwartung: Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie mit ihren Entscheidungen dafür sorgen, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird.	4,7 [1,325]; n = 3270
		Erfahrung: Bei wichtigen Angelegenheiten sorgen die meisten Parteien in Deutschland mit ihren Entscheidungen dafür, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird.	2,5 [1,096]; n = 3262

Nr. im Fragebogen	Variable	Operationalisierung	Mittelwert [Standardabweichung]; n (Anzahl gültiger Antworten)
5.14	Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen	Erwartung: In einer Demokratie sollten die Parteien anerkennen, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind.	4,7 [1,294]; n = 3266
		Erfahrung: Die meisten Parteien in Deutschland erkennen an, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind.	3,7 [1,327]; n = 3255
5.15	Konsens anstreben	Erwartung: In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung einigen.	4,8 [1,176]; n = 3267
		Erfahrung: In Deutschland einigen sich die meisten Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung.	2,9 [1,143]; n = 3260
5.16	Standhaft bleiben	Erwartung: In einer Demokratie sollten die Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten bleiben, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt.	3,3 [1,461]; n = 3261
		Erfahrung: In Deutschland bleiben die meisten Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt.	3,5 [1,308]; n = 3254
5.17	Kompromissbereit sein	Erwartung: In einer Demokratie sollten die Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig sein und nicht an ihren Positionen festhalten.	4,7 [1,261]; n = 3262
		Erfahrung: In Deutschland sind die meisten Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig und halten nicht an ihren Positionen fest.	3,0 [1,152]; n = 3254

Zur Wahl einer den Daten angemessenen Analysestrategie wurde zunächst untersucht, inwiefern die individuellen Einstellungen der Schüler*innen durch Kontexteffekte erklärt werden. Dies ist notwendig, da es durchaus möglich ist, dass die einzelnen Schüler*innen und damit deren Merkmalsausprägungen auf den abhängigen und unabhängigen Variablen nicht unabhängig voneinander sind. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Schüler*innen in festen Kursen beziehungsweise Klassen miteinander lernen. Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, dass sich die Mitglieder eines Kurses oder einer Klasse recht ähnlich sind, sich aber zufällig ausgewählte Schüler*innen verschiedener Kurse oder Klassen stark voneinander unterscheiden können. Ein ähnlicher Effekt könnte zwischen Schüler*innen unterschiedlicher Schulen, etwa aufgrund verschiedener Einzugsgebiete oder Stadt/Land-Effekte, bestehen. Damit wäre die Varianz der Variablen innerhalb der Kurse oder Klassen beziehungsweise zwischen den Schulen eines Typs geringer ist als die Varianz zwischen den Kursen oder Klassen beziehungsweise zwischen Gymnasien und Berufsschulen. In diesem Fall wären herkömmliche OLS-Regressionen nicht anwendbar.⁵⁴ Um dies zu testen, haben wir

⁵⁴ Die Daten müssten dann mittels hierarchisch-linearer Modelle, also in einer Mehrebenenanalyse, ausgewertet werden.

Intra-Klassen-Korrelationskoeffizienten zwischen Schulen sowie Klassen berechnet. Diese zeigen, dass die Kontexteffekte in allen Fällen weniger als 5% der Varianz des Parteienvertrauens erklären und dementsprechend vernachlässigbar sind. Für die in dieser Studie erhobenen Einstellungen zur Demokratie macht es unter Thüringer Jugendlichen also keinen Unterschied, ob diese vom Land oder aus der Stadt kommen oder ein Gymnasium oder eine Berufsschule besuchen. Nichtsdestotrotz werden wir alle Ergebnisse für Schüler*innen auf Gymnasien und Berufsschulen getrennt präsentieren und in multivariaten Analysen eine binäre Variable zur Kontrolle des Schultyps aufnehmen.

4. Ergebnisse

Im Folgenden werden zunächst die Erkenntnisse bezüglich der soziodemographischen Merkmale der Jugendlichen in Thüringen (4.1), ihres Parteienvertrauens (4.2), ihres politischen Interesses und Engagements (4.3) sowie die unter den Jugendlichen vorherrschenden normativen Erwartungen an die Demokratie (4.4) dargestellt. Im Anschluss daran wird untersucht werden, welche Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland diesen Erwartungen gegenüberstehen (4.5) und bezüglich welcher normativen Erwartungen die Jugendlichen angesichts des tatsächlichen Funktionierens der Demokratie in Deutschland enttäuscht sind (4.6). Zuletzt wird überprüft, inwiefern sich die enttäuschten Demokratievorstellungen, die soziodemographischen Merkmale sowie das politische Interesse und Engagement der Jugendlichen auf deren Parteienvertrauen auswirken (4.7).⁵⁵

4.1 Soziodemographische Merkmale

Das *Alter* der befragten Jugendlichen liegt zwischen 15 und 25 Jahren (vgl. Anhang A20). Der Altersdurchschnitt beträgt rund 18 Jahre und die überwiegende Mehrheit war zum Befragungszeitpunkt zwischen 16 und 19 Jahre alt (81,1%). Etwas über die Hälfte der Befragten sind *weiblich* (52,4%), 48,8% sind *männlich* und 0,8% geben ein *drittes Geschlecht* an (vgl. Anhang A19). Jeweils rund die Hälfte besuchten zum Zeitpunkt der Befragung eine *Berufsschule* beziehungsweise ein *Gymnasium*.

Ihre *persönliche finanzielle Situation* schätzen die Jugendlichen in Thüringen mit einer durchschnittlichen Bewertung von 4,15 auf einer Skala von 1 bis 6 als eher gut ein. Noch etwas besser wird demgegenüber die *finanzielle Lage des Haushalts* bewertet (Mittelwert 4,68). Über 80% der Jugendlichen sehen sowohl sich persönlich als auch ihren Haushalt insgesamt finanziell eher gut bis sehr gut aufgestellt (Skalenwerte 4 bis 6). Als sehr schlecht beurteilen nur 4% beziehungsweise 2% der Jugendlichen ihre eigene Lage beziehungsweise die Lage ihres Haushalts (vgl. Anhang A15 und A16). Allerdings sind in diesem Zusammenhang deutliche Unterschiede zwischen Gymnasiast*innen und Berufsschüler*innen zu verzeichnen: Unter den Jugendlichen, die eine Berufsschule besuchen, sehen sich 40,7% in einer eher schlechten bis sehr schlechten finanziellen Lage (Skalenwerte 1 bis 3). Die ökonomische Situation ihres Haushalts bewerten 27,4% als eher problematisch. Unter den Jugendlichen auf Gymnasien schätzen dagegen lediglich rund 17% ihre eigene und 8,5% die finanzielle Lage ihres Haushaltes als eher schlecht bis sehr schlecht ein (vgl. Abbildung 3).

⁵⁵ Sofern nicht anders vermerkt, wird zur Bestimmung der Signifikanz im Folgenden das 5%-Niveau (2-seitig) angelegt.

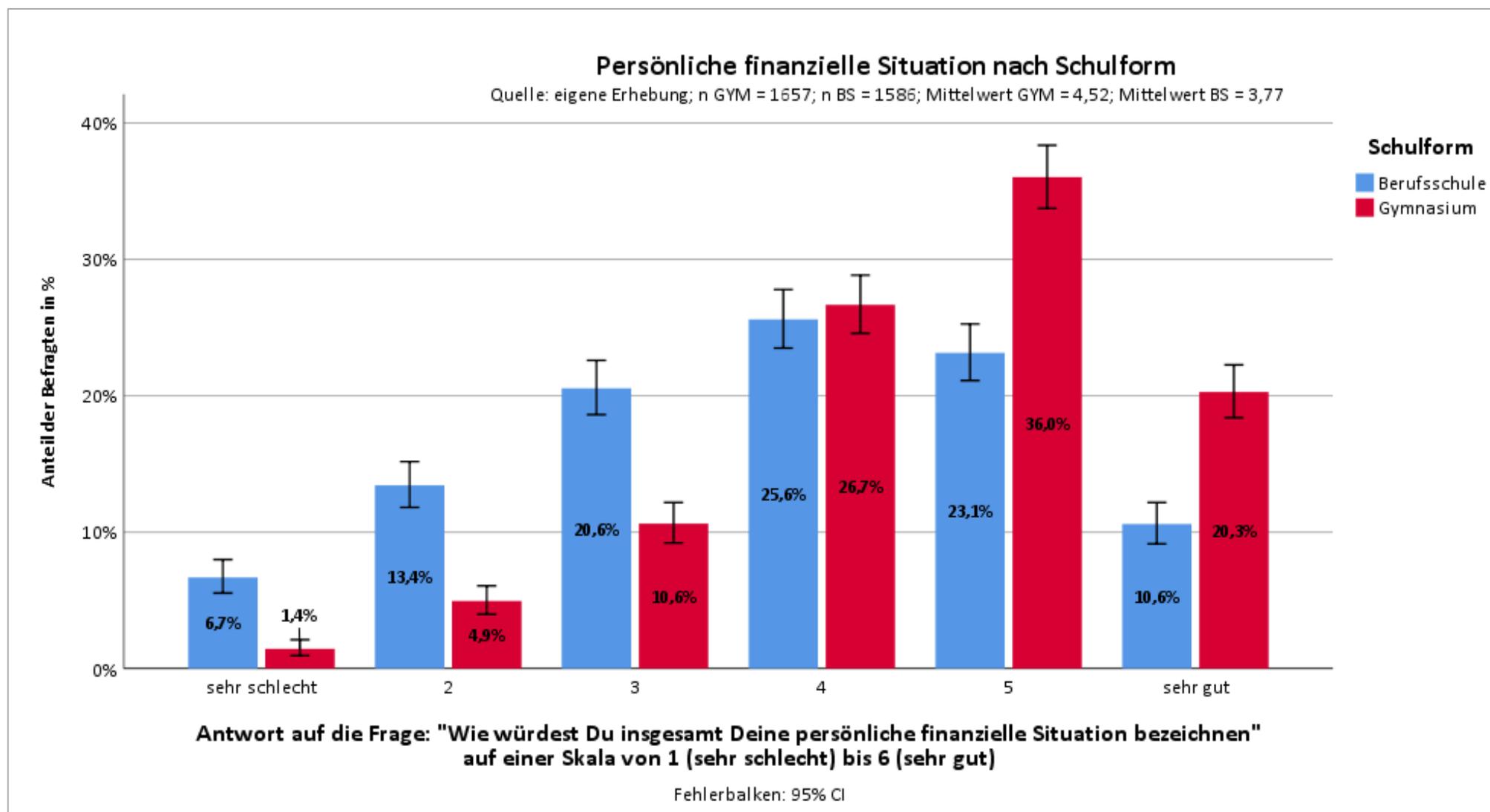


Abbildung 3: Persönliche finanzielle Situation der Thüringer Jugendlichen nach Schulform

Im deutschlandweiten Vergleich der *finanziellen Situation* zeigt sich, dass die recht positive Einschätzung der Thüringer Jugendlichen auch von den Jugendlichen in ganz Deutschland im Wesentlichen geteilt wird. Denn auch deutschlandweit schätzt ein Großteil (55%) der Jugendlichen die eigene beziehungsweise familiäre finanzielle Lage als gut bis sehr gut ein.⁵⁶ Ihre *persönliche wirtschaftliche Lage* empfinden 47% als gut, 46% als teils gut, teils schlecht und nur 7% als schlecht. Eine ähnlich positive, aber – wie auch unter den Jugendlichen in Thüringen – leicht bessere Einschätzung findet sich bezüglich der *finanziellen Situation des eigenen Haushaltes*: diesen sehen 58% als gut, 35% als teils gut, teils schlecht und nur 6% als schlecht aufgestellt an.⁵⁷

Rund ein Viertel der Eltern der Befragten (unter den Müttern 26,6%; unter den Vätern 27,4%) verfügen über einen höheren Schulabschluss (*Abitur oder Fachabitur*). 50,6% der Mütter sowie 48,7% der Väter haben einen *Realschulabschluss*. Die *Volks- oder Hauptschule* als höchsten Abschluss weisen unter den Müttern 6,1% und unter den Vätern 7,4% auf. *Ohne Abschluss* haben nur rund 1 bis 2% der Eltern die Schule verlassen. Ein nicht unwesentlicher Anteil der Jugendlichen konnte oder wollte keine Angaben zum Bildungshintergrund der Eltern machen: 9% haben angegeben, dass sie den höchsten Schulabschluss ihrer Mutter nicht kennen. Bezüglich der Väter sind dies sogar 15%. 35% der Jugendlichen leben mit nur einem Elternteil und dessen neuem Partner beziehungsweise Partnerin zusammen. Unter letzteren haben rund 22% einen höheren und rund 36% einen mittleren oder niedrigen Schulabschluss. 16% der Jugendlichen ist der Schulabschluss des neuen Partners unbekannt (vgl. Anhänge A17 und A18).

Der Bildungshintergrund der Gymnasiast*innen unterscheidet sich signifikant⁵⁸ von dem der Berufsschüler*innen: Während 42,8% der Gymnasiast*innen mindestens ein Elternteil mit einem höheren Bildungsabschluss haben, ist dieser Anteil unter den Berufsschüler*innen mit 32,6% deutlich geringer. Der gleiche Zusammenhang zwischen dem (angestrebten) Schulabschluss der Jugendlichen und der Schulbildung ihrer Eltern lässt sich auch deutschlandweit nachweisen.⁵⁹

4.2 Vertrauen in politische Parteien

In der Befragung geben 28,5 % der Jugendlichen an, den politischen Parteien eher bis voll zu vertrauen (vgl. Abbildung 4). **Die überwiegende Mehrheit unter ihnen steht den Parteien dementsprechend skeptisch gegenüber.** Der Anteil der Jugendlichen, die ganz und gar kein

⁵⁶ Die Angaben aus der *Shell Jugendstudie* beziehen sich auf eine Skala 5 Antwortmöglichkeiten: ‚sehr gut‘, ‚gut‘, ‚mittelmäßig‘, ‚eher schlecht‘ und ‚sehr schlecht‘, vgl. Albert et al. (2015: 430).

⁵⁷ Vgl. Bundesverband deutscher Banken (2018).

⁵⁸ Chi² Wert = 126,288; df = 1; p-Wert = 0,000.

⁵⁹ Vgl. Albert et al. (2015: 67–68); Statistisches Bundesamt (2017).

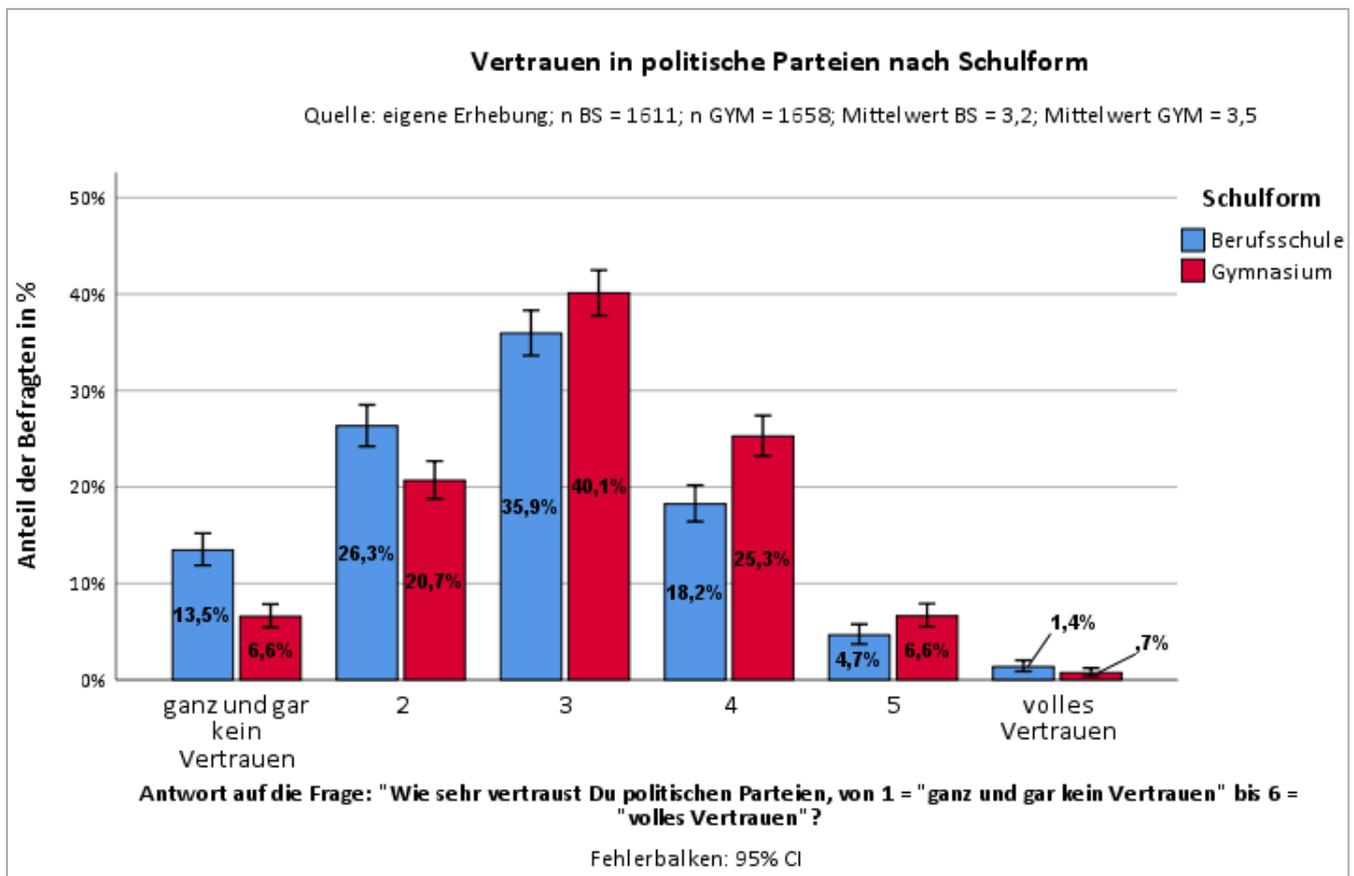
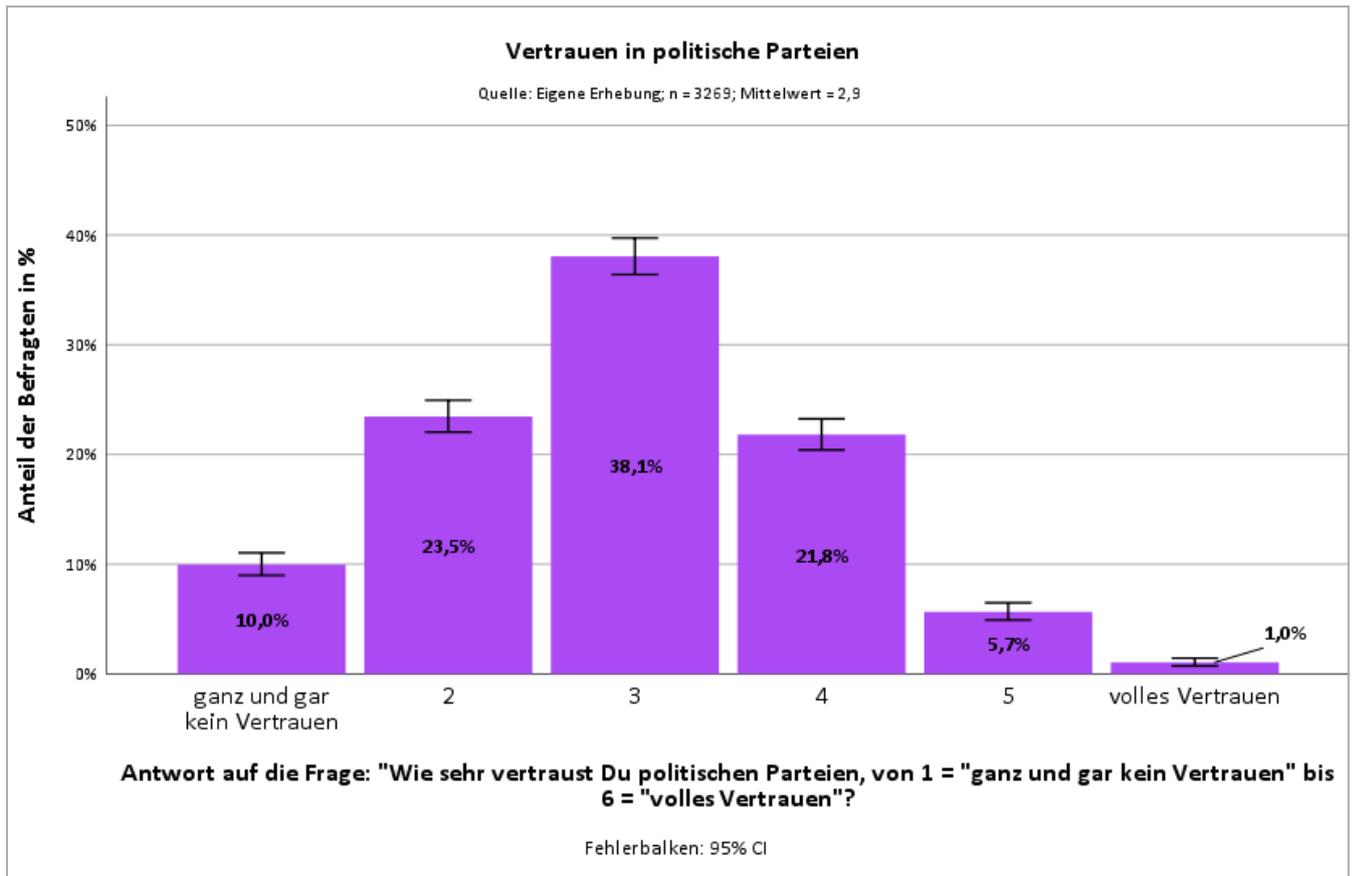


Abbildung 4: Allgemeines Vertrauen in politische Parteien unter Thüringer Jugendlichen

beziehungsweise wenig Vertrauen in politische Parteien haben (Skalenwerte 1 und 2) ist mit 33,5% deutlich höher als der Anteil derer, die Parteien volles oder hohes Vertrauen schenken (Skalenwerte 5 und 6). Dieser liegt bei knapp unter 7%.

Differenziert man diesbezüglich zwischen den Schulformen, so lässt sich feststellen, dass Berufsschüler*innen den politischen Parteien signifikant stärker misstrauen als Gymnasiast*innen:⁶⁰ Unter Ersteren ist der Anteil derer, die den Parteien eher bis völlig misstrauen (Skalenwerte 1 bis 3) mit rund drei Viertel (75,4%) deutlich höher als unter Letzteren (67,4%) (vgl. Abbildung 4).

Das geringe Vertrauen in politische Parteien spiegelt sich auch in deren Bewertung im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen wider. Mit mittleren Skalenwerten von 4 und höher führen die *Polizei* und *Gerichte* das Ranking vertrauenswürdiger gesellschaftlicher Institutionen an. Die *politischen Parteien* dagegen rangieren auf dem viertletzten Platz. Nur den *alten wie neuen sozialen Medien* sowie den *Kirchen* vertrauen die Jugendlichen noch weniger (vgl. Abbildung 5).

Wie der Vergleich der Jugendlichen nach Schulform zeigt, weisen Gymnasiast*innen nicht nur ein höheres Parteienvertrauen auf, sondern vertrauen auch den meisten anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen signifikant stärker als Berufsschüler*innen (vgl. Abbildung 6). Nur in Bezug auf *große Unternehmen* und *Social Media wie Facebook oder Twitter* ist das Vertrauen der Berufsschüler*innen stärker ausgeprägt als unter Gymnasiast*innen. Die Unterschiede im Vertrauen in die *Bundeswehr*, *Banken* sowie *Fernsehen, Zeitung und Radio* sind nicht signifikant.⁶¹

Diese Ergebnisse decken sich im Wesentlichen mit neueren Studien, die das Parteienvertrauen von Jugendlichen in ganz Deutschland untersucht haben:⁶²

Im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Organisationen wird den *politischen Parteien* ein vergleichsweise geringes, im Hinblick auf die jeweils gewählte Skala sogar leicht unterdurchschnittliches Vertrauen entgegengebracht. Gemeinsam mit *Kirchen*, *großen Unternehmen* beziehungsweise *Konzernen* und *Banken* rangieren die *Parteien* stets auf den hinteren Plätzen der Rankings zum Institutionenvertrauen.⁶³ Angeführt werden diese deutschlandweiten Rankings ebenfalls von *Polizei*, *Gerichten* und (sofern abgefragt) der *Bundeswehr*. Der Anteil

⁶⁰ T-Wert = -7,601; df = 3267; p-Wert = 0,000.

⁶¹ Vertrauen in die *Bundeswehr*: T-Wert = -1,650; df = 3243,202; p-Wert = 0,099; Vertrauen in *Banken* T-Wert = 1,227; df = 3248,568; p-Wert = 0,220. Der Unterschied zwischen dem Vertrauen der Berufsschüler*innen und der Gymnasiast*innen in *Fernsehen, Zeitung, Radio* ist exakt auf dem 5%-Niveau signifikant: T-Wert = -1,960; df = 3222,833; p-Wert = 0,050.

⁶² Der Vergleich der Umfrageergebnisse für Thüringer Jugendliche mit der gesamtdeutschen Situation stützt sich insbesondere auf die *Shell Jugendstudie 2015* (Albert et al. 2015), in der 2558 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt wurden sowie auf die *FES-Jugendstudie 2015* (Gaiser et al. 2016a), in der 2075 Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren befragt wurden.

⁶³ Vgl. Gaiser et al. (2016a: 186–187); Albert et al. (2015: 176–177).

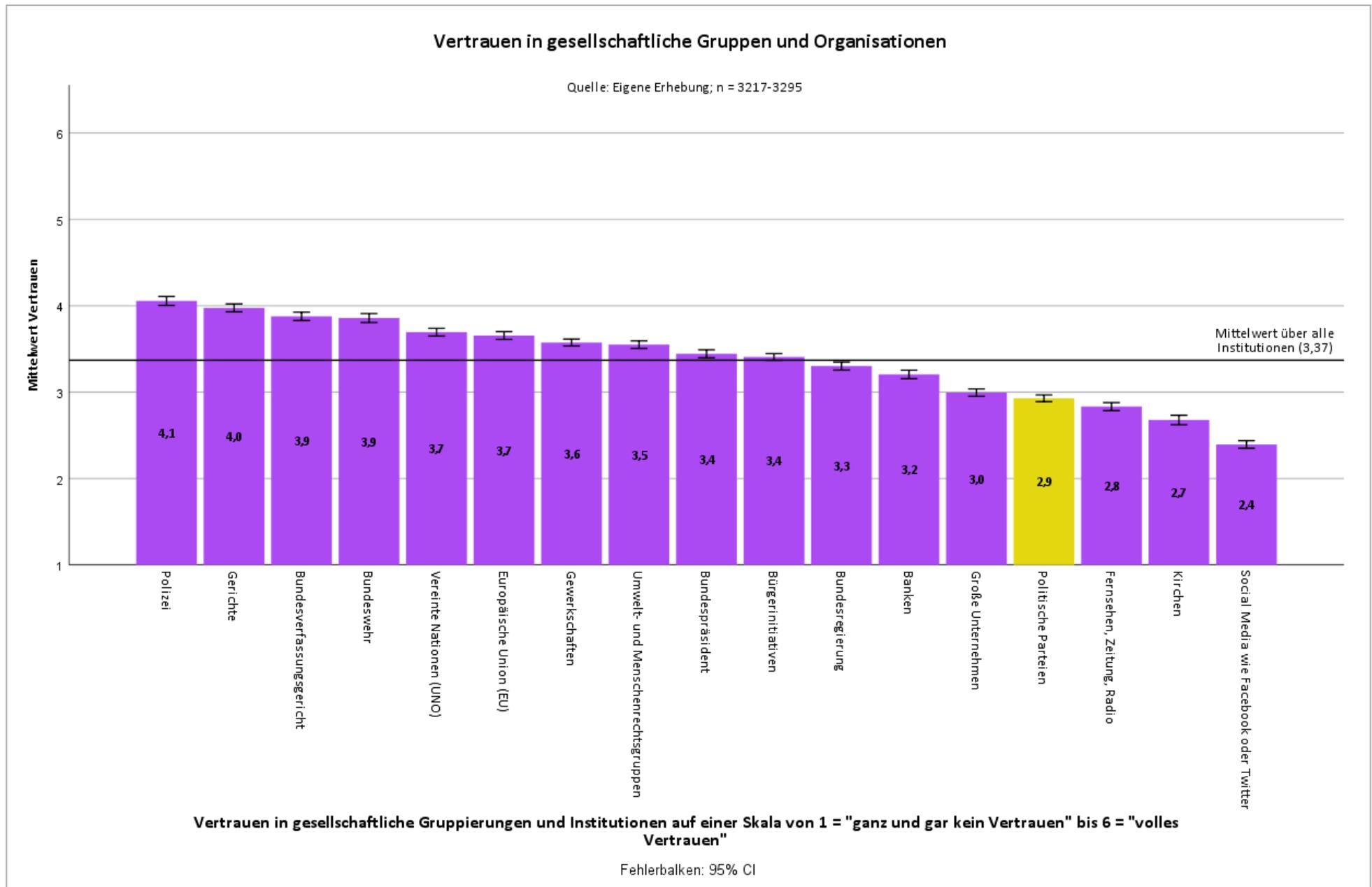


Abbildung 5: Ranking des Vertrauens in gesellschaftliche Gruppen und Organisationen

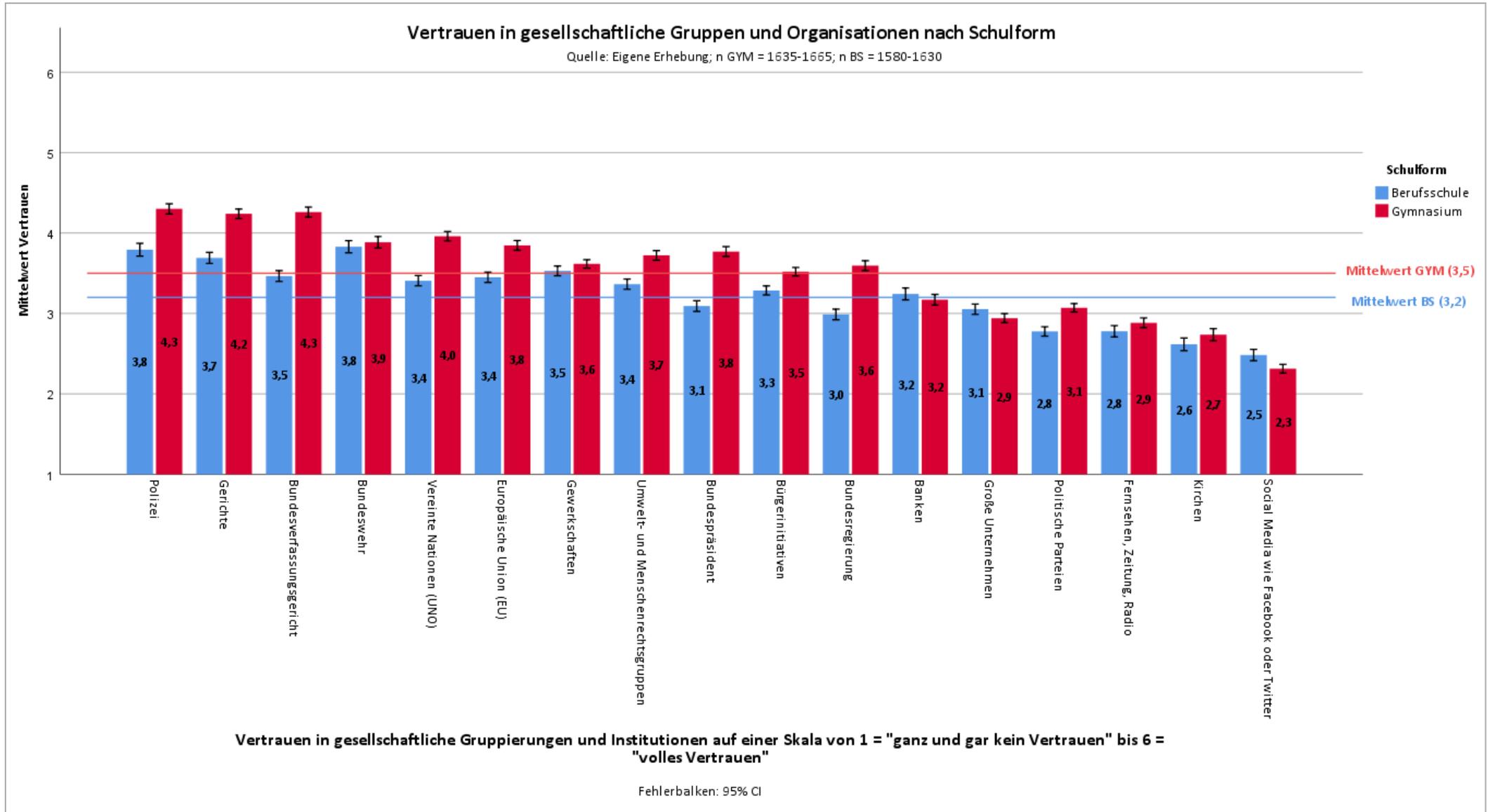


Abbildung 6: Ranking des Vertrauens in gesellschaftliche Gruppen und Organisationen nach Schulform

der Jugendlichen, die den *Parteien* eher bis voll vertrauen, ist ebenfalls relativ gering, mit bundesweit 38% aber dennoch um circa zehn Prozentpunkte höher als in Thüringen (28,5%).⁶⁴ Untermuert werden diese Ergebnisse von deutschlandweiten Erhebungen zur Einschätzung der Parteien: Mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Deutschland sind der Meinung, dass politische Parteien nicht in der Lage sind, bestehende Probleme zu lösen (64% Zustimmung) und dass die Politiker*innen zu abgehoben sind (68%). 42% sehen Parteien als ‚von der Finanzwelt und Industrie durchdrungene Institutionen der Mächtigen‘ an. Nur 30% finden, dass Parteien Menschen dazu ermutigen in der Politik aktiv zu werden.⁶⁵

4.3 Politisches Interesse und Engagement

Rund die Hälfte der Jugendlichen gibt an, sich im Allgemeinen eher nicht bis überhaupt nicht für Politik zu interessieren (50,7%), die andere Hälfte hingegen interessiert sich eher stark bis stark für Politik (49,3%) (vgl. Anhang A9). Jugendliche, die ein Gymnasium besuchen, sind deutlich stärker an Politik interessiert als Jugendliche, die eine Berufsausbildung absolvieren:⁶⁶ Unter Ersteren ist der Anteil der (stark) an Politik Interessierten (Skalenwerte 5 und 6) mit 28,4% um 10 Prozentpunkte höher als unter Letzteren. Umgekehrt ist ein deutlich höherer Anteil der Berufsschüler*innen, nämlich rund ein Drittel (32,9%) kaum oder gar nicht an Politik interessiert (Skalenwerte 1 und 2). Unter den Gymnasiast*innen liegt der Anteil dieser Gruppe lediglich bei rund einem Fünftel (19,8%) (vgl. Abbildung 7).

Das zentrale politische Thema für Thüringer Jugendliche ist *Bildung, Wissenschaft und Forschung*, gefolgt vom Thema *Kinder und Familie*. Im Verhältnis dazu erscheinen ihnen Themen wie *Sport, Kultur* oder *Krieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr* weniger wichtig. Auffällig ist zudem, dass die in aktuellen politischen Debatten intensiv diskutierten Fragen von *Zuwanderung und Asyl* den Jugendlichen in Thüringen als verhältnismäßig unwichtig erscheinen (vgl. Abbildung 8). Wesentliche Unterschiede zwischen Berufsschüler*innen und Gymnasiast*innen bestehen hierbei kaum.⁶⁷

⁶⁴ Vgl. Gaiser et al. (2016b: 37). Dieser Vergleich muss jedoch insofern mit Vorsicht genossen werden, als aufgrund fehlender Angaben von Gaiser et al. nicht nachvollzogen werden kann, auf welchem Item und auf welchen Skalenwerten ihr Ergebnis beruht.

⁶⁵ Vgl. Gaiser et al. (2016a: 178, 180).

⁶⁶ T-Wert = 10,638; df = 3254,995; p-Wert = 0,000.

⁶⁷ Die Unterschiede zwischen Gymnasiast*innen und Berufsschüler*innen sind bei der Hälfte der abgefragten Themen – nämlich bei *Bildung, Wissenschaft und Forschung* (T-Wert = -10,958; df = 2983,891; p-Wert = 0,000), *Europa und Europäische Union* (T-Wert = -9,717; df = 3232,064; p-Wert 0,000), *Frieden und Entwicklungshilfe* (T-Wert = -6,183; df = 3187,040; p-Wert = 0,000), *Kriminalität und Terror* (T-Wert = -6,463; df = 2998,185; p-Wert = 0,000), *Umwelt und Tierschutz* (T-Wert = 2,131; df = 3289; p-Wert = 0,033), *Wirtschaft und Handel* (T-Wert = -5,294; df = 3215,365; p-Wert = 0,000) und *Zuwanderung und Asyl* (T-Wert = -9,093; df = 3146,112; p-Wert = 0,000) – zwar signifikant, aber bei Abweichungen in den Mittelwerten von maximal 0,5 Punkten nicht substantiell. Auch das Ranking der Themen unter Berufsschüler*innen und Gymnasiast*innen unterscheidet sich nur unwesentlich voneinander: Für Erstere steht das Thema *Kinder und Familie* knapp vor *Bildung, Wissenschaft und Forschung* an erster Stelle. Für eine Übersicht zur mittleren Wichtigkeit der Themen sowie deren Ranking nach Schulform vgl. Anhang A7.

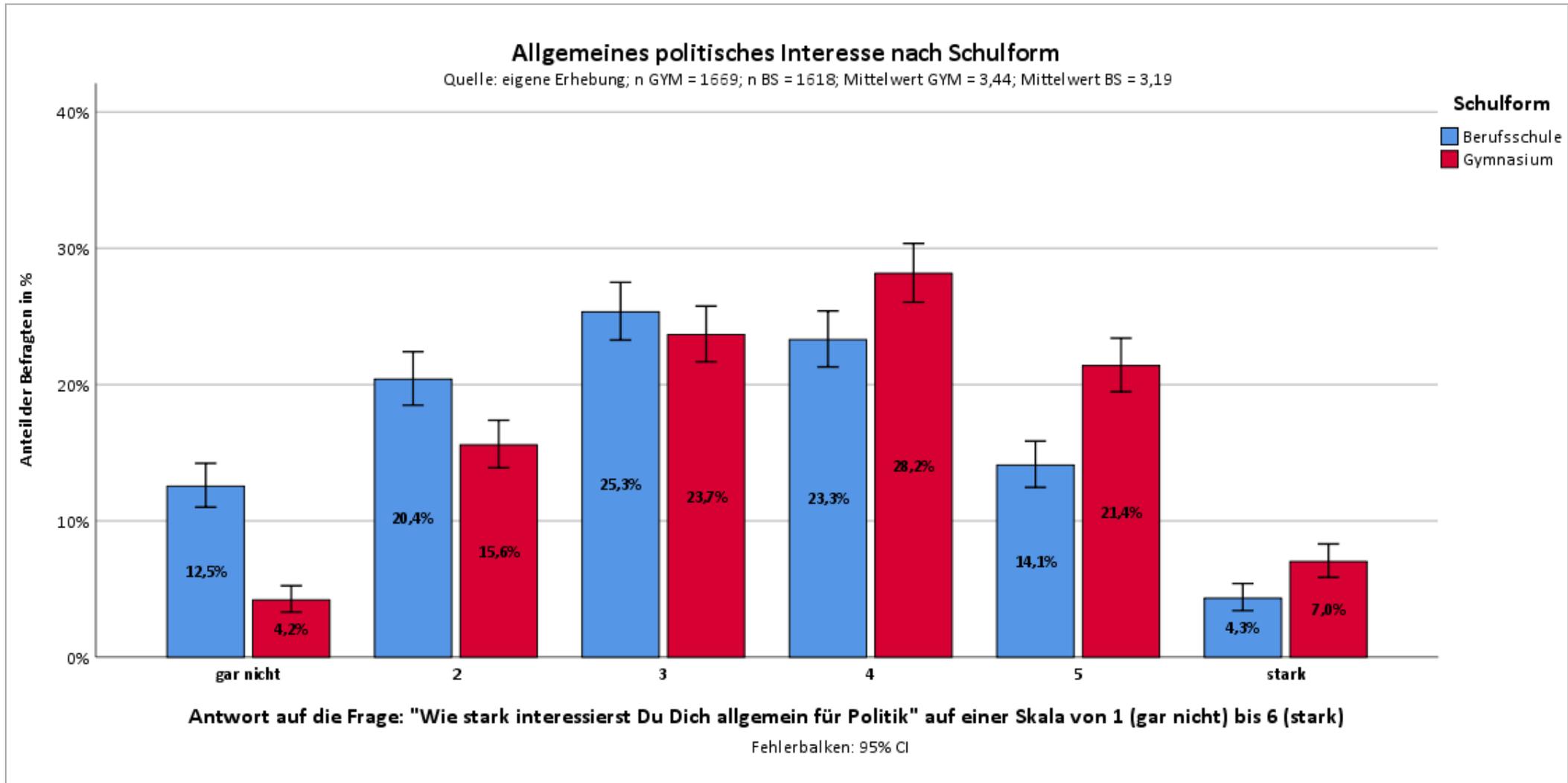


Abbildung 7: Interesse für Politik unter Thüringer Jugendlichen nach Schulform

Wichtigkeit politischer Themen

Quelle: Eigene Erhebung; n = 3276-3296

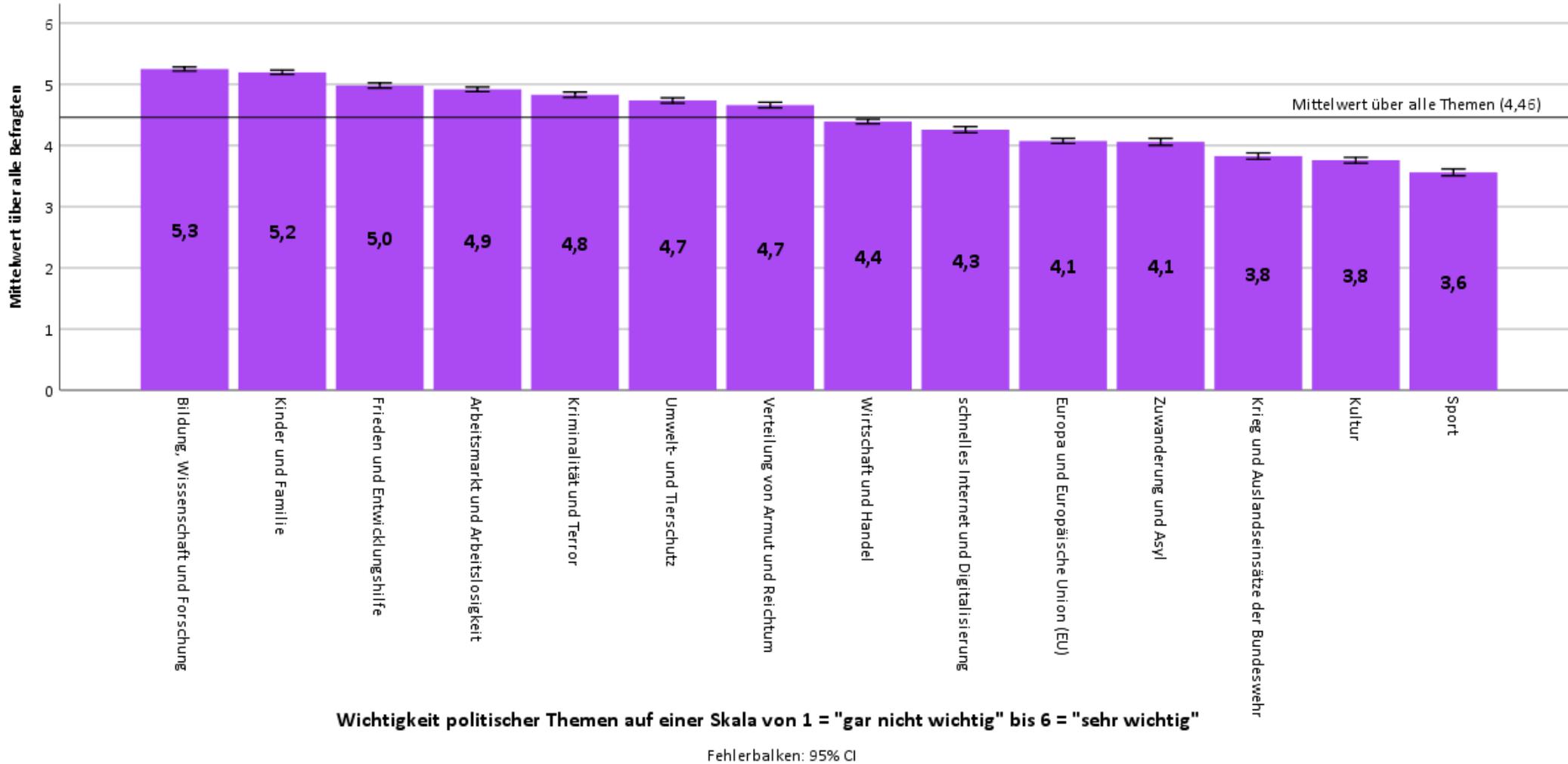


Abbildung 8: Ranking politischer Themen nach Wichtigkeit

Diskutiert werden politische Themen vornehmlich im Elternhaus: Mit ihren Eltern sprechen 51,6% der Jugendlichen häufig bis sehr häufig über Politik. Gespräche mit den *Freunden* drehen sich dagegen nur bei 28,6% der Jugendlichen häufig bis sehr häufig um politische Themen. Unter diesen Jugendlichen geben jeweils rund zwei Drittel an, dass sie dabei in ihrer Meinung zu wichtigen politischen Themen relativ häufig mit ihren Eltern (69,9%) beziehungsweise Freunden (66,5%) übereinstimmen (Skalenwerte 4 bis 6) (vgl. Anhänge A10–A13).⁶⁸

Dass Jugendliche die Politik grundsätzlich beeinflussen können, wenn sie wollen, glauben 23,3% der Jugendlichen (Skalenwerte 4 bis 6). Ein beinahe ebenso großer Anteil von 21,6% ist jedoch eher skeptisch, was die eigene *politische Selbstwirksamkeit* betrifft. Der Anteil derer, die davon ausgehen, dass Jugendliche überhaupt keinen politischen Einfluss besitzen ist unter den Jugendlichen, die eine Berufsausbildung machen mit 6,7% deutlich größer als unter den Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchen (2,7%) (vgl. Anhang A6).

Politisch partizipiert hat der größte Anteil der Jugendlichen bereits einmal oder mehrfach durch politischen Konsum (56%), also dadurch, dass sie *Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft oder nicht gekauft haben. Über die Hälfte der Jugendlichen in Thüringen sind zudem Mitglied in einem Jugendverband (z.B. in einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder in Sport und Kultur) (52,2%)*. Unter den Gymnasiast*innen ist diesen Tätigkeiten allerdings ein deutlich größerer Anteil, nämlich 66% (politischer Konsum) beziehungsweise 57% (Mitarbeit in einem Verband), bereits nachgegangen als bei den Berufsschüler*innen, von denen lediglich 45% schon einmal oder mehrfach politisch konsumiert haben und 47% Mitglied in einem Jugendverband sind. Bei allen anderen Aktivitäten gibt es zwar zumeist signifikante,⁶⁹ aber relativ geringe Diskrepanzen zwischen Jugendlichen auf Berufsschulen und Gymnasien. Die Unterschiede liegen stets bei unter 5 Prozentpunkten (vgl. Abbildung 9; siehe auch Anhang A14).

An einer *Unterschriftensammlung* haben sich knapp über die Hälfte der Jugendlichen in Thüringen bereits beteiligt (52,1%). Mittels *Buttons oder Sticker mit einer politischen Botschaft* haben 36% schon einmal beziehungsweise mehrfach ihrer politischen Position Ausdruck verliehen. Einmal oder mehrfach *demonstriert* haben dagegen erst 27,4% der Jugendlichen in Thüringen. Ähnlich hoch sind die Anteile

⁶⁸ Unter denjenigen Jugendlichen, die selten bis nie mit ihren Eltern oder Freunden über Politik sprechen, ist der Anteil derer, die mit ihren Eltern (50%) oder Freunden (53,1%) relativ häufig in wichtigen politischen Fragen übereinstimmen (Skalenwerte 4 bis 6) deutlich geringer.

⁶⁹ Zur Ermittlung signifikanter Unterschiede haben wir auf Chi-Quadrat Tests zurückgegriffen (dabei haben wir die Frequenz der jeweiligen Aktivität in „noch nie“ versus „mindestens einmal“ dichotomisiert). Um Platz zu sparen stellen wir die jeweiligen Chi-Quadrat Werte an dieser Stelle nicht dar, liefern sie aber auf Anfrage nach. Insignifikant auf dem 5%-Niveau sind die Unterschiede zwischen Berufsschüler*innen und Gymnasiast*innen lediglich in Bezug auf die Aktivitäten *Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt* und *Mitglied in einem Jugendparlament oder kommunalem Gremium gewesen*. Bei den Aktivitäten *An einer Unterschriftensammlung teilgenommen* und *Persönlich Politiker kontaktiert* ist der Anteil der Gymnasiast*innen signifikant höher; bereits *an einer Demonstration teilgenommen, sich im Internet an politischen Diskussionen beteiligt, Buttons oder Sticker mit einer politischen Botschaft getragen* oder *Bei einer Bürgerinitiative, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppe mitgemacht* hat dagegen ein relativ größerer Anteil der Berufsschüler*innen.

Politische Aktivitäten nach Schulform

Quelle: Eigene Erhebung, n = 3259-3282

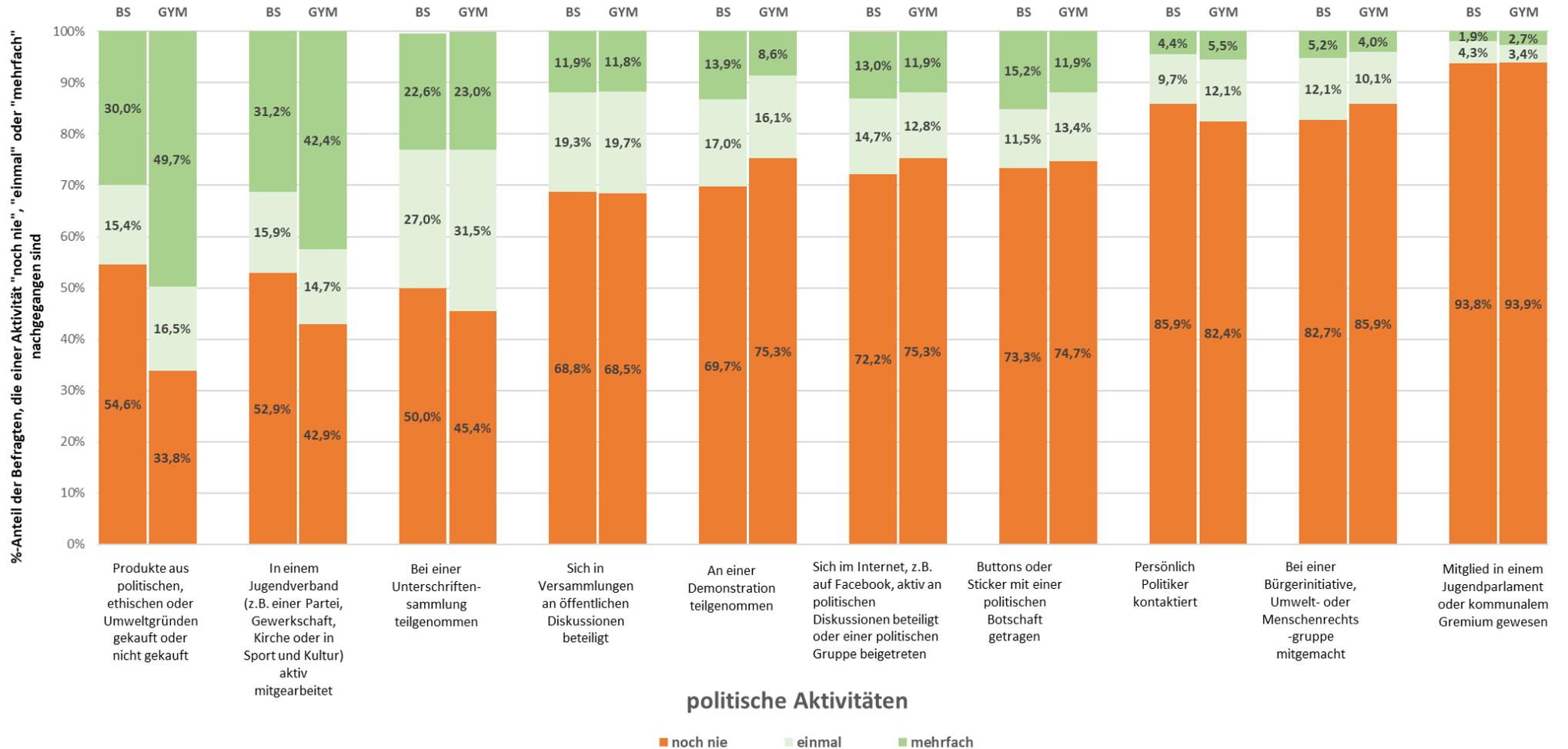


Abbildung 9: Politische Aktivitäten von Thüringer Jugendlichen nach Schulform

derer, die sich einmal oder mehrfach *auf öffentlichen Versammlungen* (31,3%) oder *im Internet* (26,2%) *an politischen Diskussionen beteiligt* haben. Das *persönliche Kontaktieren von Politikern* sowie das Engagement in *Bürgerinitiativen, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen* ist dagegen kaum verbreitet. Dass erst 6,2% einmal oder mehrfach als *Mitglied eines Jugendparlaments oder kommunalen Gremiums* fungiert haben, erklärt sich aus dem repräsentativen und deshalb selektiven Charakter dieser Form des politischen Engagements.

Im deutschlandweiten Vergleich zeigt sich, dass die Jugendlichen in Thüringen sich im Hinblick auf ihr *politisches Interesse* nicht wesentlich von der Gesamtheit der Jugendlichen in Deutschland unterscheiden. Deutschlandweit gibt ebenfalls etwa die Hälfte der Jugendlichen (46%) an, sich *für Politik zu interessieren*.⁷⁰ Wie unter anderem die *FES-Jugendstudie* nachweist, nimmt das politische Interesse von Jugendlichen sowohl mit steigendem *Alter* (15 bis 29 Jahre) als auch mit höherem *Schulabschluss* zu. Auch das *Geschlecht* spielt eine Rolle: Männer interessieren sich deutlich stärker für Politik als Frauen.⁷¹ Die Einflussfaktoren der besuchten Schulform sowie des Geschlechts erweisen sich auch unter den Thüringer Jugendlichen als signifikant. Bezüglich des Alters lässt sich dagegen kein signifikanter Effekt nachweisen, was unter anderem auf die geringe Varianz des Alters der Befragten, von denen über 80% zwischen 16 und 19 Jahre alt sind, zurückzuführen sein dürfte (vgl. Anhang A20).⁷² Die unter den Jugendlichen in Thüringen priorisierten politischen Themen *Kinder und Familie* sowie *Bildung, Wissenschaft und Forschung* werden von den Jugendlichen in ganz Deutschland ebenfalls als wichtigste Gesellschaftsbereiche hervorgehoben.⁷³ Wie im Vergleich der unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte der *Shell Jugendstudie* (2002, 2006, 2015) deutlich wird, können sich die Schwerpunktthemen der Jugendlichen jedoch in Abhängigkeit von den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten relativ stark verschieben.⁷⁴ Politische Diskussionen finden sowohl im *Elternhaus* als auch im *Freundeskreis* statt: 30% beziehungsweise 21% der Jugendlichen in Deutschland sprechen oft oder sehr oft mit ihrem Vater beziehungsweise mit ihrer Mutter über Politik. 30% diskutieren ebenfalls oft bis sehr oft mit Freunden oder Kollegen über politische Themen.⁷⁵

In puncto *politisches Engagement* erscheinen die Jugendlichen in Thüringen hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurück, wenn man unsere Ergebnisse mit denen der deutschlandweiten FES-Jugendstudie vergleicht. Insgesamt muss insbesondere bei diesem Vergleich berücksichtigt werden, dass wir überwiegend Jugendliche im Alter zwischen 16 und 19 Jahren befragt haben,

⁷⁰ Vgl. Albert et al. (2015: 156 ff); Gaiser et al. (2016a: 26).

⁷¹ Vgl. Gaiser et al. (2016a: 36).

⁷² *Schulform*: T-Wert = -10,638; df = 3254,995; p-wert = 0,000; *Geschlecht*: T-Wert = 9,984; df = 3025,963; p-Wert = 0,000. *Alter*: Korrelationskoeffizient nach Pearson = -0,030; p-Wert = 0,089.

⁷³ Vgl. Albert et al. (2015: 171).

⁷⁴ Vgl. Albert et al. (2015: 164–65, 170–171).

⁷⁵ Vgl. Gaiser et al. (2016a: 40).

während die *FES-Studie* Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren einbezogen hat.⁷⁶ Der Anteil der Jugendlichen, der einer politischen Aktivität schon einmal beziehungsweise mehrfach nachgegangen ist, ist für fast alle Aktivitäten thüringenweit deutlich geringer als in Deutschland insgesamt. So haben beispielsweise unter den Jugendlichen in Deutschland 90% (statt in Thüringen 56%) bereits *politisch konsumiert*, 61% (statt in Thüringen 27%) haben bereits *an einer Demonstration teilgenommen* und 61% beziehungsweise 48% haben *sich in öffentlichen Versammlungen oder im Internet an politischen Diskussionen beteiligt* (statt in Thüringen 31% beziehungsweise 26,2%). Unsere thüringenweiten Ergebnisse zur Mitgliedschaft der Jugendlichen in einem Jugendverband (52,2%) lassen sich nur schwer mit den auf Gesamtdeutschland bezogenen Ergebnissen vergleichen. Während wir unterschiedliche Arten von Jugendverbänden (*Partei, Gewerkschaft, Kirche, Sport und Kultur*) in einem Item zusammengefasst haben, wurden in der *FES-Jugendstudie* jeweils insgesamt weniger Arten von Jugendverbänden durch verschiedene Items (*Gewerkschaft* (11%), *Partei* (18%), *Mitarbeit an einem politischen Projekt in einem Jugendverband/-initiative* (27%)) erfasst.⁷⁷

4.4 Normative Erwartungen an die Demokratie

Jugendliche in Thüringen stimmen den 17 abgefragten normativen Erwartungen an Parteien in einer Demokratie in einem unterschiedlich durchschnittlichen Ausmaß zu (vgl. Abbildung 10). Im Mittel erhält die **Erwartung an die Parteipolitiker*innen wahrhaftig zu sein die höchste Zustimmung (5,2 auf einer 6er-Skala)**. Ebenfalls hohe Zustimmung bekommen die Erwartungen, dass die Parteien Konsense anstreben (4,8) und kompromissbereit sein sollen (4,7). Genauso hoch wird jedoch auch erwartet, dass die Parteien die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen (4,7). Im gleichen Ausmaß finden auch die Erwartungen, dass Parteien soziale Ungleichheit verringern (4,7) und das Wohlergehen Deutschlands bevorzugen sollen (4,7), Zustimmung. Dass die Bürger in einer Demokratie verschiedene Meinungen vertreten sollen, wird von den Jugendlichen genauso hoch erwartet (4,7). Zustimmung erfahren zudem die Erwartungen, dass Parteien dem Bürgerwillen (4,6) und dem Mehrheitswillen folgen sollen (4,6). Am wenigsten Zustimmung bekommen im Mittel die Erwartungen, dass Parteien Einkommensunterschiede nicht verringern (2,5) und das globale Wohlergehen bevorzugen sollen (2,3). Insbesondere bei diesen beiden Erwartungen fällt auf, dass sie zwar im Mittel sehr geringe Unterstützung finden, aber dennoch von einigen wenigen jungen Menschen sehr stark erwartet werden (vgl. Anhänge A8.16.1 und A8.13.1).

⁷⁶ Zur politischen Selbstwirksamkeit findet sich in der neueren Literatur kein mit unserer Erhebung vergleichbares Item. In der *Shell Jugendstudie* wird die *politische Selbstwirksamkeit* der Jugendlichen unter anderem über das Item ‚Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken‘ erfasst. Dieser Aussage stimmen 70% der Jugendlichen in Deutschland eher bis voll zu (Skalenwerte 4 bis 6 auf einer Skala mit 6 Antwortmöglichkeiten); vgl. Albert et al. (2015: 179); vgl. dazu auch Hoffmann-Lange/Gille (2016: 200).

⁷⁷ Vgl. Gaiser et al. (2016a: 26).

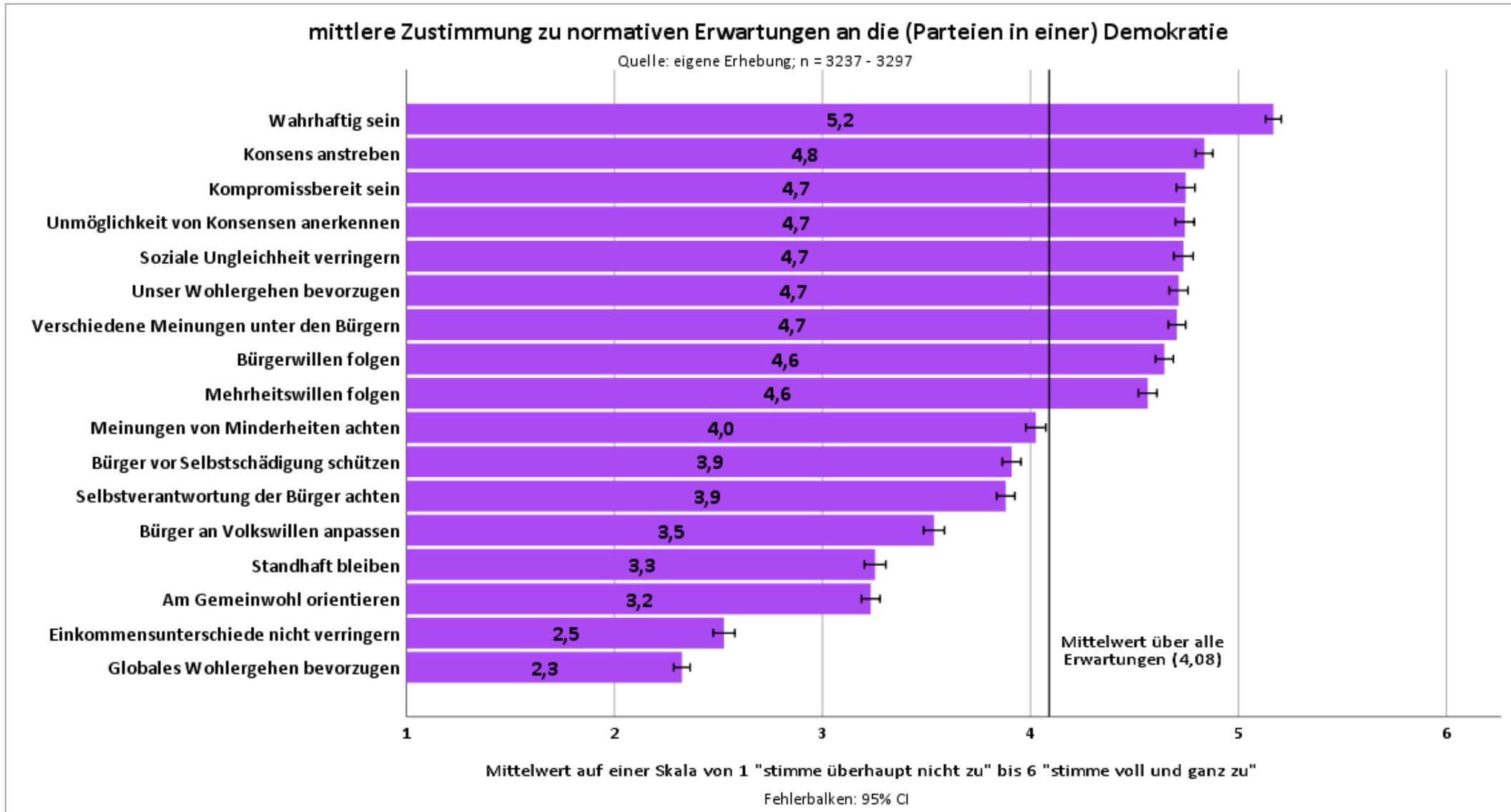


Abbildung 10: Mittlere Zustimmung zu normativen Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie

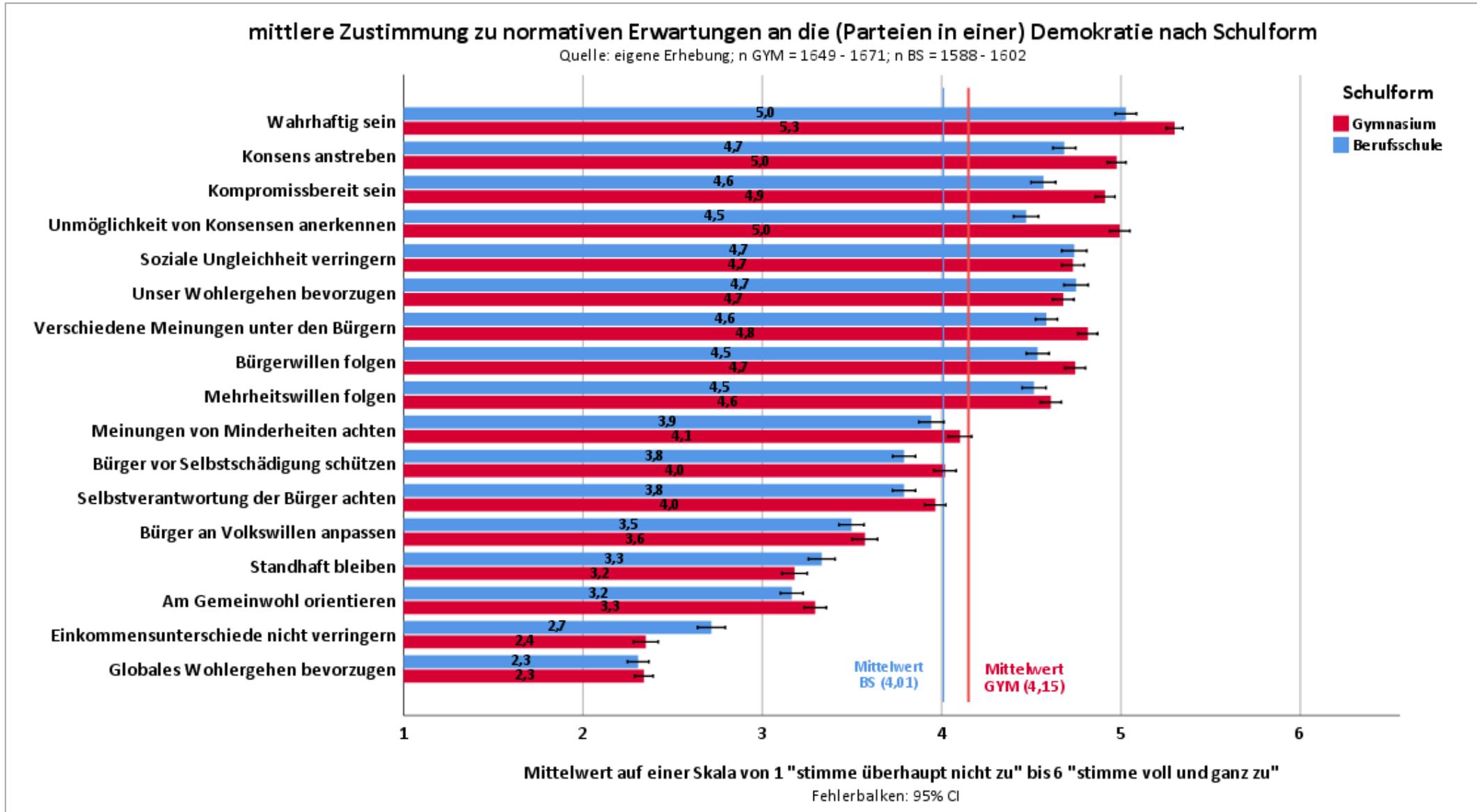


Abbildung 11: Mittlere Zustimmung zu normativen Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie nach Schulform

Im Mittel stimmen die Gymnasiast*innen (4,15) den abgefragten Erwartungen stärker zu als die Berufsschüler*innen (4,01). Das zeigt sich aber nicht bei allen Erwartungen. Signifikant höher ist die Zustimmung der Gymnasiast*innen zu den Erwartungen, dass die Parteipolitiker wahrhaftig sein sollen, dass Parteien Konsense anstreben, kompromissbereit sein, die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen, dem Bürgerwillen folgen, dem Mehrheitswillen folgen, die Meinungen von Minderheiten achten, Bürger vor Selbstschädigung schützen, die Selbstverantwortung der Bürger achten sollen und sich am Gemeinwohl orientieren sollen sowie dass die Bürger verschiedene Meinungen haben sollen. Demgegenüber bekommen nur die Erwartungen, dass die Parteien Einkommensunterschiede nicht verringern und standhaft bleiben sollen von den Berufsschüler*innen signifikant mehr Zustimmung als von den Jugendlichen auf den Gymnasien. Bei den anderen vier Erwartungen sind die Unterschiede nicht signifikant. Dennoch bestehen zwischen den Jugendlichen an Berufsschulen und den Jugendlichen an Gymnasien keine Unterschiede hinsichtlich der Erwartungen, die unter ihnen jeweils besonders hohe und besonders niedrige Zustimmung bekommen. Die schon oben genannten neun höchsten sowie die beiden geringsten Erwartungen sind identisch (vgl. Abbildung 11).⁷⁸

4.5 Normative Erwartungen an die Demokratie und Erfahrungen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Mit den von uns abgefragten normativen Erwartungen haben die Jugendlichen in Thüringen unterschiedliche Erfahrungen gemacht (vgl. Abbildung 12). Im Mittel weichen ihre Erfahrungen am höchsten von der Erwartung ab, dass die Parteipolitiker wahrhaftig sein sollen. Ebenfalls nicht voll erfüllt⁷⁹ werden im Mittel ihre Erwartungen, dass die Parteien die soziale Ungleichheit verringern, das Wohlergehen Deutschlands bevorzugen, dem Bürgerwillen folgen, Konsense anstreben, kompromissbereit sein, dem Mehrheitswillen folgen und die Meinungen von Minderheiten achten sollen.

Zwischen den Jugendlichen an Gymnasien und Berufsschulen gibt es wiederum kaum Unterschiede darüber, welche Erwartungen nicht erfüllt werden. Am wenigsten wird in beiden Gruppen die Erwartung erfüllt, dass Parteipolitiker immer wahrhaftig sein sollen. Auch ihre weiteren schlechten Erfahrungen betreffen die gleichen oben genannten Erwartungen. Bei den Gymnasiast*innen wird zudem noch die Erwartung, dass die Parteien nicht ausreichend die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen, nicht voll erfüllt.

⁷⁸ Zu den Signifikanzen vgl. Anhang A21.

⁷⁹ Nach unserer Definition wird eine Erwartung im Mittel „nicht voll erfüllt“, wenn die Differenz zwischen Erwartungen und Erfahrungen größer als 1 ist.

Normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie und tatsächliche Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland im Kontrast

Quelle: Eigene Erhebung; n = 3226-3297

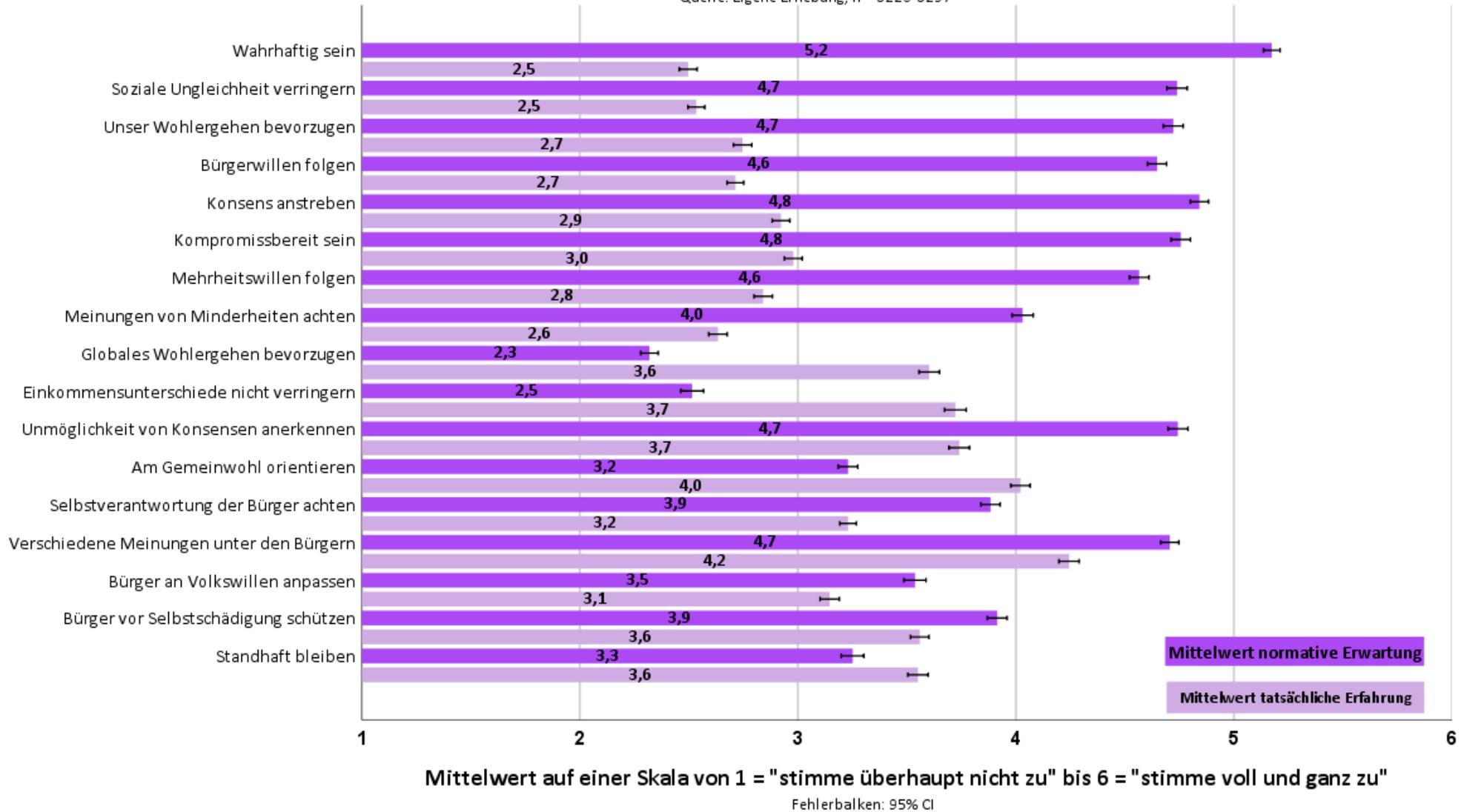


Abbildung 12: Normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie und tatsächliche Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland im Kontrast

Trotz dieser Ähnlichkeiten darin, welche Erwartungen kaum erfüllt werden, sind die Unterschiede in der mittleren Ausprägung zwischen Jugendlichen an Berufsschulen und an Gymnasien bei einigen Erfahrungen signifikant: dass Parteien dem Mehrheitswillen folgen, dem Bürgerwillen folgen, sich am Gemeinwohl orientieren, unser Wohlergehen bevorzugen, das globale Wohlergehen bevorzugen, die Selbstverantwortung der Bürger achten, die Bürger vor Selbstschädigung schützen, soziale Ungleichheit verringern, die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen, Konsense anstreben, standhaft bleiben sowie kompromissbereit sein sollen. Auffällig ist, dass es bei der Erwartung der Wahrhaftigkeit von Parteipolitikern, die im Mittel am wenigsten erfüllt wird, keinen Unterschied macht, welche Schule die Jugendlichen besuchen.⁸⁰

4.6 Enttäuschte Demokratieerwartungen

Diese im Mittel über alle Jugendlichen dargestellten Divergenzen zwischen Erwartungen und Erfahrungen zeigen noch nicht an, welche dieser Erwartungen zu Enttäuschungen bei den Jugendlichen führen. Eine enttäuschte Demokratieerwartung im Sinne einer Divergenz zwischen bestehender normativer Erwartung und tatsächlicher Erfahrung liegt unserer Operationalisierung zufolge vor, wenn die Befragten einer normativen Erwartung einerseits klar zustimmen (Skalenwerte Erwartung 5 oder 6), aber andererseits den persönlichen Eindruck haben, dass die Demokratie, wie sie heute in Deutschland tatsächlich funktioniert, diese Erwartung nicht erfüllt – und dementsprechend die dieser Erwartung entsprechende Erfahrung ablehnen (Skalenwerte Erfahrung 1 oder 2, siehe Abbildung 13 zur Veranschaulichung eines konkreten Beispiels aus dem Fragebogen). So können die Jugendlichen beispielsweise erwarten, dass Parteien in einer Demokratie bei wichtigen Entscheidungen immer tun, was die Mehrheit der Bürger will, aber gleichzeitig die Erfahrung machen, dass die meisten Parteien in Deutschland dies gar nicht tun, und damit ihre Erwartung enttäuschen.

5.3	stimme überhaupt nicht zu 1	2	3	4	5	stimme voll und ganz zu 6
Wie sollte eine Demokratie Deiner Meinung nach sein?						
Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer tun, was die Mehrheit der Bürger will.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Und was ist Dein persönlicher Eindruck: Wie funktioniert die Demokratie in Deutschland heute?						
Bei wichtigen Entscheidungen tun die meisten Parteien in Deutschland, was die Mehrheit der Bürger will.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abbildung 13: Operationalisierung enttäuschter Demokratieerwartungen am Beispiel des Mehrheitswillens

Besteht bei den Befragten keine normative Erwartung (Skalenwerte Erwartung 1 oder 2) können sie auch nicht enttäuscht werden und wurden dementsprechend unabhängig von der Divergenz zwischen Erwartung und Erfahrung nicht als

⁸⁰ Vgl. dazu Anhang A22.

Enttäuschte definiert. Ebenfalls als Nicht-Enttäuschte wurden Befragte behandelt, die sich im Hinblick auf die jeweilige normative Erwartung indifferent zeigten (Skalenwerte Erwartung 3 und 4).

Dieser Operationalisierung entsprechend wurden zur Abbildung der enttäuschten Demokratieerwartungen der Jugendlichen 17 binäre Variablen gebildet, die die Werte 0 = ‚Enttäuschung liegt nicht vor‘ und 1 = ‚Enttäuschung liegt vor‘ annehmen können (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Enttäuschte Demokratieerwartungen

Enttäuschung, dass es in Deutschland nicht (genug) verschiedene Meinungen im Volk gibt (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)
gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Entscheidungen sollte es in einer Demokratie verschiedene Meinungen im Volk geben“ und „Bei wichtigen Entscheidungen gibt es in Deutschland fast immer verschiedene Meinungen im Volk“

Enttäuschung, dass sich in Deutschland (zu) viele dem Volkswillen nicht anpassen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Angelegenheiten sollten sich in einer Demokratie auch diejenigen Bürger an den Willen des Volkes anpassen, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden können“ und „Bei den meisten wichtigen Angelegenheiten passen sich in Deutschland auch diejenigen Bürger dem Willen des Volkes an, die sich darin eigentlich nicht wiederfinden“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Mehrheitswillen folgen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer tun, was die Mehrheit der Bürger will“ und „Bei wichtigen Entscheidungen tun die meisten Parteien in Deutschland, was die Mehrheit der Bürger will“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (genug) die Meinungen von Minderheiten achten, wenn dies der Mehrheit nicht gefällt (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien auch die Meinungen von Minderheiten beachten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt“ und „Bei wichtigen Entscheidungen beachten die meisten Parteien in Deutschland die Meinungen von Minderheiten, selbst wenn dies der Mehrheit der Bürger nicht gefällt“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Bürgerwillen folgen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Entscheidungen sollten Parteien immer darauf hören, was die Bürger wollen“ und „Bei wichtigen Entscheidungen hören die meisten Parteien in Deutschland darauf, was die Bürger wollen“

Enttäuschung, dass sich die Entscheidungen der Parteien in Deutschland nicht (genug) am Gemeinwohl, sondern am Willen der meisten Bürger orientieren (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Wenn die Parteien denken, dass das besser für das Land ist, sollten sie bei wichtigen Angelegenheiten anders entscheiden, als die meisten Bürger wollen“ und „Wenn die Parteien in Deutschland denken, dass das besser für das Land ist, entscheiden sie bei wichtigen Angelegenheiten anders, als die meisten Bürger wollen“

Enttäuschung, dass die Politiker in Deutschland nicht (immer) wahrhaftig sind (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Fragen sollten die Politiker den Bürgern immer sagen, was sie wirklich denken“ und „Bei wichtigen Fragen sagen die meisten Politiker in Deutschland den Bürgern, was sie wirklich denken“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland unser Wohlergehen nicht (genug) bevorzugen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten sich die Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier kümmern, und erst danach um die Probleme anderswo“ und „In Deutschland kümmern sich die meisten Parteien zuerst um die Probleme der Bürger hier und erst danach um die Probleme anderswo“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland das globale Wohlergehen nicht (genug) bevorzugen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten den Parteien die Probleme der Welt wichtiger sein, als die Probleme hier“ und „In Deutschland sind den meisten Parteien die Probleme der Welt wichtiger, als die Probleme hier“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland den Bürgern nicht (genug) Selbstverantwortung lassen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie darauf achten, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt“ und „Bei wichtigen Angelegenheiten achten die meisten Parteien in Deutschland darauf, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt“

Fortsetzung Tabelle 6: Enttäuschte Demokratieerwartungen

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland die Bürger nicht (genug) vor Selbstschädigung schützen (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf verlassen, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist“ und „In Deutschland verlassen sich die meisten Parteien bei wichtigen Angelegenheiten nicht darauf, dass jeder einzelne Bürger am besten weiß, was gut für ihn ist“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland die Einkommensunterschiede (zu sehr) verringern (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten sich die Parteien nicht darum kümmern, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind“ und „In Deutschland kümmern sich die meisten Parteien nicht darum, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland die soziale Ungleichheit nicht (genug) verringern (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie mit ihren Entscheidungen dafür sorgen, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird“ und „Bei wichtigen Angelegenheiten sorgen die meisten Parteien in Deutschland mit ihren Entscheidungen dafür, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland (zu oft) verkennen, dass konsensuelle Problemlösungen unmöglich sind (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten die Parteien anerkennen, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind“ und „Die meisten Parteien in Deutschland erkennen an, dass es bei wichtigen Problemen unmöglich ist eine Lösung zu finden, mit der alle einverstanden sind“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (häufig genug) einen Konsens anstreben (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten sich die Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung einigen“ und „In Deutschland einigen sich die meisten Parteien bei wichtigen Angelegenheiten untereinander auf eine gemeinsame Entscheidung“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (oft genug) standhaft bleiben (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten die Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten bleiben, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt“ und „In Deutschland bleiben die meisten Parteien in wichtigen Angelegenheiten bei ihren Standpunkten, auch wenn es dann zu keiner Entscheidung kommt“

Enttäuschung, dass die Parteien in Deutschland nicht (häufig genug) kompromissbereit sind (0 ‚liegt nicht vor‘, 1 ‚liegt vor‘)

gebildet aus den Items:

„In einer Demokratie sollten die Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig sein und nicht an ihren Positionen festhalten“ und „In Deutschland sind die meisten Parteien bei wichtigen Entscheidungen zu Kompromissen fähig und halten nicht an ihren Positionen fest“

Die von uns abgefragten 17 Erwartungen an die Parteien in einer Demokratie führen in der Mehrzahl nicht zu Enttäuschungen (vgl. Abbildung 14). Nur 2,7% der Jugendlichen sind bei 9 oder mehr Erwartungen enttäuscht. Das heißt, mehr als 97% aller Jugendlichen in Thüringen haben nur mit 8 (oder weniger) der von uns abgefragten 17 Erwartungen enttäuschende Erfahrungen gemacht. **Bei mehr als der Hälfte (51%) von ihnen wurden sogar nur 2 (oder weniger) von 17 Erwartungen enttäuscht.**

Auch hier zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen den Jugendlichen an Berufsschulen und an Gymnasien (vgl. Abbildung 15). 98,4% der Gymnasiast*innen und 96,3% der Berufsschüler*innen sind nur von 8 (oder weniger) Erwartungen enttäuscht; Enttäuschungen mit 2 (oder weniger) Erwartungen wurden von 53,8% der Jugendlichen an Gymnasien gemacht, an Berufsschulen waren dies 47,9%.

Anzahl der Enttäuschungen unter den befragten Jugendlichen

Quelle: Eigene Erhebung; n = 3026

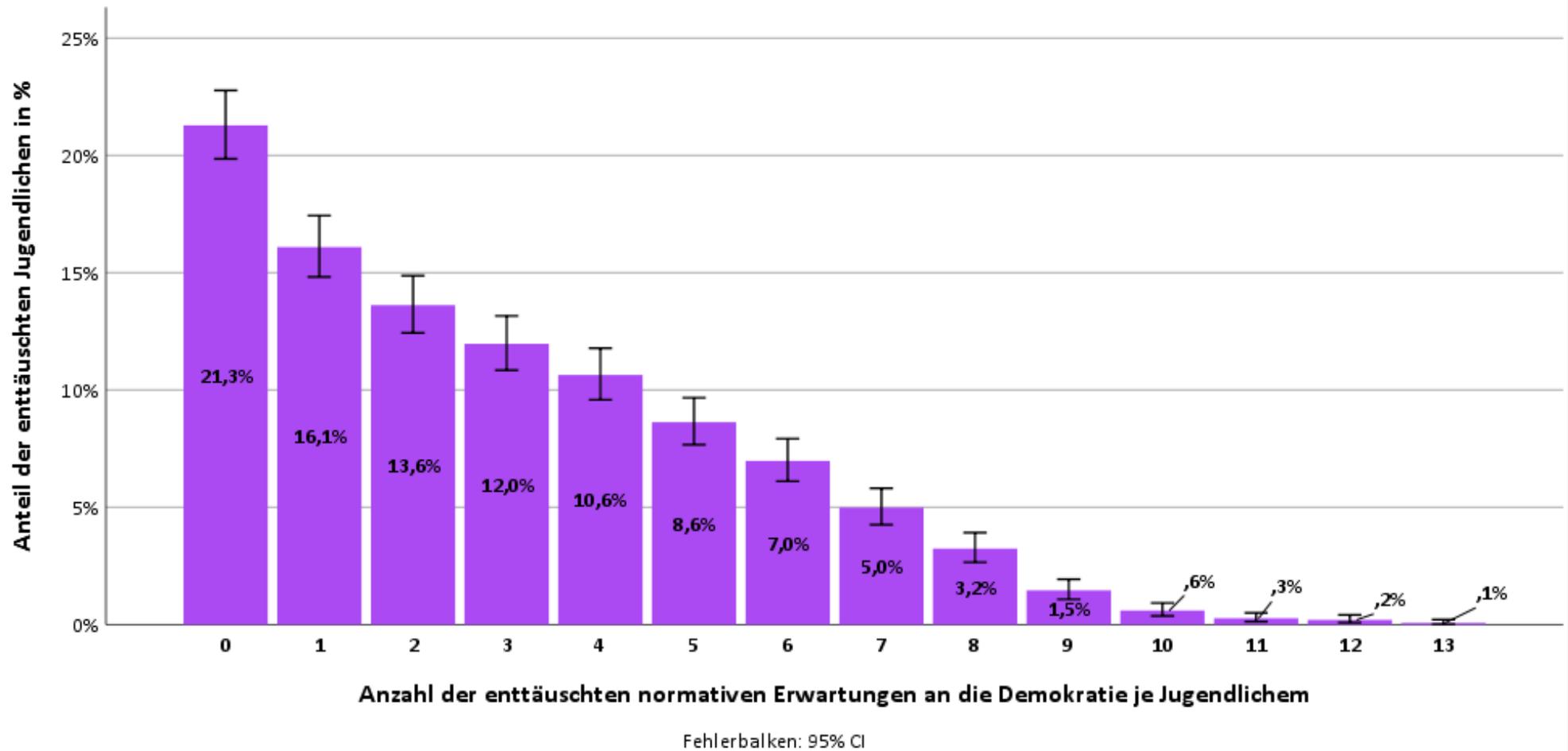


Abbildung 14: Anzahl der Enttäuschungen unter den befragten Thüringer Jugendlichen

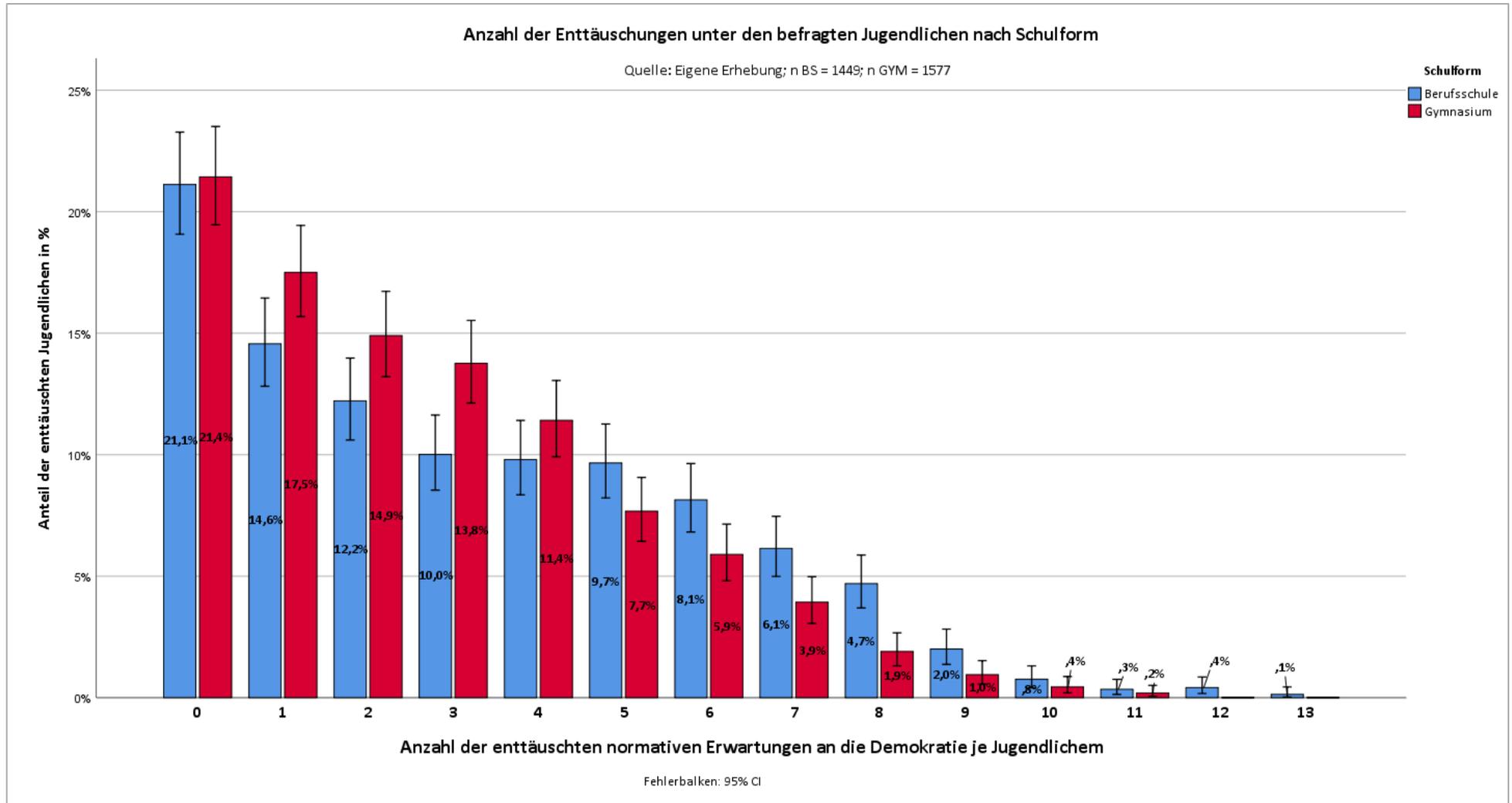


Abbildung 15: Anzahl der Enttäuschungen unter den befragten Thüringer Jugendlichen nach Schulform

Diese im Mittel über alle Erwartungen dargestellten Enttäuschungen zeigen noch nicht, wie viele Jugendliche mit den einzelnen Erwartungen von den Parteien enttäuscht worden sind. **Bei keiner der von uns abgefragten Erwartungen wurde die Mehrheit aller Jugendlichen enttäuscht** (vgl. Abbildung 16). **Der größte Anteil (45%) ist davon enttäuscht, dass die Parteipolitiker nicht immer wahrhaftig sind.** 38% sind davon enttäuscht, dass die Parteien die soziale Ungleichheit nicht ausreichend verringern, während 32% davon enttäuscht sind, dass die Parteien unser Wohlergehen nicht ausreichend bevorzugen. Enttäuscht, dass die Parteien nicht häufig genug Konsense anstreben, nicht ausreichend dem Bürgerwillen folgen, nicht häufig genug kompromissbereit sind und nicht immer dem Mehrheitswillen folgen sind jeweils 26% der Jugendlichen. Dass die Parteien nicht ausreichend die Meinungen von Minderheiten achten, enttäuscht noch 20% aller Jugendlichen.

Sowohl unter den Jugendlichen an Gymnasien wie an Berufsschulen sind die oben genannten Enttäuschungen jeweils am weitesten verbreitet. Allerdings ist der Anteil unter den Berufsschüler*innen bei den meisten Enttäuschungen größer als unter den Gymnasiast*innen (vgl. Abbildung 17). **Der größte Unterschied betrifft die Enttäuschung, dass die Parteien unser Wohlergehen gegenüber den Problemen der Welt nicht ausreichend bevorzugen. Davon sind 38,6% der Berufsschüler*innen enttäuscht, aber nur 25,1% der Gymnasiast*innen.** Mehr als 5 Prozentpunkte größer ist der Anteil unter den Jugendlichen an Berufsschulen zudem bei den Enttäuschungen darüber, dass die Parteien nicht immer dem Mehrheitswillen folgen, nicht ausreichend dem Bürgerwillen folgen und die soziale Ungleichheit nicht genug verringern.⁸¹

4.7 Zwischenergebnis: Demokratievorstellungen und enttäuschte Erwartungen unter Jugendlichen in Thüringen

Vor dem Hintergrund unserer theoretischen Annahme, dass sich mit denen in Deutschland vorherrschenden liberal geprägten Demokratievorstellungen verschiedene normative Erwartungen sowie damit konkurrierende normative Erwartungen verbinden lassen, weisen die oben genannten Ergebnisse auf ein sehr differenziertes Bild hin, welches wir uns über enttäuschte Erwartungen bei Jugendlichen machen müssen (vgl. Abbildung 18).

- (1) Trotz der anhaltenden öffentlichen Debatte um und Kritik an Polarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft erzeugen die mit der Demokratievorstellung eines notwendigen **Pluralismus an Meinungen im Volk** verbundenen Erwartungen [Verschiedene Meinungen im Volk; Meinungen von Minderheiten achten] und konkurrierenden Erwartungen [Bürger an Volkswillen anpassen] nur unter wenigen Jugendlichen Enttäuschungen. Noch seltener sind unter

⁸¹ Vgl. dazu Anhang A23.

Anteil der enttäuschten Jugendlichen

Quelle: eigene Erhebung; n = 3290; Anteile ab 10% der Befragten dargestellt

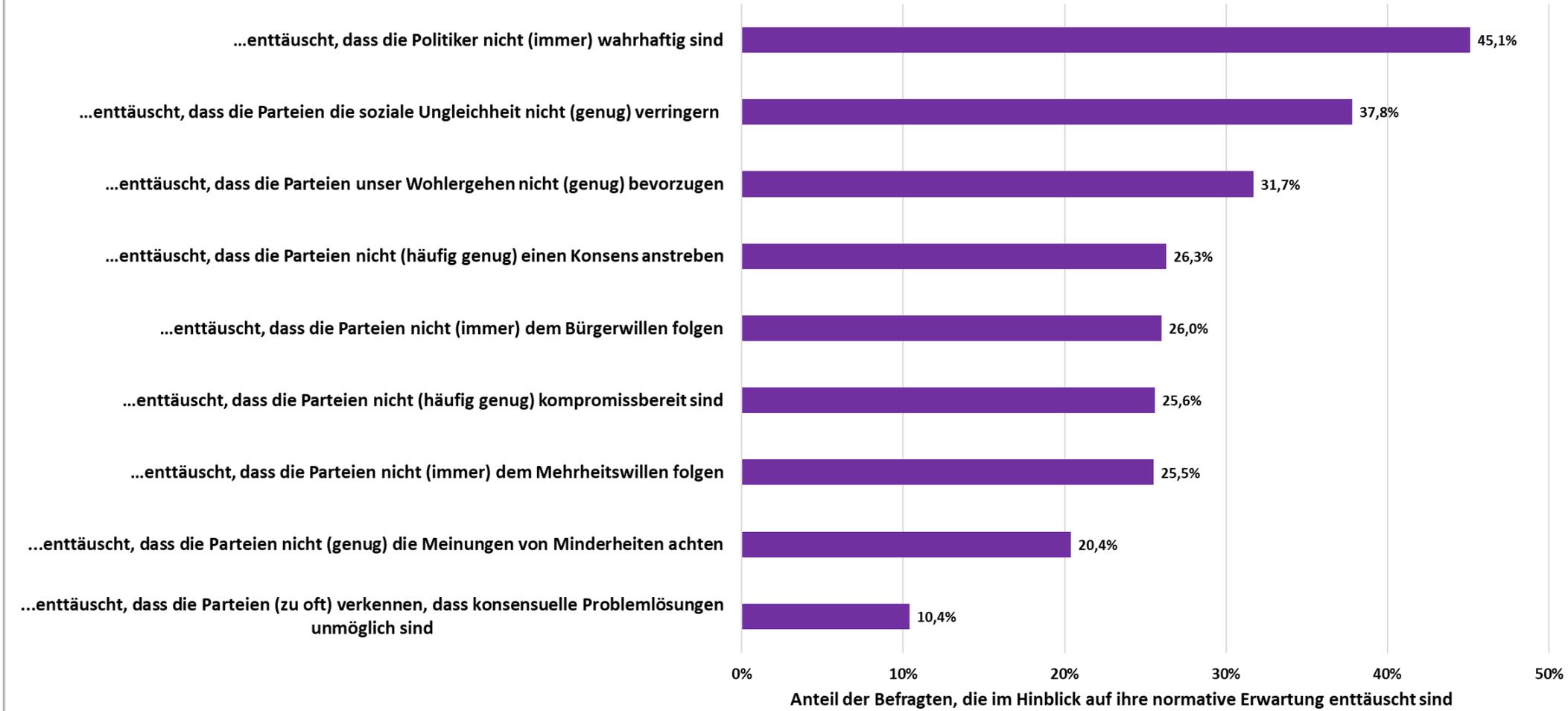


Abbildung 16: Anteil der in Bezug auf unterschiedliche normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie enttäuschten Jugendlichen

Anteil der enttäuschten Jugendlichen nach Schulform

Quelle: Eigene Erhebung; n GYM = 1669; n BS = 1637

Schulform ■ Berufsschule ■ Gymnasium

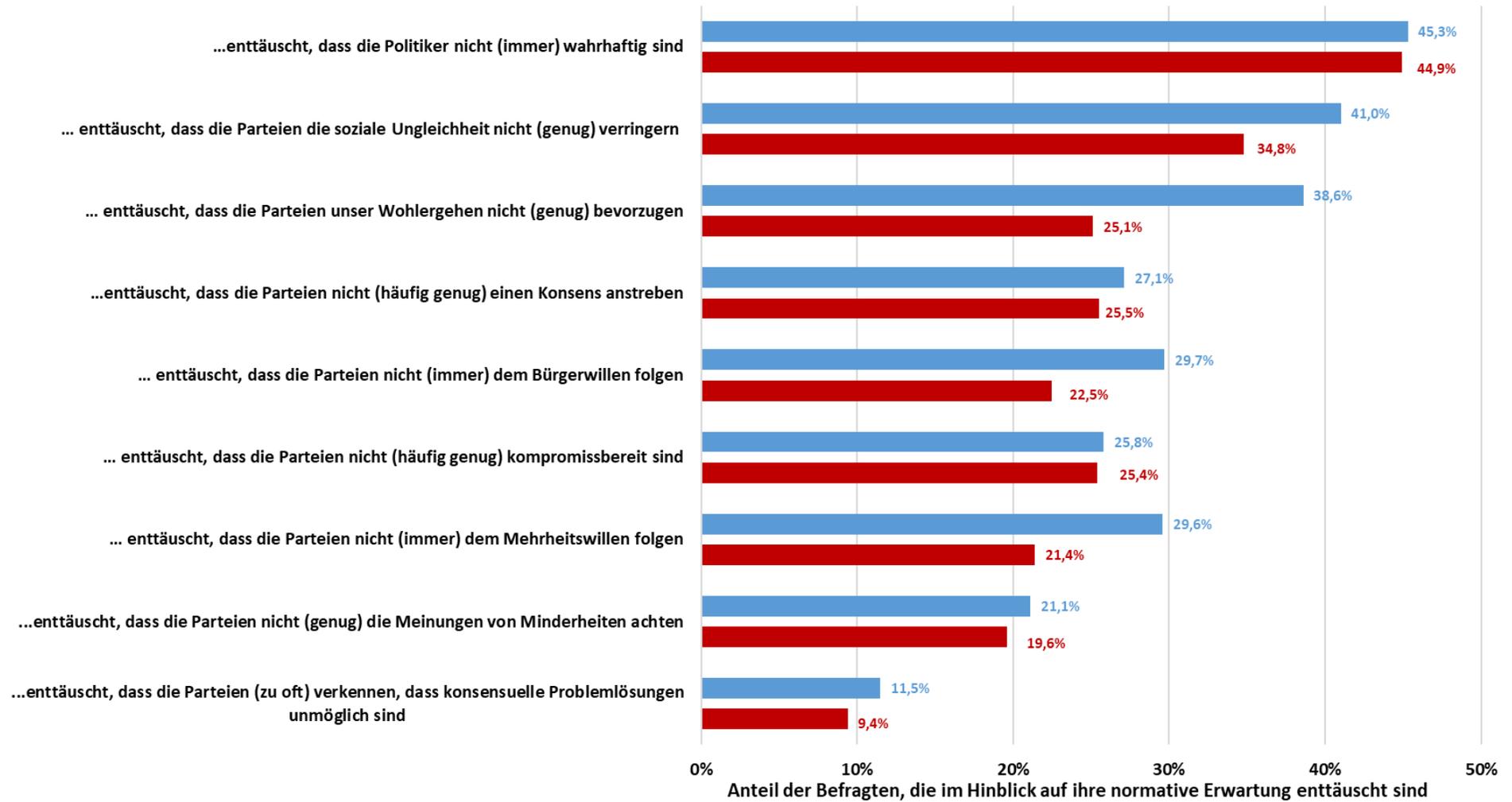


Abbildung 17: Anteil der in Bezug auf unterschiedliche normative Erwartungen an die (Parteien in einer) Demokratie enttäuschten Jugendlichen nach Schulform

ihnen Enttäuschungen mit den Erwartungen und konkurrierenden Erwartungen, die sich mit der **Trennung von Staat und Gesellschaft** [Selbstverantwortung der Bürger achten; Bürger vor Selbstschädigung schützen] verbinden.

Enttäuschte Erwartungen werden vor allem im Kontext von vier Demokratievorstellungen gemacht:

- (2) Dabei ist zunächst wenig überraschend, dass die mit der Demokratievorstellung von der **Sicherung von Freiheit und Frieden im Inneren** verbundene Erwartung [Unser Wohlergehen bevorzugen] im Kontext der aktuellen öffentlichen Debatten um Flucht und Migration und die damit verbundenen Kosten der Integration Gelegenheiten für Erfahrungen beinhaltet, die – abhängig von den jeweiligen Erwartungen – Enttäuschungen produzieren können. Überraschender erscheinen uns die Enttäuschungen im Kontext der anderen drei Demokratievorstellungen – der **Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen**, der **Beteiligung aller an der Gesetzgebung** sowie dem **Prinzip der Mehrheit** –, da sie mit Erwartungen [Bürgerwillen folgen; Konsens anstreben; Mehrheitswillen folgen; Wahrhaftig sein] verbunden werden, die weniger an konkreten und öffentlich debattierten Leistungen als am demokratischen Prozess selbst, an seinen Prinzipien und Verfahren, ansetzen und deshalb auch weniger vom aktuellen Zeitgeschehen beeinflusst sein sollten.⁸²

Enttäuschungen beschränken sich nicht allein auf Erwartungen, die unmittelbar an die liberalen Demokratievorstellungen anschließen:

- (3) Im Kontext der Demokratievorstellung von der **Herstellung von Wohlstand durch Marktwirtschaft** resultieren weniger Enttäuschungen aus der Erwartung, die klassischerweise mit dieser Vorstellung verbunden wird [Einkommensunterschiede nicht verringern], als mit der konkurrierenden Erwartung, dass Parteien die soziale Ungleichheit verringern sollen. Solche Prozesse stellen eine Demokratievorstellung nicht zwingend in Frage, sondern können sie auch für andere Erwartungen öffnen.

⁸² Siehe aber zum Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu demokratischen Verfahren und tagespolitisch anstehenden politischen Entscheidungen jetzt auch Landwehr/Haas/Harms (2017).

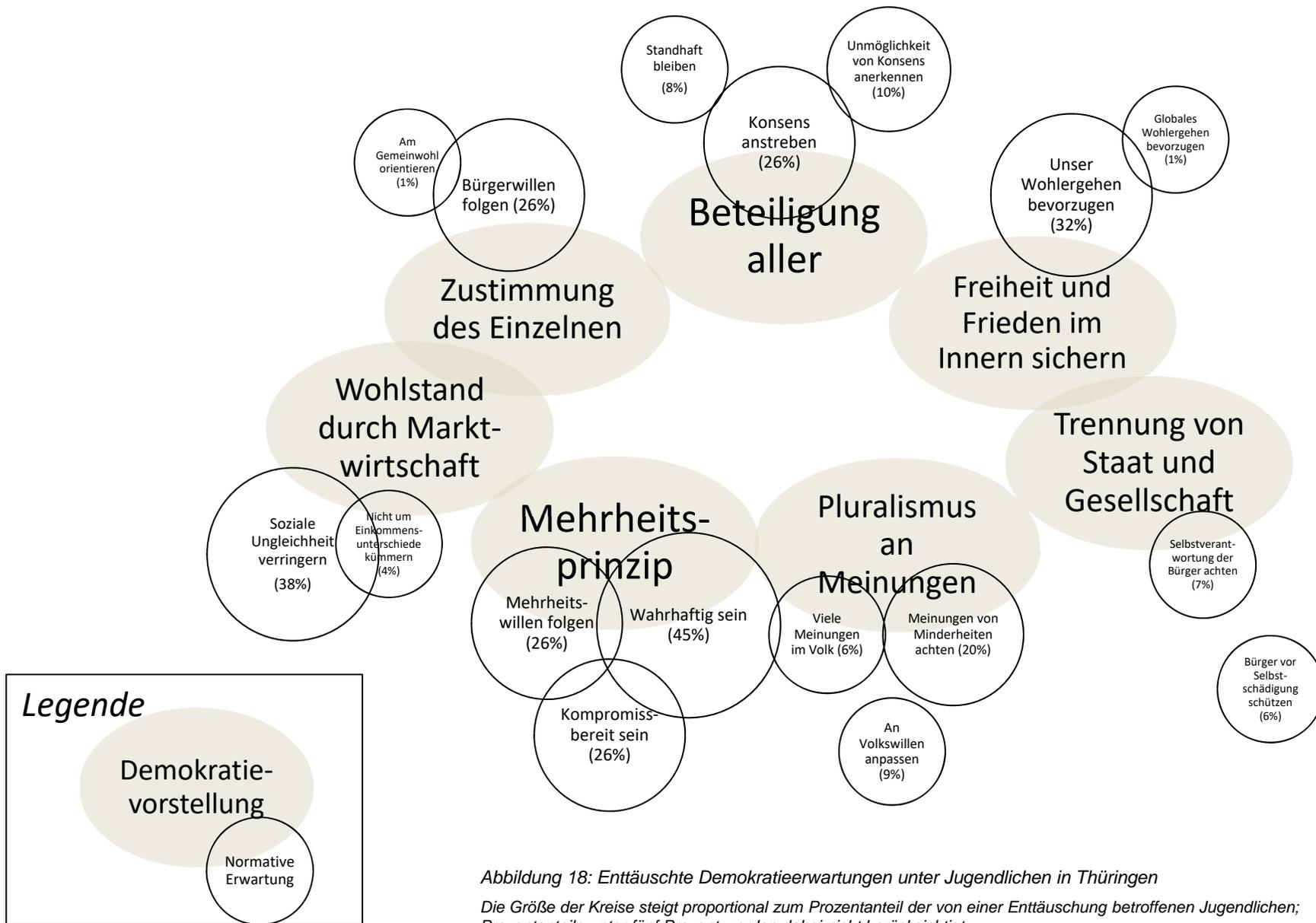


Abbildung 18: Enttäuschte Demokratieerwartungen unter Jugendlichen in Thüringen

Die Größe der Kreise steigt proportional zum Prozentanteil der von einer Enttäuschung betroffenen Jugendlichen; Prozentanteile unter fünf Prozent werden dabei nicht berücksichtigt.

4.8 Der Einfluss soziodemographischer Merkmale, des politischen Interesses und Engagements sowie enttäuschter Demokratieerwartungen auf das Parteienvertrauen unter Jugendlichen in Thüringen

Das allgemeine Parteienvertrauen von Jugendlichen in Thüringen hängt unseren Hypothesen zufolge vor allem von drei Faktoren ab: den soziodemographischen Merkmalen der Jugendlichen, ihrem politischen Interesse und Engagement sowie schließlich ihren enttäuschten Demokratieerwartungen (vgl. Abbildung 19). Das besondere Augenmerk liegt in dieser Studie auf dem Einfluss enttäuschter Demokratieerwartungen auf das Parteienvertrauen. Die anderen beiden Erklärungsfaktoren dienen hier vor allem als Kontrollvariablen.

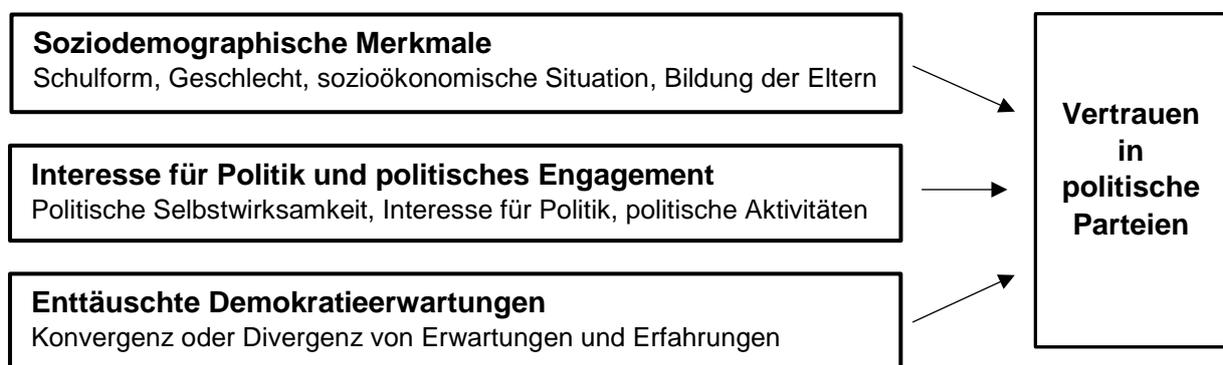


Abbildung 19: Erklärungsfaktoren für das allgemeine Parteienvertrauen unter Thüringer Jugendlichen

Die Untersuchung wird von drei zentralen Hypothesen geleitet:

- Die Wahrscheinlichkeit eines Vertrauens in die politischen Parteien sinkt, je schlechter die sozioökonomische Situation der Jugendlichen ist.
- Die Wahrscheinlichkeit eines Vertrauens in die politischen Parteien sinkt, je weniger die Jugendlichen an Politik interessiert und politisch engagiert sind.
- Die Wahrscheinlichkeit eines Vertrauens in die politischen Parteien sinkt, wenn die normativen Erwartungen an die Demokratie und die mit ihrem Funktionieren gemachten Erfahrungen divergieren, also die Erwartungen enttäuscht werden.

Sowohl das Parteienvertrauen als auch dessen Erklärungsfaktoren wurden durch eine Reihe unterschiedlicher Items gemessen (vgl. Abschnitt 3). Wir werden in den folgenden Abschnitten erläutern, welche Variablen in das Modell zur Erklärung des Parteienvertrauens der Jugendlichen in Thüringen einbezogen werden.

Auswahl des Modells zur Prüfung der Hypothesen

Als Indikator für das *allgemeine Parteienvertrauen* der Jugendlichen, unsere abhängige Variable, verwenden wir die Bewertung der Vertrauenswürdigkeit politischer Parteien im Allgemeinen, die im Rahmen einer Itembatterie mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen abgefragt wurde (vgl. Tabelle 2). Das Parteienvertrauen kann Werte von 1 = ‚ganz und gar kein Vertrauen‘ bis 6 = ‚volles Vertrauen‘ annehmen. Die ebenfalls gemessene Bewertung der Vertrauenswürdigkeit spezifischer Parteien – in diesem Fall der sieben im

aktuellen Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen – wurde nicht in das Modell mit einbezogen, da diese in keinem starken Zusammenhang zum Vertrauen der Jugendlichen in politische Parteien im Allgemeinen steht. Bivariate Korrelationsanalysen zeigen zwar einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen allgemeinem und spezifischem Parteienvertrauen für alle sieben Parteien. Die Werte der Korrelationskoeffizienten sind jedoch so gering, dass man nicht von einem substantiellen Zusammenhang sprechen kann.⁸³ Das spezifische Parteienvertrauen in entweder CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke oder Bündnis 90/Die Grünen kann daher nicht als einzelner Prädiktor für das allgemeine Parteienvertrauen verwendet werden.

Um zu entscheiden, welche der zur Messung der *soziodemographischen Merkmale* und des *politischen Interesses und Engagements* verwendeten Items als Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen werden, wurde zunächst ein Modell (M1, vgl. Tabelle 7) mit folgenden Variablen geschätzt:⁸⁴

Soziodemographische Merkmale

- **Alter** in Jahren
- **Geschlecht** mit den Ausprägungen 0 = ‚männlich oder drittes Geschlecht‘ / 1 = ‚weiblich‘⁸⁵
- **besuchte Schulform** mit Ausprägungen 0 = ‚Berufsschule‘ / 1 = ‚Gymnasium‘
- **Schulabschlüsse der Eltern**, zusammengefasst aus den Variablen Schulabschluss der Mutter und Schulabschluss des Vaters in einer binären Variable mit den Ausprägungen 0 = ‚kein Elternteil hat (Fach)Abitur‘ / 1 = ‚mindestens 1 Elternteil hat (Fach)Abitur‘
- **subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation** anhand des Items ‚Wie würdest Du insgesamt Deine persönliche finanzielle Situation bezeichnen?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚sehr schlecht‘ bis 6 = ‚sehr gut‘
- **subjektive Einschätzung der finanziellen Situation des Haushalts** anhand des Items ‚Und wie gut kommt Ihr zu Hause insgesamt mit dem Geld zurecht, das Euch zur Verfügung steht?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚sehr schlecht‘ bis 6 = ‚sehr gut‘

⁸³ Die Werte der Korrelationskoeffizienten liegen zwischen 0,054 und 0,381. Für ähnliche Befunde zum Zusammenhang zwischen allgemeinem und spezifischem Parteienvertrauen vgl. Biehl (2013: 76).

⁸⁴ Die hier nicht aufgeführten Items zur Messung der sozioökonomischen Situation und des politischen Interesses haben sich in der Analyse als nicht-reliable Indikatoren erwiesen und kamen daher nicht als potentielle Kontrollvariablen in Frage.

⁸⁵ Die Umcodierung der Variable Geschlecht in eine binäre Variable mit den Ausprägungen 0 = ‚männlich oder drittes Geschlecht‘ und 1 = ‚weiblich‘ trägt dem aktuellen Forschungsstand zu politischen Einstellungen und Handlungen Rechnung, der zeigt, dass Frauen im Allgemeinen stärker vertrauen als Männer (vgl. Biehl 2013: 83).

Interesse für Politik

- **allgemeines Interesse für Politik** anhand des Items ‚Wie stark interessierst Du Dich allgemein für Politik?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚gar nicht‘ bis 6 = ‚stark‘
- **politische Kommunikation im Elternhaus** anhand des Items ‚Wie oft wird in Deinem Elternhaus über Politik gesprochen?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚nie‘ bis 6 = ‚sehr häufig‘
- **politische Übereinstimmung mit den Eltern** anhand des Items ‚Und wie häufig stimmst Du mit Deinen Eltern in wichtigen politischen Fragen überein?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚nie‘ bis 6 = ‚sehr häufig‘
- **politische Kommunikation im Freundeskreis** anhand des Items ‚Und wie ist das in Deinem Freundeskreis? Wie oft wird da über Politik gesprochen?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚nie‘ bis 6 = ‚sehr häufig‘
- **politische Übereinstimmung mit den Freunden** anhand des Items ‚Und wie häufig stimmst Du mit Deinen Freunden in wichtigen politischen Fragen überein?‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚nie‘ bis 6 = ‚sehr häufig‘

Politisches Engagement

- **politische Selbstwirksamkeit** anhand des Items ‚Jugendliche können die Politik beeinflussen, wenn sie wollen‘ mit Ausprägungen von 1 = ‚stimme überhaupt nicht zu‘ bis 6 = ‚stimme voll und ganz zu‘
- **politische Aktivitäten** anhand der Abfrage von zehn verschiedenen politischen Aktivitäten mit den Ausprägungen 0 = ‚habe ich noch nie getan‘ und 1 = ‚habe ich einmal/mehrfach getan‘ (Bei einer Unterschriftensammlung/Onlinepetition unterschrieben; Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft oder nicht gekauft; An einer Demonstration teilgenommen; Bei einer Bürgerinitiative, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppe mitgemacht; Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt; Persönlich Politiker kontaktiert; Sich im Internet (z.B. auf Facebook) aktiv an politischen Diskussionen beteiligt oder einer politischen Gruppe beigetreten; In einem Jugendverband (z.B. einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder in Sport und Kultur) aktiv mitgearbeitet; Mitglied in einem Jugendparlament oder kommunalem Gremium gewesen; Buttons oder Sticker mit einer politischen Botschaft getragen)⁸⁶

⁸⁶ Bei der Codierung der zehn politischen Aktivitäten wurden die Ausprägungen ‚habe ich mehrfach getan‘ und ‚habe ich einmal getan‘ zusammengefasst, da diese Differenzierung der Häufigkeit des Engagements für bestimmte Aktivitäten, etwa die Mitarbeit in einem Jugendverband, schwer zu interpretieren und daher über die verschiedenen Aktivitäten hinweg nur bedingt vergleichbar ist. Für diese Untersuchung ist vor allem entscheidend, ob sich die Jugendlichen überhaupt in der einen oder anderen Weise politisch engagieren.

Die fünf Variablen zur Messung des Interesses für Politik sowie die elf Variablen zur Abfrage des politischen Engagements wurden als einzelne Variablen in das Modell aufgenommen, da die Ergebnisse des Reliabilitätstests gegen ein Zusammenfassen der Variablen in zwei übergreifende Indizes zur Abbildung des politischen Interesses beziehungsweise des politischen Engagements sprechen.⁸⁷

Wie die erste Spalte (M1) in Tabelle 7 zeigt, haben die Variablen *Alter*, *subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation*, *allgemeines Interesse für Politik*, *politische Übereinstimmung mit den Eltern* und *politische Selbstwirksamkeit* einen signifikanten Einfluss auf das *Parteienvertrauen* der Jugendlichen. Knapp über dem Signifikanzniveau von 5% liegt die Variable *politische Kommunikation im Freundeskreis* (p-Wert = 0,051). Diese Variablen wurden als Kontrollvariablen in unser Modell zur Erklärung des Parteienvertrauens der Jugendlichen in Thüringen aufgenommen (vgl. M2 in Tabelle 7). Als einzige, wenn auch nur auf dem 10%-Niveau, signifikante politische Aktivität wurde zudem die Variable *„In einem Jugendverband (z.B. einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder in Sport und Kultur) aktiv mitgearbeitet“* in das Modell einbezogen. Trotz fehlender Signifikanz wurden die Variablen *Schulform* und *Geschlecht* ebenfalls als Kontrollvariablen ausgewählt, um potentielle Kontexteffekte kontrollieren (vgl. Abschnitt 3) und die Vergleichbarkeit unserer Ergebnisse mit denen anderer Studien gewährleisten zu können.

Zu diesem reduzierten Kontrollmodell M2 wurden im Modell M3 die siebzehn erklärenden Variablen hinzugefügt, die die **enttäuschten Demokratieerwartungen** der Jugendlichen erfassen (vgl. die Übersicht in Tabelle 6). Diese binären Variablen wurden erzeugt aus den siebzehn Items zu spezifischen normativen Erwartungen an die Demokratie und den diesen jeweils spiegelbildlich gegenübergestellten siebzehn Items zu den tatsächlichen Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland (vgl. Tabelle 5). Die binären Variablen nehmen den Wert 1 = ‚Enttäuschung liegt vor‘ an, sofern der oder die Befragte einer bestimmten normativen Erwartung zustimmt (Skalenwerte 5 oder 6 beim Item ‚Erwartung‘) und zugleich eine dieser normativen Erwartung entgegenstehende Erfahrung mit der Demokratie in Deutschland macht (Skalenwerte 1 oder 2 beim Item ‚Erfahrung‘). In allen anderen Fällen nimmt die Variable den Wert 0 = ‚Enttäuschung liegt nicht vor‘ an. Da keine Multikollinearität vorliegt, können die siebzehn Enttäuschungsvariablen simultan in das Modell M3 einbezogen werden.

Ergebnisse

M3 ist das Modell, mit dem das gleichzeitige Wirken unterschiedlicher erklärender Variablen auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen erfasst wird. Die Ergebnisse dieses Modells zur Erklärung des Parteienvertrauens von Jugendlichen in Thüringen werden in Tabelle 7 zusammengefasst.

⁸⁷ Cronbachs Alpha von 0,667 beziehungsweise 0,541.

Tabelle 7: Outputs der Modelle M1–3

Erklärende Variablen (abhängige Variable: Vertrauen in politische Parteien)	M1	M2	M3
Konstante	2,341*** (,264)	2,207*** (,245)	2,369*** (,246)
Alter in Jahren	-,035*** (,012)	-,030*** (,012)	-,015 (,012)
Geschlecht	,019 (,041)	,027 (,039)	,028 (,039)
Schulform	,058 (,047)	,080* (,044)	,030 (,045)
Bildungshintergrund der Eltern	,044 (,040)		
Subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation	,052*** (,020)	,070*** (,015)	,047*** (,015)
Subjektive Einschätzung der familiären finanziellen Situation	,018 (,021)		
Allgemeines Interesse für Politik	,088*** (,019)	,089*** (,017)	,109*** (,017)
Häufigkeit politischer Kommunikation im Elternhaus	-,027 (,031)		
Politische Übereinstimmung mit Eltern	,069*** (,016)	,063*** (,015)	,072*** (,015)
Häufigkeit politischer Kommunikation im Freundeskreis	-,064* (,033)	-,053* (,029)	-,029 (,030)
Politische Übereinstimmung mit Freunden	,002 (,016)		
Politische Selbstwirksamkeit	,128*** (,015)	,131*** (,015)	,090*** (,015)
Bei einer Unterschriftensammlung/Onlinepetition unterschrieben	-,002 (,041)		
Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft oder nicht gekauft	,035 (,042)		
An einer Demonstration teilgenommen	-,039 (,047)		
Bei einer Bürgerinitiative, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppe mitgemacht	-,001 (,059)		
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt	-,034 (,046)		
Persönlich Politiker kontaktiert	,026 (,058)		
Sich im Internet (z.B. auf Facebook) aktiv an politischen Diskussionen beteiligt oder einer politischen Gruppe beigetreten	-,028 (,048)		
In einem Jugendverband (z.B. einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder Sport und Kultur) aktiv mitgearbeitet	,072* (,040)	,068* (,038)	,076** (,038)
Mitglied in einem Jugendparlament oder kommunalem Gremium gewesen	,036 (,088)		
Buttons oder Sticker mit einer politischen Botschaft getragen	,053 (,048)		
Enttäuscht, dass es in Deutschland nicht (genug) verschiedene Meinungen im Volk gibt			-,189** (,084)
Enttäuscht, dass sich in Deutschland (zu) viele dem Volkswillen nicht anpassen			-,022 (,064)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Mehrheitswillen folgen			-,119** (,051)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht die Meinungen von Minderheiten achten, wenn dies der Mehrheit nicht gefällt			-,040 (,048)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Bürgerwillen folgen			-,159*** (,051)

Erklärende Variablen (abhängige Variable: Vertrauen in politische Parteien)	M1	M2	M3
Enttäuscht, dass sich die Entscheidungen der Parteien in Deutschland nicht (genug) am Gemeinwohl, sondern am Willen der meisten Bürger orientieren			-,226 (,180)
Enttäuscht, dass die Politiker in Deutschland nicht (immer) wahrhaftig sind			-,226*** (,041)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland unser Wohlergehen nicht bevorzugen			-,154*** (,046)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland das globale Wohlergehen nicht (genug) bevorzugen			,016 (,178)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland den Bürgern nicht (genug) Selbstverantwortung lassen			-,134* (,078)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland die Bürger nicht (genug) vor Selbstschädigung schützen			-,028 (,081)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland die Einkommensunterschiede (zu sehr) verringern			-,185* (,097)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland die soziale Ungleichheit (nicht genug) verringern			-,064 (,043)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland zu oft verkennen, dass konsensuelle Problemlösungen unmöglich sind			,078 (,064)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht häufig genug einen Konsens anstreben			-,087* (,047)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (oft genug) standhaft bleiben			-,125* (,072)
Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (häufig genug) kompromissbereit sind			-,051 (,047)

Die Zellen zeigen den Wert des unstandardisierten Regressionskoeffizienten und in Klammern darunter den Standardfehler. Die Anzahl der * gibt das Signifikanzniveau an: * p-Wert < 0,1; ** p-Wert < 0,05; *** p-Wert < 0,01.

Die Ergebnisse zum Modell M3 zeigen, welche der folgenden Variablen einen eigenen, signifikanten Einfluss auf das Parteienvertrauen haben, auch wenn der Einfluss der anderen Variablen gleichzeitig berücksichtigt wird.

Für die **soziodemographischen Merkmale** der Jugendlichen **zeigen** unsere Ergebnisse (vgl. Tabelle 3), dass ihr Parteienvertrauen nicht davon beeinflusst wird, wie alt sie sind, welches Geschlecht sie haben und welche Schulform sie besuchen. Allein die subjektive Einschätzung der eigenen ökonomischen Lage wirkt sich signifikant aus:

- **Je besser die Jugendlichen ihre ökonomische Situation beurteilen, desto mehr steigt ihr Vertrauen in die Parteien.**

Unter den **politischen Merkmalen** der Jugendlichen hat die Häufigkeit, mit der sich Jugendliche im Freundeskreis über Politik unterhalten, keinen Einfluss auf ihr Parteienvertrauen. Dagegen hängt ihr Vertrauen in die Parteien signifikant von ihrem politischen Interesse, ihrer wahrgenommenen politischen Selbstwirksamkeit, der Übereinstimmung in politischen Fragen mit den Eltern und ihrer Mitarbeit in einem Jugendverband ab:

- **Je mehr sich die Jugendlichen für Politik interessieren, desto mehr vertrauen sie den Parteien.**

- **Je mehr sich die Jugendliche in der Lage sehen Politik zu beeinflussen, desto mehr Vertrauen schenken sie den Parteien.**
- **Je häufiger Jugendliche mit ihren Eltern in politischen Fragen übereinstimmen, desto höher ist ihr Vertrauen in die Parteien.**
- **Wenn Jugendliche in einem Jugendverband mitarbeiten, dann erhöht dies ihr Parteienvertrauen.**

Auch die **Enttäuschungen** haben unterschiedliche Auswirkungen: unter den 17 von uns untersuchten Enttäuschungen bleiben zehn Enttäuschungen ohne Auswirkungen auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen, während die übrigen sieben Enttäuschungen ihr Parteienvertrauen signifikant senken.

Keinen Effekt auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen haben ihre Enttäuschungen darüber, dass sich die Bürger nicht ausreichend an den Volkswillen anpassen, dass die Parteien nicht genug die Meinungen von Minderheiten beachten, dass die sich die Parteien nicht ausreichend am Gemeinwohl orientieren, dass die Parteien das globale Wohlergehen nicht genug bevorzugen, dass die Parteien nicht genug auf die Selbstverantwortung der Bürger achten, dass die Parteien die Bürger nicht genug vor Selbstschädigung schützen, dass die Parteien nicht ausreichend die soziale Ungleichheit verringern, dass die Parteien nicht häufig genug die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen, dass die Parteien nicht immer standhaft bleiben und dass die Parteien nicht ausreichend kompromissbereit sind.

Signifikant verringert sich das Parteienvertrauen der Jugendlichen,

- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass es im Volk nicht genug verschiedene Meinungen gibt,**
- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass Parteien nicht oft genug dem Mehrheitswillen folgen,**
- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass die Parteien nicht oft genug dem Bürgerwillen folgen,**
- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass die Parteipolitiker nicht immer wahrhaftig sind, und**
- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass Parteien nicht ausreichend unser Wohlergehen bevorzugen.**

Auch wenn der Zusammenhang etwas schwächer ist, so sinkt das Vertrauen der Jugendlichen in Parteien zudem,

- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass Parteien zu sehr die Einkommensunterschiede verringern, und**
- **wenn sie darüber enttäuscht sind, dass Parteien nicht oft genug Konsense anstreben.**

Die **stärksten Effekte** unter all diesen Variablen haben **das allgemeine Interesse für Politik, die politische Selbstwirksamkeit sowie die Enttäuschung, dass die Politiker nicht immer wahrhaftig sind**, auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen. Die subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation übt in unserem Modell M3 lediglich den siebtstärksten Effekt auf das Parteienvertrauen aus.⁸⁸

⁸⁸ Die standardisierten Betakoeffizienten bilden die relative Stärke des Einflusses einer erklärenden Variable auf das Parteienvertrauen in unserem Modell M3 ab. Die Betakoeffizienten der erklärenden Variablen mit signifikantem Einfluss auf das Parteienvertrauen, geordnet nach Stärke des Einflusses, sind: *Allgemeines Interesse für Politik*: 0,137; *Politische Selbstwirksamkeit*: 0,107; *Enttäuscht, dass die Politiker in Deutschland nicht (immer) wahrhaftig sind*: -0,105; *Politische Übereinstimmung mit Eltern*: 0,091; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland unser Wohlergehen nicht (genug) bevorzugen*: -0,067; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Bürgerwillen folgen*: -0,065; *Subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation*: 0,058; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (immer) dem Mehrheitswillen folgen*: -0,049; *Enttäuscht, dass es in Deutschland nicht (genug) verschiedene Meinungen im Volk gibt*: -0,040; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (häufig genug) einen Konsens anstreben*: -0,036; *In einem Jugendverband (z.B. einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder Sport und Kultur) aktiv mitgearbeitet*: 0,035; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland die Einkommensunterschiede (zu sehr) verringern*: -0,034; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland den Bürgern nicht (genug) Selbstverantwortung lassen*: -0,031; *Enttäuscht, dass die Parteien in Deutschland nicht (oft genug) standhaft bleiben*: -0,031. Die restlichen Koeffizienten erreichen nicht das hier verwendete Signifikanzniveau von 10%.

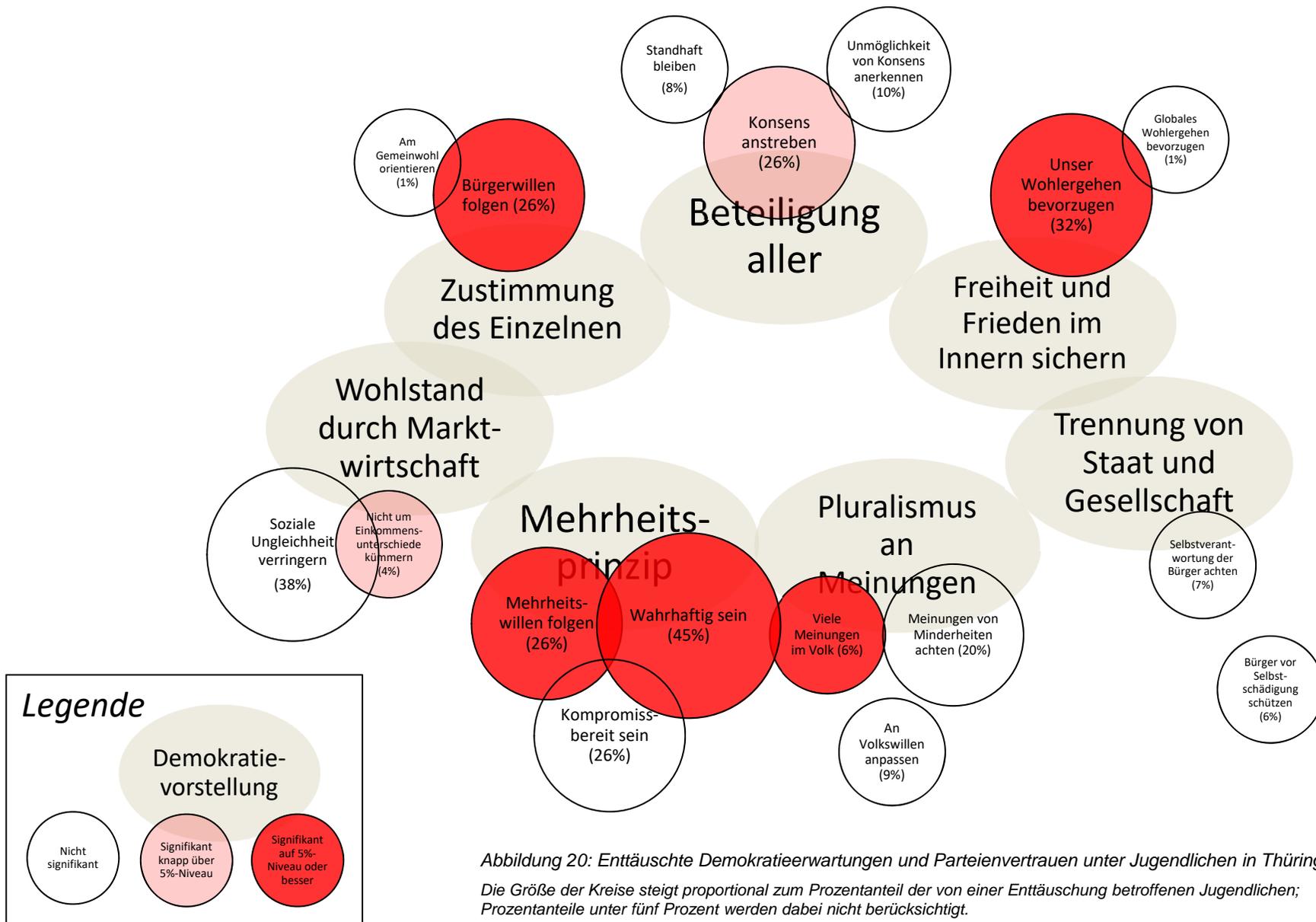


Abbildung 20: Enttäuschte Demokratieerwartungen und Parteienvertrauen unter Jugendlichen in Thüringen
 Die Größe der Kreise steigt proportional zum Prozentanteil der von einer Enttäuschung betroffenen Jugendlichen; Prozentanteile unter fünf Prozent werden dabei nicht berücksichtigt.

5. Diskussion der Ergebnisse

In dieser Studie haben wir danach gefragt, ob das Parteienvertrauen von Jugendlichen nicht nur von soziodemographischen Merkmalen sowie politischem Engagement und Interesse abhängt, sondern auch von ihren jeweiligen Demokratievorstellungen und den damit verbundenen Erwartungen. Dafür haben wir anhand von 17 normativen Erwartungen an die Demokratie im Allgemeinen und an die politischen Parteien im Besonderen untersucht, inwiefern diese von den Jugendlichen überhaupt geteilt werden und ob eine Enttäuschung dieser Erwartungen deren Vertrauen in Parteien beeinflusst. **Unsere Hypothese, dass die Wahrscheinlichkeit eines Vertrauens in Parteien sinkt, wenn die subjektiven normativen Erwartungen an die Demokratie und die mit ihrem Funktionieren gemachten Erfahrungen divergieren, also die Erwartungen enttäuscht werden, hat sich für einige Enttäuschungen bestätigt.** Durch diesen neuartigen Einbezug von enttäuschten normativen Erwartungen an die Demokratie wurde auch deutlich, dass die sozioökonomische Situation der Jugendlichen, der Bildungshintergrund ihrer Eltern sowie die von den Jugendlichen besuchte Schulform insgesamt keinen beziehungsweise einen geringeren Einfluss haben als bisherige Studien vermuten ließen. **Doch unser Ergebnis zeigt auch, dass das Parteienvertrauen der Jugendlichen nicht unter jeder enttäuschten Erwartung leidet (vgl. Abbildung 20).**

Insgesamt ergeben die Enttäuschungen in ihrer Verbreitung und ihren Auswirkungen auf das Parteienvertrauen ein sehr differenziertes Bild für die verschiedenen Demokratievorstellungen:

(1) Das Vertrauen der Thüringer Jugendlichen in Parteien sinkt allein durch enttäuschte Erwartungen, die unmittelbar mit einer liberalen Demokratievorstellung verbunden sind, aber nicht durch die Enttäuschung von konkurrierenden Erwartungen.

Fast alle Enttäuschungen von Erwartungen, die unmittelbar in Verbindung zu einer liberalen Demokratievorstellung stehen [Wahrhaftig sein; Mehrheitswillen folgen; verschiedene Meinungen im Volk; unser Wohlergehen bevorzugen; Bürgerwillen folgen; Konsens anstreben; Einkommensunterschiede nicht verringern], mindern das Parteienvertrauen der Jugendlichen. Dagegen erzeugt keine der von uns untersuchten konkurrierenden Erwartungen Enttäuschungen, die einen mindernden Effekt auf das Parteienvertrauen von Jugendlichen haben. Dass Erwartungen, die an liberale Demokratievorstellungen anschließen, unter den Jugendlichen als jüngste politische Generation eine so starke normative Geltung besitzen, dass ihr Parteienvertrauen allein bei ihrer Enttäuschung leidet, kann allgemein betrachtet als ein Ausweis dafür angesehen werden, dass der Liberalismus weiterhin stark unsere Vorstellungen von der Demokratie prägt.

(2) Enttäuschte Erwartungen mit Demokratievorstellungen in der gesellschaftlichen Dimension senken nur bei wenigen Thüringer Jugendlichen das Parteienvertrauen.

Die eher in der gesellschaftlichen als in der politischen Dimension verorteten Demokratievorstellungen einer **Trennung von Staat und Gesellschaft** sowie von **gesellschaftlichem Wohlstand durch Marktwirtschaft** sind mit Erwartungen verbunden [Selbstverantwortung der Bürger achten; Einkommensunterschiede nicht verringern], die nur bei wenigen Jugendlichen enttäuscht werden und sich auch nur schwach auf ihr Parteienvertrauen auswirken. Allerdings sind es eher relativ wenig Jugendliche, die diesen liberal geprägten Erwartungen nahezu beziehungsweise voll und ganz zustimmen (Anteil der Jugendlichen, die Skalenwerte 5 oder 6 angegeben haben liegt bei 32% für die Erwartung, dass die Parteien die Selbstverantwortung der Bürger achten sollen⁸⁹ und bei 13% für die Erwartung, dass die Parteien Einkommensunterschiede unter den Bürgern nicht verringern sollen⁹⁰). Insbesondere im Kontext der Demokratievorstellung von gesellschaftlichem Wohlstand durch Marktwirtschaft genießt die konkurrierende Erwartung, dass Parteien die soziale Ungleichheit verringern sollen, bei deutlich mehr Jugendlichen Zustimmung (Anteil der Jugendlichen, die bei der Erwartung Parteien sollten die soziale Ungleichheit verringern Skalenwerte 5 oder 6 angegeben haben liegt bei 64%⁹¹). Dies kann – wie oben bereits ausgeführt – eine Öffnung dieser Demokratievorstellung für egalitäre Erwartungen bedeuten.⁹² Es könnte aber auch ein Hinweis darauf sein, dass die liberale Prägung der Demokratievorstellungen in der gesellschaftlichen Dimension insgesamt an Kraft verloren hat beziehungsweise im „neuen“ Bundesland Thüringen nicht die Kraft gewonnen hat wie in den „alten“ Bundesländern.

(3) Enttäuschte Erwartungen mit Demokratievorstellungen in der politischen Dimension wirken sich unter Thüringer Jugendlichen am häufigsten darauf aus, dass ihr Vertrauen in Parteien abnimmt.

Die mit dem **Pluralismus an Meinungen** verbundene Erwartung, dass in einer Demokratie möglichst viele Meinungen unter den Bürgern herrschen sollen, ruft zwar nur bei wenigen Jugendlichen tatsächlich Enttäuschungen hervor, doch senkt gerade diese Enttäuschung das Parteienvertrauen. Dieser Effekt deutet darauf hin, dass die Parteienlandschaft bei dieser Gruppe von

⁸⁹ Diese Erwartung wurde durch das folgende Item operationalisiert: ‚Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie darauf achten, dass jeder einzelne immer noch selbst für sein Schicksal verantwortlich bleibt‘ (vgl. Anhang A8.14.1).

⁹⁰ Diese Erwartung wurde durch das folgende Item operationalisiert: ‚In einer Demokratie sollten sich die Parteien nicht darum kümmern, Unterschiede zwischen den Einkommen der Bürger zu verringern, selbst wenn die Unterschiede sehr groß sind‘ (vgl. Anhang A8.16.1).

⁹¹ Diese Erwartung wurde durch das folgende Item operationalisiert: ‚Bei wichtigen Angelegenheiten sollten die Parteien in einer Demokratie mit ihren Entscheidungen dafür sorgen, dass der Unterschied zwischen arm und reich kleiner wird‘ (vgl. Anhang A8.17.1).

⁹² Zu egalitären Varianten des Liberalismus vgl. Hartmann (2011: 42–44).

Jugendlichen als Spiegel des als enttäuschend gering wahrgenommenen Meinungspluralismus in der Bevölkerung betrachtet wird.

Dass die Parteien in Deutschland unser Wohlergehen nicht genug gegenüber auswärtigen Problemen bevorzugen, enttäuscht ungefähr ein Drittel der Thüringer Jugendlichen. Diese enttäuschte Erwartung im Kontext der Demokratievorstellung von **Freiheit und Frieden im Innern zu sichern** mindert das Parteienvertrauen bei den Jugendlichen. Dieser Effekt kann als ein weiterer Hinweis darauf gesehen werden, dass sich in den etablierten Demokratien des Westens in den letzten 15 Jahren der Gegensatz von lokalen und globalen Interessen beziehungsweise von kommunitärer und kosmopolitischer Orientierung als eine neue Konfliktlinie („Cleavage“) durchgesetzt, aber zunächst kaum Repräsentation in der Parteienlandschaft gefunden hat, worunter bei den davon Enttäuschten das Vertrauen in die Parteien dann leidet.⁹³

Dass eine neue solche Konfliktlinie mit Enttäuschungen verbunden ist, die sich auf das Parteienvertrauen auswirken, ist unseres Erachtens weniger überraschend als der Effekt von Enttäuschungen, die sich auf tagespolitisch unabhängige demokratische Prinzipien und Verfahren beziehen, wie die Beteiligung aller an der Gesetzgebung, die Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen und das Mehrheitsprinzip:

Die **Beteiligung aller an der Gesetzgebung** ist eine Demokratievorstellung, mit der sich eine Erwartung an die Parteien verbindet nach Konsens zu streben. Diese Erwartung wird zwar bei ungefähr jedem vierten Jugendlichen enttäuscht, doch ist der Zusammenhang mit dem Parteienvertrauen nur schwach ausgeprägt. Dass ihre Erwartung nicht erfüllt wird, lasten die Jugendlichen also kaum den Parteien an. Womöglich ist ihnen durchaus bewusst, dass Konsense nicht nur vom Willen der Parteien abhängen. Darauf deutet etwa ihre ebenfalls hohe Zustimmung zur konkurrierenden Erwartung hin, wonach Parteien in einer Demokratie auch die Unmöglichkeit von Konsensen anerkennen sollen.

Die **Zustimmung jedes Einzelnen zu den Gesetzen** und das **Prinzip der Mehrheit** sind zwei weitere Demokratievorstellungen, die mit Erwartungen verbunden sind [Bürgerwillen folgen; Mehrheitswillen folgen; Wahrhaftig sein], deren Enttäuschung bei vielen Jugendlichen dazu führt, dass ihr Vertrauen in die Parteien sinkt. Dies ist insofern beachtlich, als die mit diesen Demokratievorstellungen verbundenen Erwartungen die Parteien in ein Dilemma bringen. Die Vorstellung vom Mehrheitsprinzip beinhaltet zumeist eine Vorstellung vom Volk, dessen Wille mit Hilfe von Wahlen (oder Abstimmungen) durch die Ermittlung der Mehrheit hergestellt wird. Damit verbinden sich die Erwartungen, dass die auszuwählenden Partei-

⁹³ Vgl. Merkel (2017).

politiker*innen vor der Wahl auch immer wahrhaftig sein und die Parteien nach der Wahl auch weiterhin dem Willen der Mehrheit folgen sollen. Wollen die Parteien diese Erwartungen erfüllen, dann müssen sie nach dem Wahltag bloß tun, was sie den Bürger*innen vor dem Wahltag versprochen haben. Auf den ersten Blick können sie diese Erwartungen also leicht erfüllen. Dies setzt jedoch unter anderem voraus, dass die Interessen der Bürger*innen über den Wahltag hinaus für die ganze Legislaturperiode in allen nach der Wahl anstehenden Fragen vorhanden und dann auch noch über die Legislaturperiode stabil sind. Dies ist aber zumindest nicht bei allen und wahrscheinlich auch bei den meisten nicht der Fall. Denn die Demokratievorstellung von der Zustimmung des Einzelnen zu den Gesetzen geht über den Wahltag hinaus. Danach sollen Parteien auch nach den Wahlen stets darauf achten, was die Bürger*innen jetzt wollen und diesem sich aktualisierenden Willen folgen. Wollen die Parteien die Erwartung, dem Bürgerwillen zu folgen, erfüllen, dann geraten sie in Situationen, in denen sie ihre Versprechen brechen und die Mehrheiten des Wahltags ignorieren, also die mit dem Mehrheitsprinzip verknüpften Erwartungen enttäuschen müssen, während sie genau diese Erwartungen in diesen Fällen nur dann erfüllen, indem sie die Bürger*innen darüber enttäuschen ihrem Willen zu folgen. Solange dieses Dilemma von den Bürger*innen nicht reflektiert wird, stecken die Parteien hier in einer **Enttäuschungs-falle**: Erfüllte Erwartungen sind nicht ohne enttäuschte Erwartungen zu haben. Diese ‚Enttäuschungs-falle‘ betrifft einen nicht unwesentlichen Anteil der Jugendlichen: 42,8% der befragten Jugendlichen haben gleichzeitig sowohl eine hohe Erwartung in Bezug auf den Mehrheitswillen (Skalenwerte 5 oder 6; vgl. Anhang A 8.7.1) als auch in Bezug auf den Bürgerwillen (Skalenwerte 5 oder 6; vgl. Anhang A 8.9.1). Solange diese Enttäuschungs-falle nicht reflektiert wird, scheinen vor allem die Politiker*innen persönlich für diese Enttäuschungen verantwortlich gemacht zu werden. Dies könnte hinsichtlich der Enttäuschung darüber, dass Parteipolitiker nicht (immer) wahrhaftig sind, auch erklären, warum gerade diese Enttäuschung unter Jugendlichen am weitesten verbreitet ist und auch am stärksten zum Verlust ihres Vertrauens in Parteien beiträgt.

(4) Das Ausmaß, mit dem eine Enttäuschung unter den Jugendlichen verbreitet ist, wirkt sich nicht auf ihr Parteienvertrauen aus.

Auffällig ist, dass die Verbreitung der Enttäuschung, die sich am Anteil der davon betroffenen Jugendlichen zeigt, allein keinen Hinweis darauf gibt, ob eine Enttäuschung auf das Parteienvertrauen wirkt. Sehr deutlich wird diese Irrelevanz der Verbreitung von Enttäuschungen für das fehlende Parteienvertrauen an den Erwartungen und konkurrierenden Erwartungen im Kontext der Demokratievorstellung von Wohlstand durch Marktwirtschaft. So wird die mit dieser Vorstellung verbundene Erwartung, dass sich die Parteien in einer Demokratie nicht um Einkommensunterschiede kümmern sollten, zwar nur bei 4% der Jugendlichen enttäuscht, führt aber unter diesen zu einem

Verlust an Vertrauen in die Parteien. Hingegen bleiben die Enttäuschungen der gegen den Geltungsanspruch dieser Demokratievorstellung ausgerichteten Erwartung, dass Parteien in einer Demokratie die soziale Ungleichheit verringern sollen, ohne Auswirkungen, obwohl sie unter 38% der Jugendlichen verbreitet sind.

(5) Eigene Erfahrungen, aber auch Erfahrungen mit den Enttäuschungen Anderer könnten den Vertrauen mindernden Effekt von Enttäuschungen begünstigen.

Die Auswirkungen von Enttäuschungen auf das Parteienvertrauen können womöglich auch dadurch begünstigt werden, welche Gelegenheiten die Jugendlichen bisher hatten, eigene Erfahrungen oder Erfahrungen mit den Enttäuschungen Anderer – aus dem persönlichen Umfeld oder der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit – zu machen.⁹⁴ Enttäuschte Erwartungen und konkurrierende Erwartungen im Kontext von Demokratievorstellungen in der gesellschaftlichen Dimension – die Trennung von Staat und Gesellschaft sowie die Herstellung von Wohlstand durch Marktwirtschaft – senken womöglich nur bei wenigen Thüringer Jugendlichen das Parteienvertrauen, weil die Mehrheit der Jugendlichen ihre eigene ökonomische Situation als gut beurteilt (siehe Abschnitt 4.1). Das könnte bedeuten, dass vielen deshalb auch eigene oder familiäre Erfahrungen mit sozialer Ungleichheit fehlen. Zudem ist die gesamte wirtschaftliche Situation in Deutschland in den letzten Jahren so gut, dass etwa die Angst vor Arbeitslosigkeit in der öffentlichen Diskussion kaum Resonanz findet und die Jugendlichen dementsprechend selten Gelegenheiten haben mit den Erfahrungen der davon Betroffenen konfrontiert zu werden. Mangels eigener Betroffenheit entwickelt die empfundene Enttäuschung keine Auswirkungen auf ihr Parteienvertrauen.

Im Kontext der Demokratievorstellung, Freiheit und Frieden im Innern zu sichern, stellt sich dieser Zusammenhang an der Erwartung, dass Parteien unser Wohlergehen gegenüber den Problemen anderswo vorrangig behandeln sollen, entsprechend umgekehrt dar. Durch die in den letzten Jahren deutlich angewachsene Anzahl an Menschen, die vor Krieg und Armut nach Europa fliehen, sind eigene Erfahrungen der Jugendlichen mit dieser Erwartung eher wahrscheinlich. Auch wenn sie in dieser Form fehlen, bietet die anhaltende öffentliche Diskussion einer Angst vor den damit verbundenen Veränderungen den Jugendlichen viele Gelegenheiten, in denen Betroffene von ihren Enttäuschungen berichten, dass die Parteien in Deutschland nicht genügend darauf achten zunächst die Probleme hier zu lösen.

⁹⁴ Siehe zu dieser Funktion von Öffentlichkeit, privates Leid darauf zu überprüfen, inwiefern es sich um eine öffentliche, also gemeinsam zu lösende Angelegenheit handelt Bauman (2000: 9 ff., 128 ff.).

6. Fazit: Impulse für die schulische und außerschulische Demokratiebildung

Generell ist es zunächst nicht zwingend eine Krise der Demokratie, wenn eine nicht geringe Anzahl an jugendlichen Bürger*innen den Parteien nicht voll oder sogar kaum vertraut. Demokratie ist eine Herrschaftsform, die mit dem Missbrauch politischer Macht rechnet und deshalb versucht diesem Missbrauch mit Verfahren und Institutionen entgegenzuwirken.⁹⁵ Blindes Vertrauen in jedwede Regierung und die sie tragenden Parteien ist sicher keine demokratische Tugend, einerseits.

Andererseits wird ein geringes Vertrauen in Parteien für eine Demokratie aber zum Problem, sobald der Verdruss der Bürger*innen über die Parteien in ein Misstrauen in ihre Demokratie überschlägt.⁹⁶ Wie unsere Ergebnisse zu dem Zusammenhang zwischen Parteienvertrauen und enttäuschten Demokratieerwartungen zeigen, werden Parteien von Jugendlichen dafür verantwortlich gemacht, ob ihre Demokratieerwartungen erfüllt werden: Gelingt es den Parteien nicht diese Erwartungen zu erfüllen, dann schwindet das in sie gesetzte Vertrauen. Verlieren die jugendlichen Bürger*innen auf diese Weise die Hoffnung darauf, dass sich ihre Demokratieerwartungen überhaupt realisieren lassen, dann könnte ihre generelle Zustimmung zur Demokratie an sich verloren gehen. Demokratieerwartungen, die mit ihnen gemachten Erfahrungen sowie die damit verbundenen Enttäuschungen sind deshalb mitentscheidend für die Zukunft unserer Demokratie.

In der komplexen Welt und pluralistischen Gesellschaft unserer Zeit sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nötig, um die daraus resultierenden Interessen- und Identitätskonflikte friedlich lösen zu können. Dafür braucht es engagierte Demokrat*innen, deren Ausbildung auch zu den zentralen Aufgaben der Schulen gehört. Wie die Kultusministerkonferenz 2018 richtig festgestellt hat, ist die Demokratiebildung an den Schulen deshalb nicht nur von weiterhin hoher Relevanz, sondern auch stets verbesserungsfähig.⁹⁷ Wie unsere Studie nahelegt, ist noch über die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz hinaus die **Selbstreflexion in der Demokratiebildung zu verbessern**. Das heißt, dass Demokratie nicht allein als Antwort auf die Konfliktlagen in einer komplexen und pluralen Gesellschaft begriffen werden kann. **Denn auch unsere Vorstellungen von Demokratie sind immer schon selbst mit pluralen Erwartungen verbunden, die durchaus in Widerspruch zueinander geraten und so Konflikte erzeugen können.**

Dabei muss insbesondere bei Jugendlichen beachtet werden, dass es die Demokratiebildung selbst ist, die an, aber auch außerhalb von Schulen ganz wesentlich daran beteiligt ist, welche Erwartungen Jugendliche an die Demokratie herantragen, welche Erfahrungen sie damit machen und wie sie mit den damit verbundenen Enttäuschungen umgehen können. Wie sich auf Seiten der Schule

⁹⁵ Vgl. Brodocz (2007).

⁹⁶ Vgl. Easton (1975). Dass dies nicht zwingend geschieht, zeigt etwa Schlipphak (2012).

⁹⁷ Vgl. den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018 über „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“.

Lehrpläne, Schulbücher und Lehrer*innen oder auf Seiten der außerschulischen Demokratiebildung Bildungsträger, deren Programme und Pädagog*innen auf die Entwicklung der Demokratievorstellungen auswirken, wurde im Rahmen dieser Studie nicht untersucht und ist auch generell bisher kaum erforscht.⁹⁸ Vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse gehen dementsprechend drei eher allgemein gehaltene **Impulse an eine selbstreflexive Demokratiebildung** in und außerhalb von Schulen aus: hinsichtlich der normativen Erwartungen, der Erfahrungen und der Enttäuschungen von Jugendlichen.

(1) Vorsicht vor der Absolutierung normativer Erwartungen: Jugendliche haben (noch) kein in sich geschlossenes Bild von der Demokratie. „Die“ Demokratie umfasst für jeden vielmehr verschiedene Vorstellungen darüber, was zu einer Demokratie dazu gehört. Damit verbinden sie dann eine Vielzahl von Erwartungen an die Demokratie, die nicht nur selten kohärent und konsistent sind, sondern auch miteinander um Geltung konkurrieren. So kann bei einem Jugendlichen die Erfüllung der einen Erwartung durchaus mit der Enttäuschung einer anderen Erwartung einhergehen. Besonders deutlich wird dies in unserem Zusammenhang an der Enttäuschungsfalle, die sich im Kontext der Demokratievorstellungen von der „Zustimmung des einzelnen zu den Gesetzen“ und dem „Prinzip der Mehrheit“ auftut. Die Auswirkungen solcher nie völlig zu vermeidender Enttäuschungsfällen hängen ganz wesentlich davon ab, wie hoch die darin involvierten Erwartungen sind. Normative Erwartungen an die Demokratie sollten deshalb in der schulischen wie außerschulischen Demokratiebildung nicht in der Form verabsolutiert werden, dass sie mit einem unbedingten Geltungsanspruch versehen werden.⁹⁹ Vielmehr sollten die kulturellen und historischen Voraussetzungen sowie die in der jeweiligen Situation damit verbundenen Folgen stets im Blick behalten werden, unter denen diese normativen Erwartungen Geltung beanspruchen. Ein solches Abwägen einzuüben, ist eine zentrale Aufgabe der Demokratiebildung.

(2) Mehr eigene Erfahrungen wagen: Jugendliche haben noch wenig eigene Erfahrungen mit der Demokratie gemacht. Das liegt an ihrem jungen Lebensalter, welches das biographische Zeitfenster für eigene Erfahrungen naturgemäß klein hält. Mit den Erfahrungen Anderer – insbesondere aus dem persönlichen und familiären Umfeld, aber auch hinsichtlich der in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit verhandelten Erfahrungen – kann dies substituiert werden und zu Enttäuschungen führen. Demokratische Bildungsarbeit setzt an diesem Punkt bereits dadurch an, dass sie diese öffentlich verhandelten Erfahrungen informativ ergänzt und jugendgerecht

⁹⁸ Siehe aber zuletzt etwa Schneider/Gerold (2018) zum Einfluss von Lehrer*innen auf die Demokratiebildung sowie Gökbudak/Hedtke (2017) zum Stellenwert des Politikunterrichts in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen – allerdings beide Studien noch ohne die hier differenziert betrachteten Demokratievorstellungen.

⁹⁹ Sie sollten als politische, nicht als moralische Erwartungen verstanden werden; vgl. dazu Rawls (1998: 77–78).

aufbereitet, aber auch deren Medialisierung reflektiert.¹⁰⁰ Zugleich sollten Schulen wie außerschulische demokratische Bildner*innen aber auch darauf achten, Jugendliche mit Erfahrungslagen in Berührung kommen zu lassen, die gerade nicht auf der aktuellen Agenda der Öffentlichkeit stehen und entsprechend vernachlässigt, wenn nicht sogar davon ausgeschlossen sind. Dies betrifft insbesondere jene Erwartungen an die Demokratie, die weniger an aktuell politisch anstehenden Entscheidungen und Problemen ansetzen als an grundlegenden demokratischen Prinzipien und Verfahren. Gerade diesbezüglich sind eigene Erfahrungen für Jugendliche wichtig, um eine eigene Urteilskraft ausbilden zu können. Planspiele und Politiksimulationen sind Formate der politischen Bildungsarbeit,¹⁰¹ die dafür sehr hilfreich sind, aber im Hinblick auf Demokratievorstellungen noch weiter entwickelt werden können. Denn sie schaffen Situationen, in denen die Jugendlichen nicht nur eigene Erfahrungen machen können, sondern sich auch unmittelbar mit den Erfahrungen Anderer und deren Enttäuschungen auseinandersetzen müssen. Darüber hinaus sind aber auch jugendpolitische Initiativen angeraten, die Jugendlichen mehr Kontexte und Gelegenheiten geben um eigene Erfahrungen mit demokratischen Verfahren und Entscheidungen sowie daraus resultierenden Verantwortlichkeiten zu machen,¹⁰² also mit der Demokratie als Herrschafts- und nicht allein als Lebensform.

(3) Aus Enttäuschungen lernen: Enttäuschungen lassen sich in keiner politischen Ordnung vermeiden. Auch in Demokratien sind Enttäuschungen also weder unwahrscheinlich noch dysfunktional. Enttäuschungen beruhen auf Erwartungen, die in der Vergangenheit zwar nicht erfüllt worden sind, aber für die Zukunft geändert werden können. Aus Enttäuschungen kann also gelernt werden. Dafür muss die eigene normative Erwartung nicht zwingend revidiert, sich aber doch zumindest in Frage stellen lassen. Allerdings sind wohl die wenigsten Jugendlichen bereits allein dazu schon fähig.¹⁰³ Wie unsere Ergebnisse zeigen, reden viele Jugendliche vor allem in der Familie über Politik, insbesondere wenn sie dort Übereinstimmungen für ihre Erwartungen und Enttäuschungen finden. Diese Übereinstimmungen sind sozialisatorisch wichtig, nehmen sie doch den Jugendlichen die mit Enttäuschungen einhergehenden Verunsicherungen. Hier erfüllen die Elternhäuser eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Wenn der familiäre Kontext jedoch überwiegend durch Übereinstimmung in politischen Fragen geprägt ist, ist allerdings unklar, inwiefern die Jugendlichen in diesem von Bestätigung geprägten Kontext ausreichend zu kritischer Selbstreflexion angeregt werden können. Dafür braucht es über die Schule hinaus Erfahrungsorte wie die Jugendverbände, um die Pluralität von Demokratievorstellungen so zu

¹⁰⁰ Siehe insbesondere zur Medienerziehung in der politischen Bildung Besand (2014).

¹⁰¹ Siehe dazu Petrik/Rappenglück (2017).

¹⁰² Zur Legitimation durch Erfahrung mit Verfahren vgl. Brodocz (2010).

¹⁰³ Vgl. zur Entwicklung des Moralbewusstseins Kohlberg (1996); siehe dazu auch Becker (2011).

thematisieren, dass sich die Jugendlichen der Konflikthaftigkeit ihrer Demokratievorstellungen durch eigene Erfahrungen bewusst werden können. Demokratiebildung sollte deshalb auch systematisch Formate entwickeln, in denen Jugendliche insbesondere untereinander ihre enttäuschten Demokratieerwartungen gemeinsam zur Reflexion bringen können, ohne bereits von gemeinsam geteilten Erwartungen oder Erfahrungen ausgehen zu müssen.¹⁰⁴

¹⁰⁴ Didaktische Grundlagen dafür bietet insbesondere die pragmatistische Politikdidaktik (Scherb 2014).

Literatur

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2015): 17. Shell Jugendstudie: Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt a.M.

Bauman, Zygmunt (2000): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg.

Becker, Günter (2011): Kohlberg und seine Kritiker. Die Aktualität von Kohlbergs Moralpsychologie. Wiesbaden.

Besand, Anja (2014): Medienerziehung. In: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Bonn, S. 366–374.

Brodocz, André (2007): Von der *vertical accountability* zur *horizontal accountability*. Montesquieu, die Federalists und die Transformation der Gewaltenteilung. In: Sabine Kropp/ Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Gewaltenteilung und Demokratie. Konzepte und Probleme der „horizontal accountability“ im interregionalen Vergleich. Baden-Baden, S. 28–44.

Brodocz, André (2010): Erfahrung mit Verfahren. Zur Legitimation politischer Entscheidungen. In: Zeitschrift für historische Forschung (Beiheft „Legitimation durch Verfahren“), S. 91–109.

Brodocz, André (2015): Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen. In: Renate Martinsen (Hrsg.): Ordnungsbildung und Entgrenzung. Demokratie im Wandel. Wiesbaden, S. 23–43.

Bundesverband deutscher Banken (2018): Wirtschaftliche Lage von Jugendlichen in Deutschland. Online abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/502872/umfrage/wirtschaftliche-lage-von-jugendlichen-in-deutschland/> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:38].

Decker Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker/ Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen, S. 65–115.

Dicke, Klaus/Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001. Online abrufbar unter: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:40].

Der Stern.de (2017): Polizei genießt das größte Vertrauen. Online abrufbar unter: <https://www.stern.de/politik/deutschland/polizei-geniesst-das-groesste-vertrauen---laut-stern-umfrage-7347446.html> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:40].

Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science 5, S. 453–457.

Embacher, Serge (2011): Demokratie in Deutschland 2011. Beitrag zum Demokratierport 2011 der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Online abrufbar unter:

http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Medien_und_Demokratie.pdf [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:44].

EU-Kommission (2018): Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien? Online abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:42].

Fraenkel, Ernst (1991 [1964]): Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt a.M.

Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (2016a): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn.

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2016b): Einstellungen junger Menschen zur Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (40–42), S. 36–41.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2017): 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften No. 6., Bielefeld. Online abrufbar unter: http://www.nds-zeitschrift.de/fileadmin/user_upload/nds_2-2018/PDFs/8_17_Minuten_Politik__20_Sekunden_Redezeit_Hedtke_Go_kbudak.pdf [letzter Abruf: 13.3.2019; 8:30].

Gürvelik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palenti, Christian (2016): Jugend und Politik im Wandel). In: Dies. (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden, S.1–24.

Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M.

Hamilton, Alexander/Madison, James/Jay, Alexander (1994 [1788]): Die Federalist-Artikel. München/Wien.

Hartmann, Martin (2011): Liberalismus. In: Martin Hartmann/ Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch. München, S. 39–44.

Hayek, Friedrich August von (1991 [1944]): Der Weg zur Knechtschaft. München

Held, David (1996): Models of Democracy. Oxford.

Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina (2016): Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft. In: Aydin Gürvelik/ Klaus Hurrelmann/ Christian Palenti (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden, S.195–226.

Kohlberg, Lawrence (1996): Die Psychologie der Moralentwicklung. Frankfurt a.M.

Landwehr, Claudia/Faas, Thorsten/Harms, Philipp (2017): Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. In: Leviathan 45 (1), S. 35–54.

- Landwehr, Claudia/Steiner, Nils D. (2017): Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy. In: *Political Studies* 65 (4), S. 786–804.
- Lefort, Claude (1999): *Die Fortdauer des Theologisch-Politischen?* Wien.
- Leibholz, Gerhard (1987): Repräsentation. In: Roman Herzog et al. (Hrsg.): *Evangelisches Staatslexikon*. 3. Auflage. Stuttgart, Spalte 2986–2993.
- Locke, John (1977 [1689]) *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Frankfurt a.M.
- Mansbridge, Jane (2003): Rethinking Representation. In: *American Political Science Review* 97, S. 515–528.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/ Ina Kubbe/ Thomas Poguntke (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Wiesbaden, S. 9–23.
- Mill, John Stuart 1971 [1861]): *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*. Paderborn.
- Mill, John Stuart 1988 [1859]): *Über die Freiheit*. Stuttgart.
- Miller, David (1995): *On Nationality*. Oxford.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a.M.
- Nida-Rümelin, Julian/Özmen, Elif (2011): Utilitarismus. In: Martin Hartmann/ Claus Offe (Hrsg.): *Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch*. München, S. 79–81.
- Nozick, Robert (1974): *Anarchy, State, and Utopia*. Oxford.
- Neundorf, Anja/Smets, Kaat/García-Albacete, Gema M. (2013): Homemade citizens: The development of political interest during adolescence and young adulthood. In: *Acta Politica* 48 (1), S. 92–116.
- Neundorf, Anja/Smets, Kaat (2017): Political Socialization: The making of citizens. In: *Oxford Handbooks Online*, Oxford. Online abrufbar unter: <http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199935307.001.0001/oxfordhb-9780199935307-e-98> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:45].
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Petrik, Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.) (2017): *Handbuch Planspiele der politischen Bildung*. Bonn.
- Pfaff, Nicole (2015): Demokratie lernen? Jugend zwischen Politikverdrossenheit und Protest. In: Stephan Braun/ Alexander Geisler (Hrsg.): *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*. Wiesbaden, S. 269–286.

Pogge, Thomas (2010): "Armenhilfe" ins Ausland, in: Christoph Broszies/ Henning Hahn (Hrsg.): Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. Berlin, S. 263-301.

Rawls, John (1998): Politischer Liberalismus. Frankfurt a.M.

Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Online abrufbar unter: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:47].

Rousseau, Jean-Jacques (1977 [1762]): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart.

Scherb, Armin (2014): Wissenschaftstheoretische Grundlagen politischer Bildung: Pragmatismus. In: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Bonn, S. 66–76.

Schlipphak, Bernd (2012): Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 41, S. 345–361.

Schmitt, Carl (1991 [1923]): Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 3. Aufl. der Ausgabe von 1963. Berlin.

Schneider, Helmut/Gerold, Markus (2018): Demokratiebildung an Schulen – Analyse lehrerbezogener Einflussgrößen. Gütersloh. Online abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Jungbewegt/Lehrerbefragung_Demokratiebildung_final.pdf [letzter Abruf: 13.3.2019; 08:30].

Schumpeter, Joseph (1993 [1942]): Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie. Tübingen.

Statistisches Bundesamt (2017): Verteilung der Schüler auf Gymnasien nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern im Jahr 2017. Online abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/162247/umfrage/besuch-des-gymnasiums-nach-abschluss-der-eltern/> [letzter Abruf: 25.02.2019, 14:48].

Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher (2017): Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017. Online abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publicationen/GrauePublicationen/ZD_Studie_Populismus_DE.pdf [letzter Abruf: 13.01.2019, 17:22].

Vorländer, Hans (2007): Liberalismus. In: Dieter Fuchs/ Edeltraud Roller (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart, S.161–165.

Weber, Max (1992 [1919]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen.

Welzel, Christian/Kirsch, Helen (2018): Democracy Misunderstood: Authoritarian Notions of Democracy around the Globe. Varieties of Democracy Institute. User's Working Paper No. 15. Online abrufbar unter: <https://www.v->

dem.net/media/filer_public/07/5d/075dc931-04eb-4725-bda7-64f5fd7008b7/ users_working_paper_15.pdf [letzter Abruf: 13.03.2019, 17:18].

Wu, Cary/Wilkes, Rima (2018): Finding critical trusters. A response pattern model of political trust. In: *International Journal of Comparative Sociology* 59 (2), S. 110–138.